

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 20 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit Illustration. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die lechsgespaltene Kolonette oder deren Raum 50 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellengrüße und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Wahlrechts-Parteitag.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen...! Mit dem Sang der Wahlrechtstrophe des Rudorfschen Kampfliedes endete am Mittwochabend der dritte Parteitag der preussischen Sozialdemokratie, der Parteitag der Wahlrechtsforderung.

Kriegsrat für die Wahlrechtsschlacht ist bisher jedes der Parlamente der Klassenbewußten Arbeiterschaft Preussens gewesen, und jedes zukünftige wird es sein müssen, bis der Tag der Erfüllung anbricht, bis das gleiche Wahlrecht erobert ist. So lange die staatsbürgerliche Gleichberechtigung dem preussischen Proletariat nicht voll geworden ist, so lange gibt es für sie keine wichtigere, keine drängendere Aufgabe, als sie zu erkämpfen. So lange führt jede Beschäftigung mit preussischer Politik immer wieder auf dies Zentralproblem zurück. Wohl ist das Wahlrecht nicht die stärkste Position der Junkerherrschaft. Das ist vielmehr, wie das Referat Liebknechts richtig hervorhob, die preussische Verwaltung. Aber dieses Zwang-Mittel kann erst dann ernstlich berannt werden, wenn die Wälle des Wahlrechts erstürmt sind.

So ist denn auch unter den Materien, die den Parteitag beschäftigten, nur eine, die nicht in engerer Verbindung mit der Wahlrechtsfrage stand, das Kommunalprogramm. Aber auch hier gab es Verdrüssungspunkte — der ganze erste Teil des Programms weist auf die Schranken hin, die die Gesetzgebung der Dreiklassenkammer der freien Betätigung der kommunalen Kräfte gesetzt hat, und in der Debatte über die strittigen Punkte des gemeindlichen Finanzwesens fehlte nicht der Hinweis auf die Hindernisse, die die preussische Reaktion einer rationellen und gerechten Regelung des Steuerwesens der Gemeinden in den Wege legt.

In engster Verührung mit dem Zentralproblem aber standen alle anderen Gegenstände der Tagesordnung. Der Bericht der preussischen Parteileitung war die Rechenschaftslegung über die Führung des Wahlrechtskampfes der beiden verflochtenen Jahre, die Tätigkeit der Landtagsfraktion muß diesem Kampfe vor allem dienen und das große Referat Liebknechts über die preussische Verwaltung mit seiner unendlichen Liste aufreizender Tatsachen war eine einzige flammende Anklage gegen die Zustände, die sich hinter den schützenden Wällen des Dreiklassenunrechts herausbilden und erhalten konnten.

Die Anklagerede Liebknechts füllte die ganze Vormittags-sitzung des Mittwochs und noch einen Teil der Nachmittags-sitzung. Und als der Redner die trotz ihrer Länge fessellenden Ausführungen schloß, die bis zuletzt die ungeteilte Aufmerksamkeit der Delegierten gefunden hatten, da zeigte die Diskussion, daß er das gewaltige Material, das von den Sünden der preussischen Verwaltung handelt, noch nicht entfernt erschöpft hatte. Die Vertreter Mitteldeutschlands und des Ruhrreviers hatten noch eine ganze Anzahl besonders krasser Fälle von Polizeibergriffen hinzuzufügen. Und sie konnten nur eine knappe Auslese aus überreichen Erfahrungen geben, und aus allen anderen Bezirken des preussischen Polizeistaats hätte ebensoviel davon beigebracht werden können.

Wie ein in brennenden Farben gemaltes Wandelpanorama rollte die vom heißen Feuer der Empörung durchflaute Rede Liebknechts eine schier unabsehbare Fülle von behördlichen Ungeheuerlichkeiten und Beamtenwillkür vor den Zuhörern auf. In alle Winkel der preussischen Verwaltung leuchtete er hinein, und so hat er eine Beschreibung dieses Zustands der preussischen Reaktion geschaffen, in der kein Zug fehlt, hat er den preussischen Proletariats eine wichtige Waffe für den Kampf um die Zivilisierung und Modernisierung des bürokratischen Knebelungsapparates gegeben. Die positiven Vorschläge für die Forderungen, die die Sozialdemokratie zur Gefaltung der Staatsverwaltung stellen muß, hat der Referent in umfangreichen Ueben zusammengestellt, die der Landtagsfraktion für ihre Tätigkeit ein wertvolles Hilfsmittel sein werden.

Eine bewegte Debatte entspann sich dann noch um den Antrag, der eine wesentliche Abänderung der preussischen Landesorganisation, die Einsetzung eines besonderen Vorstandes für die preussische Parteioorganisation, forderte. Die Befürworter, die sich lebhaft für ihren Vorschlag einsetzten, versprochen sich von dem neuen Organ stärkere Initiative und ausgiebigere Ausnutzung des Agitationsstoffes, die Gegner aber halten dafür, daß der deutsche Parteivorstand unter Mitwirkung der Landeskommission die oberste Leitung der preussischen Angelegenheiten in der Hand behalten muß, um störende Reibungen und Konflikte zu verhüten. Die Gegner waren in der stärkeren Position, da keine wesentlichen Ausstellungen an der Tätigkeit des Parteivorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission vorgebracht waren. Und es zeigte sich, daß die bei weitem überwiegende Mehrheit des Parteitages auf ihrer Seite stand. Ihrer Meinung daß Genosse Weinert treffenden Ausdruck verliehen, als er ausführte, daß man das Heil im Wahlrechtskampf nicht von der Tätigkeit irgendeiner Zentralinstanz, nicht von oben erwarten dürfe, daß vielmehr die Initiative von unten, der Wille der Massen die Aktion gebären müsse. Mehrere Gegner des Antrags, so auch der Sprecher des Parteivorstandes, Genosse Ebert, wollten ihm indes eine Uebertreibung an den Parteivorstand und die

Landeskommission gönnen, die Mehrheit folgte indes einem scharfen Appell des Genossen Ledebour, eine klare, un-zweideutige Entscheidung zu treffen, und entschied sich für runde Ablehnung. Dagegen wurde ein anderer wichtiger Antrag zum Organisationsstatut, der die Vertretung auf dem Parteitag nach den deutschen Parteitag festgesetzten Regeln, nach einem sehr gemäßigten Proportionalssystem gestaltet, mit großer Mehrheit angenommen.

Schlichte Dankesworte, die der Vertreter des Mansfelder Kreises als Dolmetsch der im großen Koalitionsrechtskampf ehrenvoll unterlegenen mansfeldischen Bergleute für die Unterstützung übermittelte, die ihnen von ihren preussischen Brüdern geworden, erinnerten auf neue an eine der schmachlichsten Taten der preussischen Junkerbureaucratie. Und dann warf der Vorsitzende in einer kernigen Rede einen kurzen Ueberblick über die Ergebnisse der Tagung. Genosse Singer gab der Stimmung der Delegierten und der Zuhörer kräftig Ausdruck. In einem padenden Appell an den Kampfesmut der Genossen rückte er noch einmal den Kernpunkt der Beratungen, die Wahlrechtsforderung in den Vordergrund. Der Donner der Schreie auf die Partei antwortete ihm. Nachvoll fluteten die Löhne der Wahlrechtsmarieillaise durch den Saal. Das Kampfgelübde wurde erneut und befestigt.

Der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat seine Arbeit getan. Er hat erklärt, daß der Wahlrechtskampf eine Aufgabe ist, über die das Proletariat nicht mehr zu diskutieren braucht, deren Erfüllung ihm die Zeit gebieterisch dekretiert. Der Verzicht auf die Wahlrechtsdebatte zeigt an, daß das Wahlrechtsproblem sich dem entscheidenden Stadium nähert, daß die Partei, einig und festgeschlossen in der Auffassung dessen, was not tut, die Zeit kraftvollen Handelns nahe erkennt. Lauter denn alle Reden spricht der demonstrative Beschluß. Die Klassenbewußten Arbeiter Preussens werden diese Sprache verstehen. Der Parteitag gab das Zeichen, die Massen der Proletariats müssen handeln!

## Der freisinnig-nationalliberale Kandidatenstreit in Eisenach-Dermbach.

Die Freisinnigen und Nationalliberalen geraten über die Frage, wer als gemeinsamer Kandidat beider Parteien in dem Reichstagswahlkreise Eisenach-Dermbach aufgestellt werden soll, immer mehr in Hitze und richten in ihrer Presse gegeneinander die schärfsten Angriffe. Beschuldigen die Freisinnigen die Nationalliberalen der reaktionären Gesinnung und der Rügelei mit dem Bunde der Landwirte, so umgekehrt die Nationalliberalen die Freisinnigen der Unbeständigkeit, des Hin- und Herstoaßens, des Doppelspiels. Soweit sich erfassen läßt, haben beide Parteien mit ihren Anschuldigungen recht; besonders scheint der freisinnige Reichstagsabgeordnete Müller-Reiningen bei den Verhandlungen eine sonderbare Rolle gespielt zu haben.

In einer Zuschrift des Wahlkreises-Olmanns der nationalliberalen Partei in Eisenach, eines Herrn Dr. Appeltus, an die „Nationalztg.“ wird nach einer kurzen Darlegung des gegenseitigen Feilschens um die zukünftige Besetzung der Wahlkreise Sachsen-Weimars das Ergebnis der Verhandlungen folgendermaßen geschildert:

„Danach forderte die freisinnige Parteileitung die Zusage der Weinger Nationalliberalen, 1912 wieder für einen freisinnigen Reichstagskandidaten einzustehen, und wir konnten zu unserer Freude diese Zusage von unseren Weinger Parteifreunden erhalten. Gleichzeitig empfahlen uns diese Herrn Schultheiß Krug aus Obermaßfeld, einen nationalliberalen Abgeordneten des Weinger Landtags, als vorzüglichsten gemeinsamen Kandidaten, der, was uns bei unseren Einigungsbestrebungen besonders wertvoll erscheinen mußte, von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller-Reiningen warm empfohlen war.“

Ein Bedenken bestand gegen Herrn Krug. Er ist Mitglied des Bundes der Landwirte. Wir teilten diese Tatsache selbstverständlich dem freisinnigen Parteivorstand mit. In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parteivorstände stellte sich Herr Krug vor. Die freisinnige Parteileitung forderte von ihm Austritt aus dem Bunde der Landwirte. Herr Krug erklärte, daß er das nicht tun werde und gab seine Gründe dafür an. Er bekannte sich unbedingt zum nationalliberalen Parteiprogramm, er erklärte sich als Landwirt für einen Freund der Landwirtschaft, billigte deren Stärkung durch die jegliche Zollgesetzgebung, erklärte sich aber gegen eine weitere Zollerhebung auf Lebensmittel und bekannte sich rückhaltlos für eine die schwachen Schultern entlastende Erbschaftsteuer. Seine Ausführungen überzeugten auch die freisinnige Parteileitung von seiner Brauchbarkeit als gemeinsamer Kandidat. Die Kandidatur wurde von den beiden an der Sitzung teilnehmenden Parteivorständen einstimmig angenommen. Die Freisinnigen behielten sich zwar die Zustimmung ihrer Vertrauensmänner vor, hielten diese aber für sicher und vereinbarten mit uns, in den Zeitungen bekanntzugeben, „dem Vernehmen nach sei die Einigung der Liberalen auf den Landwirt Krug aus Obermaßfeld zustande gekommen.“

Man scheid in völliger Harmonie und war sich eines guten Werts bewußt. Während in unseren Kreisen, namentlich den ländlichen und da auch in freisinnigen, die Kandidatur Krug ungeteilten Beifall fand, berief der Vorstand der freisinnigen Partei statt einer Vertrauensmännerversammlung eine Vereinsversammlung, und diese verwarf nach und nach geordnet die Kandidatur Krug wegen seiner Zugehörigkeit zum Bunde der Landwirte. Also auch der Vereinsvorstand tat das, also derselbe Vorstand, der diese Kandidatur wenige Tage vorher

gebilligt hatte, und der tat das in öffentlicher Versammlung, ohne uns vorher auch nur die geringste Mitteilung seiner Sinnesänderung zu geben, und das, nachdem Krugs Kandidatur bei den meisten Liberalen außerhalb Eisenachs Toren den ungeteiltesten, teilweise enthusiastischen Beifall gefunden. ...

Ich rechne nicht mit den Freisinnigen wegen ihrer Sinnesänderung, aber ich erkläre es für eine unerfüllbare Zumutung, daß wir Nationalliberalen jetzt noch auf die Kandidatur verzichten und nochmals mit dem Freisinn verhandeln sollen. Es hat alles seine Grenzen, auch die Nachgiebigkeit im Interesse der Einigung der Liberalen.“

Wie finden begreiflich, daß die einberufene Vereinsversammlung der Freisinnigen von der Kandidatur des Herrn Krug, der ein recht eigenartiger Ragout-Politiker, eine kuriose Vereinigung des Unvereinbaren zu sein scheint, nichts wissen wollte. Die freisinnige Wählerchaft des Wahlkreises Eisenach-Dermbach hat dadurch bewiesen, daß sie mehr politische Einsicht besitzt als ihre Wortführer. Aber durch diese nachträgliche Rektifizierung des Verhaltens des Herrn Müller-Reiningen wird dessen seltsames Spiel bei den Vorverhandlungen nicht im geringsten aus der Welt geschafft. Nachdem dieser Hüter freisinniger Prinzipien den ihm bekannten Schultheiß Krug selbst warm empfohlen und der freisinnige Parteivorstand auf diese Empfehlung hin sich mit der Kandidatur Krug einverstanden erklärt hatte, durften sicherlich die Nationalliberalen annehmen, auch die einberufene freisinnige Versammlung werde zustimmen.

Noch schöner aber erscheint das Verhalten des Herrn Müller-Reiningen, wenn man das Motiv in Betracht zieht, das ihn zu seinem Eintreten für Herrn Krug bestimmte. Herr Krug hat nämlich, wie die „Nationall. Korresp.“ meldet, bei den Hauptwahlen von 1907 die Reichstagskandidatur des Abgeordneten Dr. Müller-Reiningen sehr „tatkräftig und mit Erfolg unterstützt“. Diese Unterstützung gilt allem Anschein nach Herrn Müller als ein so enormes Verdienst des Herrn Krug, daß selbst die Zugehörigkeit des Herrn Krug zum Bunde der Landwirte dagegen nicht in Betracht kommt. Es gibt doch noch freisinnige Prinzipienmenschen!

## Kolonialpolitische Moral.

Unter den Verteidigern der Kolonialpolitik ist Paul Rohrbach einer der sympathischsten. Ein Mann, der sich durch fleißige Arbeit weitgehende Kenntnis der Kolonien verschafft und darüber schon mehrere recht lesenswerte Schriften verfaßt hat. Nicht so ein Bramarbas, der mit Redensarten wie „deutsch-national“ und dergleichen um sich wirft, sondern ein Mann, der mit Ernst und Eifer in die Sache eindringen und etwas Sachliches darüber vorzutragen sucht. Deshalb ist es von Interesse, gerade an ihm als Beispiel den wahren Charakter der kapitalistischen Kolonialpolitik aufzuzeigen.

Vor ein paar Jahren hat Herr Rohrbach ein Buch veröffentlicht, worin er die Frage zu beantworten suchte, wie das Deutsche Reich seine Kolonien rentabel machen könne. Diesen Stein der Weisen zu finden, gelang ihm natürlich nicht, und so half er sich aus der Verlegenheit, indem er das Wort „rentabel“ in einer höchst kuriosen Weise umdeutete. Während sonst alle Welt ein Unternehmen dann rentabel nennt, wenn es Profit abwirft, erklärte Herr Rohrbach, an einen Ueber-schuss für die Reichskasse sei selbstverständlich nicht zu denken, sondern die Rentabilität einer Kolonie bestche darin, daß sie sich „im allgemeinen wirtschaftlich entwickelt“ und daß „wir als Gesamtnation von dieser Entwicklung einen entsprechenden materiellen und moralischen Gewinn haben“. Trotdem ist das Buch sehr wertvoll, denn Rohrbach untersucht die Bedingungen solcher Entwicklung mit vollem Ernste und kommt dadurch zu einer ganz ungeschminkten Schilderung der tatsächlichen Zustände in den deutschen Kolonien, die er zum großen Teil aus langem Aufenthalt persönlich kennt.

In den seither verflochtenen Jahren hat Rohrbach wieder ein Stück Welt bereist und andere Teile der deutschen Kolonien kennen gelernt, und so zeigt sich in seinen neueren Schriften, daß er inzwischen zugelehrt hat, damals — wie unser Jital zeigt — sprach er von dem Gewinn, den „wir als Gesamtnation“ aus den Kolonien ziehen sollen. Er glaubte also, daß alle Deutschen unterschiedslos von der Kolonialpolitik Vorteil haben können. Inzwischen mag er wohl gesehen haben, daß „wir als Gesamtnation“ verhältnismäßig wenig Gewinn daraus gezogen haben. Die wahre Ursache davon muß ihm unklar bleiben, weil er die Wirkung der Klassengegenstände innerhalb der Nation nicht kennt oder nicht anerkennt. Er weiß nicht und gibt nicht zu, daß — vermöge der kapitalistischen Zusammenhänge unserer Wirtschaft — die etwaigen Vorteile der Kolonien immer nur den Besitzenden in Deutschland zufließen können, aber nicht den Arbeitern. Aber die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft von den kolossalen Aufwendungen, die das Reich für die Kolonialpolitik macht, noch nichts gehabt hat, hat er offenbar eingesehen und erklärt sie sich nun auf seine Weise. In seinem neuesten Buch „Kulturpolitische Grundzüge für die Klassen- und Missionsfragen“, das eine Einleitung zu einem Werk über „Deutsche Kolonialwirtschaft“ sein soll, findet sich nämlich der Satz:

„Die Idee, daß die Wäntus, die Sudanneger und die Hottentotten in Afrika ein Recht darauf hätten, nach ihrer eigenen Fassung zu leben und zu sterben, selbst wenn darüber unzählige Existenzen bei den Kulturvölkern Europas in einem proletarischen

Kammerdasein stehen bleiben, anstatt daß sie durch eine Vollausnutzung der Produktionsfähigkeit unseres Kolonialbesitzes sowohl selbst zu einem reicheren Dasein emporsteigen als auch den Gesamtbau der humanen und nationalen Wohlfahrt freier in die Höhe richten helfen (sei es in Afrika, sei es in Europa) — diese Idee ist absurd.

Herr Rohrbach bildet sich also ein: wenn trotz aller Kolonialpolitik immer noch in Deutschland unzählige Existenzen in einem proletarischen Kammerdasein steckenbleiben, so liege das daran, daß die Eingeborenen in den Kolonien — zu rücksichtslos behandelt worden seien!

Gegen diesen Satz zu polemisieren, ist vor unseren Lesern überflüssig. Wir führen ihn nur an, weil er mit krasser Deutlichkeit zeigt, welche moralischen Verwüstungen das kapitalistische Denken sogar bei einem Mann von den hervorragenden geistigen und sittlichen Qualitäten Rohrbachs anrichtet. Sieht man genauer zu, so muß man nämlich erkennen, daß diese kolonialpolitische Moral in ihrer praktischen Betätigung zu den Greueln führen muß, die der jüngst verstorbene belgische Leopold im Kongo staatsverschuldet hat.

In der Tat, was ist es denn, das die gesamte Kulturwelt dem Leopold-System zum Vorwurf macht? Die Tatsache, daß es jede Spur von Menschlichkeit gegenüber den Eingeborenen beiseite gesetzt hat, zu dem Zweck, Vorteil aus ihnen zu ziehen, oder — wie man mit Rohrbachs Worten sagen könnte — eine Vollausnutzung der Produktionsfähigkeit seines Kolonialbesitzes herbeizuführen. Das ist der Grund, weshalb Leopold die Eingeborenen am Kongo nicht „nach ihrer eigenen Fassung“ hat leben und sterben lassen, sondern ihnen, besonders fürs Sterben, eine andere Fassung vorgeschrieben hat. Als guter Christ konnte Leopold sich das leisten, denn auf dem Sterbebett hat er ja um Verzeihung für die Fehler gebeten, die er während seines Lebens begangen hat. Ihm kann also nichts passieren.

In den letzten Wochen, kurz vor Leopolds Tode, sind wieder ein paar Bücher über die Kongo-Greuel erschienen, die zwar etwas wesentlich Neues nicht bringen, aber den hier erwähnten Zusammenhang klar beleuchten. Der Engländer Conan Doyle, bisher durch seine Sherlock-Holmes-Geschichten bekannt, hat eine Schrift über das Kongo-Verbrechen veröffentlicht, aus der wir z. B. folgendes erfahren (Seite 15 und folgende):

„Im Jahre 1886 schloß eine lange (offizielle) Erklärung (der Kongoregierung) mit den Worten: ‚Verboden sind alle Handlungen oder Verordnungen, welche geeignet sind, die Eingeborenen aus den von ihnen bewohnten Gebieten zu vertreiben oder sie direkt oder indirekt ihrer Freiheit oder Existenzmittel zu berauben.‘ Vor dem Ende des Jahres 1887 war aber ein Gesetz veröffentlicht worden, welches genau die gegenteilige Wirkung erzielte. Durch dieses Gesetz wurden alle Ländereien, welche nicht tatsächlich von den Eingeborenen okkupiert waren, als Eigentum des Staates beansprucht. Man bedenke doch nur, was das heißt. In einem solchen Lande sind die Gebiete niemals tatsächlich von den Eingeborenen okkupiert, mit Ausnahme des unmittelbaren Bodens, auf dem ihre Dörfer stehen, und der dürftigen umliegenden Getreide- oder Manioc-Felder. Rings um diese winzigen Flecken dehnen sich die Ebenen und Wälder, welche die Wanderplätze ihrer Vorfahren gewesen waren und die alleinigen Gegenstände ihres Handels hervorbringen: Gummi, Hartholz, Copal, Elfenbein und Tierhäute. Mit einem einzigen Federzuge wurde in Brüssel alles von ihnen genommen, nicht allein das Land, sondern auch seine Produkte...“

Nachdem man sich das Land und seine Produkte gesichert hatte, war der nächste Schritt, Arbeitskräfte zu beschaffen, mit deren Hilfe diese Produkte sicher eingefahren werden konnten. In dieser Richtung wurde der erste definitive Schritt im Jahre 1888 getan... Der wirkliche Schatz des Schwarzen in Handelsangelegenheiten würde selbstverständlicherweise in der Gewährung einer Löhning bestanden haben, die ihn zur Verrichtung der Tagesarbeit hätte bewegen können, und in der Gewährung des Rechts, seine eigene Beschäftigung zu wählen... Aber das erwähnte Gesetz gestattete die Auslieferung der Schwarzen für Zeitperioden von sieben Jahren an ihre Herren zum Zwecke einer Dienstleistung, die tatsächlich von Sklaverei nicht zu unterscheiden war. Da die Verhandlungen gewöhnlich mit dem „Capita“, dem Aufseher, geführt wurden, so wurde der unglückliche, dienende Eingeborene von einer Hand in die andere überworfen, ohne für sich Vorteile zu gewinnen und ohne eigentlich die Bedingungen seiner Knechtschaft zu kennen...“

Major Barminter, der selbst im Kongogebiet Handel trieb, sah die Verhältnisse im Jahre 1902 folgendermaßen zusammen: „Die Anwendung der neuen Bestimmungen der Regierung bedeutet folgendes: Der Staat betrachtet das ganze Kongogebiet mit allerhöchster Ausnahme der Dörfer der Eingeborenen und der dazu gehörigen Gärten als sein Privateigentum; alle Produkte dieses immensen Gebietes sind gleichfalls sein Privateigentum und er monopolisiert den Handel. Was die ursprünglichen Besitzer, d. h. die eingeborenen Stämme betrifft, so werden sie enteignet auf Grund eines einfachen Zirkulars. In gnädiger Weise wird ihnen das Sammeln der Produkte gestattet, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie dieselben dem Staate für einen Preis überliefern, den wiederum der Staat nach eigenem Gutdünken bestimmt... Im Januar 1892 schrieb Distriktkommissar Vaert: ‚Die Eingeborenen des Distriktes Ubangi-Welle sind nicht berechtigt, Gummi zu sammeln. Sie sind benachrichtigt worden, daß ihnen die Erlaubnis hierzu nur unter der Bedingung gewährt werden kann, daß sie die Produkte ausschließlich dem Staate ausliefern.‘ Kapitän Le Marinel äußert sich ein wenig später noch deutlicher folgendermaßen: ‚Ich habe beschlossen, die Rechte des Staates über seine Domäne rücksichtslos zur Ausübung zu bringen und ich kann deshalb nicht erlauben, daß die Eingeborenen irgend einen Teil des Gummis oder Elfenbeins, der in der Domäne hervorgebracht wird, zu eigenem Nutzen ausbeuten oder an andere verkaufen. Händler, welche solche Früchte von den Eingeborenen kaufen oder zu kaufen versuchen, machen sich meiner Ansicht nach des Empfanges gestohlener Güter schuldig, und ich werde sie zum Zwecke der Strafverfolgung den gerichtlichen Behörden zur Anzeige bringen.‘“

Noch die folgende Stelle (S. 30-31) mag wirklich angeführt werden:

„Nachdem der Staat, d. h. der König das ganze Land mit seinen gesamten Produkten für sich in Anspruch genommen hatte, war sein nächster Schritt die Einführung eines Systems, vermittelt dessen die Produkte möglichst schnell und billig gesammelt werden konnten. Dasselbe lief darauf hinaus, daß die enteigneten und ironischerweise ‚Bürger‘ genannten Ein-

geborenen gezwungen wurden, zum Nutzen des Staates die ihnen gerabten Produkte zu sammeln. Diesem Zweck dienten zwei Mittel: Erstens Besteuerung, durch welche eine willkürliche Auflage (die dauernd wuchs, bis sie fast das ganze Leben der Eingeborenen in den Fronddienst stellte) ohne irgendwelche Entschädigung verlangt wurde. Das andere Mittel war sogenannter ‚Laußhandel‘, der darin bestand, daß man den Eingeborenen für ihre Waren nach eigenem Gutdünken willkürliche Preise bezahlte und zwar in der vom Staate selbst gewählten Laußform, da eine Konkurrenz durch andere Händler nicht gestattet wurde... Konful Dreyer sagte in einer Beschreibung dieses sogenannten Laußhandels im Jahre 1908: ‚Man verteilt die Waren, indem man dem einen Mann einen Hut, dem anderen eine eiserne Sacke gibt usw. Jeder Empfänger ist dann nach einem Monate für die Ablieferung einer gewissen Quantität Gummi verantwortlich. Keine Wahl der Laußgegenstände ist gestattet, ebensowenig wie Zurückweisung derselben. Sagt jemand einen Einwand, so wird der Gegenstand vor seiner Tür niedergeworfen, und ob er ihn aufnimmt oder nicht, der Mann muß am Ende des Monats die Quantität Gummi abliefern. Die Gesamtmenge desselben wird immer so hoch angesetzt, wie sie von den Eingeborenen nur irgend beigeschafft werden kann.‘“

Uns dünkt, der Zusammenhang ist von einer grausamen Klarheit. König Leopold wollte „die Produktionsfähigkeit seines Kolonialbesitzes voll ausnutzen“, d. h. so viel Gummi herausholen wie nur irgend möglich. Deshalb wies er es — ganz nach Rohrbachschem Rezept — weit von sich, die Schwarzen nach ihrer eigenen Fassung leben und sterben zu lassen, und erreichte damit dann freilich, was Herr Rohrbach noch nicht gelungen ist: er hat seine Kolonie wirklich rentabel gemacht. „Würde man,“ schreibt Conan Doyle S. 35, „den Handel auf seine natürliche Basis stellen, dann müßten die gegenwärtigen Besitzer des Kongolandes viele Jahre hindurch, anstatt sich ihre Dividenden zu teilen, jährlich mindestens eine Million Pfund (zwanzig Millionen Mark) auf die Verwaltung des Landes verwenden.“

Wie das Leopold-System gewirkt hat, ist bekannt, und es wäre ermüdend, all die Greuel und Schandthaten hier aufzuzählen, die dort des Gummis wegen verübt worden sind und noch täglich verübt werden: die Verstümmelung von Männern, Frauen und Kindern durch Abhauen der Hände oder Beine, das Niedermeheln ganzer Stämme, das Verbrennen ganzer Dörfer usw. Jedermann kann das im Conan Doyle'schen Buche selbst nachlesen.

Selbstverständlich wissen wir genau, daß Herr Rohrbach dergleichen nicht will. Aber es ist tatsächlich nur die Folge eines Systems, das sich auf seine Lehre stützt, die die Eingeborenen zugunsten des „Kulturfortschritts“ aufopfern will. Wie denn auch ähnliche Greuelthaten in anderen Kolonien — nur weniger bekannt geworden sind!

Und so ist denn der neueste Ausspruch Rohrbachs ein Verweis des traurigen Verfalls der kolonialpolitischen Moral.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Januar 1910.

### Die schöne Pose.

Am die „glorreiche“ Zeit des Kulturkampfes der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erinnert ein Streit, der zwischen der Regierung des Reichslandes und den Bischöfen von Metz und Straßburg, den Herren Benzler und Friesen, ausgebrochen ist — allerdings verhält sich der jetzige Streit zu dem früheren ungefähr wie die Farce zur Tragödie, ganz in Übereinstimmung mit der oft beobachteten geschichtlichen Tatsache, daß, wenn historische Vorgänge und Personen sich zweimal ereignen, das zweite mal nur eine Karikatur oder Verflüchtigung auf das erste mal heraustritt.

Der Anlaß zu dem Streit ist, daß der ekklesiastische Lehrverband den Entschluß faßte, dem interkonfessionellen Allgemeinen Deutschen Lehrerverein beizutreten. Das paßte den Bischöfen von Metz und Straßburg nicht. Sie hielten das Geselzenheil der reichsländischen katholischen Lehrer für gefährdet und richteten an diese einen Hirtenbrief, in dem sie den katholischen Lehrern unterlagerten, sich dem Allgemeinen Deutschen Lehrerverein anzuschließen. Nun erschien die Regierung der Reichslande auf dem Plan. Bekanntlich ist die preussische Regierung stets, wie das erst jüngst wieder ihr Eintreten für die Wahlfreiheit der Lehrer und Beamten in Kattowich bewiesen hat, außerordentlich darum besorgt, daß den staatsbürgerlichen Rechten in keiner Weise verflüchtigt werden. So erging denn von Berlin aus ein Wink an den Staatssekretär des Reichslandes, die Annahme der Bischöfe zurückzuweisen. Und Freiherr Horn von Bulaß leistete Folge. Er richtete an die beiden Bischöfe ein längeres Schreiben, in dem es heißt:

„Aus den öffentlichen Blättern entnehme ich, daß Eure Gnaden an die Ihrer Diözese angehörigen katholischen Lehrer eine Mitteilung und Aufforderung bezüglich ihrer Stellung zum Allgemeinen Deutschen Lehrerverein gerichtet haben. Da die Nachricht bisher von keiner Seite widerrufen ist, muß ich annehmen, daß sie den Tatsachen entspricht. Die Mitteilung Eurer Gnaden an die Lehrer kommt der Erteilung von Verfügungen gleich. Den darin liegenden Eingriff in den Bereich der staatlichen Befugnisse muß ich zurückweisen. Ich bedauere denselben um so mehr, als Eurer Gnaden aus früherer Mitteilung meines Herrn Amtsvorgängers (Schreiben vom 14. Oktober 1907 O. S. 7265) die Stellung der Schulverwaltung zur Sache bekannt ist: ‚Es ist für diese selbstverständliche Pflicht, daß sie das Recht des einzelnen Lehrers achtet, sich außerhalb des Amtes frei, jedoch innerhalb der Schranken der Gesetze, insbesondere des Beamtengesetzes zu bewegen.‘ Die gleiche Richtlinie muß von jeder anderen Behörde innegehalten werden. Mitteilungen aber in bezug auf das Verhalten der Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit oder ihren Hauptgruppen sind nur auf dem Dienstwege zulässig. So fern es mir liegen würde, den Seelsorger zu verhindern, mit den Angehörigen der Gemeinde über religiöse und kirchliche Angelegenheiten zu verhandeln, so wenig ich daran gedacht hätte, den Oberhirten einer Diözese das Recht zu beschränken, durch einen kirchlichen Akt sich an die Gesamtheit seiner Diözesanen zu wenden, ebensowenig muß ich daran festhalten, daß die mir nachgeordneten Beamten und Lehrer hinsichtlich ihres Verhaltens lediglich von ihren Vorgesetzten Weisung erhalten.“

Doch die Bischöfe sind nicht gewillt, Zurückweisungen von der Regierung entgegenzunehmen. Der durch des

Kaisers Gold und Zusage vom Abt zu Maria Taach zum Bischof von Metz beförderte, manchmal etwas bodige Herr Benzler, der sich als Bischof „Willibrod“ nennt, hat darauf bereits mit folgendem Gegenreiben geantwortet:

„Eure Excellenz erwidere ich auf das gütige Schreiben vom 1. d. M. ganz ergebenst, daß ich die vorletzte Nummer des „Schulfreundes“ an die Pfarrer meiner Diözese gesandt und sie ersucht habe, von derselben Kenntnis zu nehmen und dieselbe alsdann den Lehrern ihrer Gemeinden zuzustellen. Ich erachte es als ein Recht beziehungsweise eine Pflicht meines oberkirchlichen Amtes, die katholischen Lehrer meiner Diözese auf die religiöse Seite des Eintritts in den Allgemeinen Deutschen Lehrerverein aufmerksam zu machen. Eine Erteilung von Verfügungen an die Lehrer lag mir dabei selbstverständlich fern und noch mehr ein Eingriff in die staatlichen Befugnisse. Wenn Eure Excellenz es für angezeigt halten, das Schreiben zu veröffentlichen, so bin ich benötigt, auch diese Antwort der Öffentlichkeit zu übergeben.“

Die liberalen Blätter sind entzückt über das „energische Vorgehen“ der Regierung und sehen bereits eine arge „Verslimmung“ zwischen Regierung und Klerus am politischen Himmel heraufziehen. Kindische Hoffnungen! Beide brauchen einander, der Klerus die Regierung, und die Regierung den Klerus.

### Die Einfuhrsteuer.

Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtens Bermuth läuft Gefahr, sich bei den Agrariern verhasst zu machen. Er will die Geltung der Einfuhrsteuer einschränken. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben nämlich:

„Nach § 11 des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902, das bekanntlich am 1. März 1906 in Kraft trat, werden bei der Einfuhr von Roggen, Weizen, Speltz, Gerste, Hafer, Buchweizen, Dillfrüchten, Raps und Rüben aus dem freien Verkehr des Zollgebietes, wenn die ausgeführte Ware wenigstens 5 Doppelzentner beträgt, auf Antrag des Warenführers Einfuhrsteuer erhebt, die den Inhaber berechtigen, innerhalb einer gewissen Frist eine dem Zollwerte der Einfuhrsteuer entsprechende Menge einer der vorgenannten Waren ohne Zollentrichtung einzuführen. Die Ermächtigung ist weiter auf Kaffee und Petroleum ausgedehnt. Durch die Bestimmung werden die Zolleinnahmen von Jahr zu Jahr mehr beeinflusst. In der Zeit vom Januar bis November 1907 wurden 418 Millionen Mark Zölle mit Einfuhrsteuern beglichen, im gleichen Zeitraum 1908 789 Millionen Mark und 1909 809 Millionen Mark. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtens hat in seiner, die letzte Sitzungsdebatte des Reichstages einleitenden Rede davon gesprochen, daß hinter die Schöpfung der Zolleinnahmen im Jahre 1909 das Fragezeichen der Einfuhrsteuer träre, und damit betont, daß die Entwicklung der Einrichtung der Einfuhrsteuer die Zolleinnahmen des laufenden Jahres und namentlich diejenigen, die für den Hinterbliebenenversicherungsfonds in Betracht kommen, ungünstig beeinflussen könnte. Die neuerliche Entwicklung der Einfuhrsteuer, namentlich in Hafer, scheint dem Reichsschatzamt recht geben zu wollen. Beim Hafer war bis Ende Oktober die Einfuhr kleiner gewesen als die Einfuhr. Im Monat November hat sich das Bild aber wieder ganz verkehrt. Einer Einfuhr von 412 751 Doppelzentner steht eine Ausfuhr von 548 520 Doppelzentner gegenüber. Steigert sich die Ausfuhr nun so weiter, so ist damit zu rechnen, daß in den letzten Monaten des laufenden Finanzjahres wieder eine beträchtliche Summe von Zöllen durch Einfuhrsteuer für Hafer beglichen werden, und daß damit die Zolleinnahme eine Verminderung erfahren wird. Eine derartige Entwicklung bedeutet vom finanzpolitischen Standpunkt eine große Schwierigkeit für die Feststellung und Festhaltung der Einnahmen des Reiches.“

Der Reichstag hat seinerzeit das Ersuchen ausgesprochen, daß die ganzen Verhältnisse durch eine Denkschrift geklärt werden möchten. Diese Denkschrift ist im Reichsschatzamt bereits aufgestellt und unterliegt zurzeit der Prüfung der mitbeteiligten Verwaltungen des Reiches und Preussens. Sobald die Denkschrift dem Reichstage zugegangen sein wird, wird sich Anlaß bieten, die oben erwähnte wichtige Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.“

Das Motiv der Geltungseinschränkung der Einfuhrsteuer ist also nicht die Einsicht in die Ungerechtigkeit des heutigen Systems, sondern der Wunsch, die Zolleinnahme des Reiches zu steigern. Aber welchen Motiven auch der Versuch entspringt, den Agrar-konservativen ist jede Einschränkung der Geltungsbereichs der Einfuhrsteuer zuwider. Ihnen bringt das heutige System reichen Segen — folglich ist es nach ihrer Logik nicht nur berechtigt, sondern auch für das deutsche Vaterland höchst nützlich. Wir werden deshalb in den nächsten Tagen wieder die bekannten lächerlichen Tiraden über die Gefährdung der Landwirtschaft, die Notlage des Getreidebaus usw. in der konservativen Presse lesen.

### Zur preussischen Wahlreform

liegen zwei beachtenswerte Meldungen vor. Die „Kölnische Zeitung“, das führende Organ der rheinischen Nationalliberalen, bezeichnet die geheime Stimmenabgabe und die direkte Wahl als das mindeste, was eine Wahlrechtsreform bringen muß. Diese Auffassung des nationalliberalen Blattes findet jedoch ohne Zweifel in den Reihen der nationalliberalen Landtagsfraktion keineswegs ungeteilte Zustimmung. Hat doch erst dieser Tage der in der Nachbarschaft der „Kölnischen Zeitung“, in Dortmund, hausende nationalliberale Abg. Schmieding in der „National-Zeitung“ dargelegt, daß die geheime Wahl zur politischen Charakterlosigkeit erziehe.

Die andere Meldung stammt aus der freikonservativen „Post“, die es als zureichend bezeichnend, daß an der öffentlichen Stimmenabgabe festgehalten werden soll, und dazu bemerkt: „Darüber wird man aber nicht zweifelhaft sein können, daß eine Wahlvorlage, in welcher die öffentliche Stimmabgabe allgemein beibehalten wird, die Sammlung der durch die Reichsfinanzreform auseinandergeringelten Parteien nicht fördern, sondern im Gegenteil den sich nur erweitern wird, es sei denn, daß in derselben den liberalen Parteien durch weitgehendes Entgegenkommen in bezug auf die Abstufung des Wahlrechts ein Ausgleich geboten wird. Auch wird man sich nicht mit der Hoffnung schmeicheln dürfen, daß ein Wahlgesez, welches die geheime Stimmabgabe grundsätzlich ausschließt, den Abschluß der Reform des preussischen Wahlrechts bedeuten würde. So weit sich die Dinge jetzt beurteilen lassen, würde man es alsdann vielmehr nur mit einer Phase in dem voraussichtlich demnächst noch heftiger entzündenden Kampfe um das preussische Wahlrecht zu tun haben.“

### Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Ueber die Arbeitsdispositionen des Reichstags für das nächste Vierteljahr weiß eine hiesige halbamtliche Korrespondenz zu berichten:

Nach Absolvierung der ersten Lesungen der Strafprozeßordnung, der Novelle zum Strafgesetzbuch und dem Reichsbeamtenhaftpflichtgesetz und nach den Besprechungen der vorliegenden noch unerledigten Interpellationen wird beabsichtigt, um die Mitte

\*) A. Conan Doyle, Das Kongo-Verbrechen, Deutsch von Abel-Rudgrave, Berlin 1909 bei Dietrich Reimer, 165 S. 1 B.

des Monats in die zweite Sitzungsperiode einzutreten. Der Budgetkommission sind bekanntlich nur die wichtigsten Teile des Etats und zwar in geringerer Umfang als früher überwiegen worden, so daß das Plenum unabhängig von dem Fortschreiten der Kommissionsberatungen, an die zweite Sitzungsperiode herantreten kann. Es ist die feste Absicht der Parteien, trotz des frühen Osterfestes, die Etatsberatungen bis Mitte März zu beenden. Im Januar sollen ferner noch nach Erledigung der Kommissionsberatungen der deutsch-portugiesische Handelsvertrag und der Kolonialnachrichtensetat mit den Forderungen für den Ausbau des Kolonialbahnenwesens im Plenum zur Verabschiedung gelangen. Als wünschenswert betrachtet man außerdem die Einschaltung eines Schwermetalltages, um sich über die Frage der Veteranenbeihilfen, die bekanntlich wegen des Fehlens von Deckungsmitteln immer noch nicht gelöst ist, schlüssig zu machen.

Es sind die parlamentarischen Wünsche der Mehrheitsparteien, die hier dargelegt werden. Da tatsächlich die Verhandlungen einen solchen Verlauf nehmen und das Arbeitspensum so schnell heruntergehakt wird, ist ziemlich fraglich.

### Amüsante Widersprüche.

Positiv ist es, wie sich die Presse der Ritter und Heiligen mit dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie abfindet. Junker und Zentrum sind sich zwar einig in der Absicht, dem Volke seine Rechte so lange als möglich vorzugewahren; aber über die Bedeutung des „Preussentages“ gehen ihre Ansichten in der schmerzhaftesten Weise auseinander. So schreibt die „Märk. Volksztg.“, der Ableger der „Germania“:

„Der „Preussentag“ der Sozialdemokraten nahm einen gemächlichen Verlauf; die Debatten sahen aus, als ob lauter alte Spiechbürger zu einem Frühstücken zusammengelassen seien, wobei es immer auch einige gibt, die mit der Faust auf den Tisch schlagen. Daß eine Resolution in der Frage der Wahlrechtsreform Annahme fand, ist selbstverständlich, und daß in dieser das Zentrum verdrängt wird, überrascht auch niemand. Erhöhte Beachtung verdient, daß die Genossen sich nun auf die Kreis- und Bezirksausschüsse werfen wollen, um dort ihren Einzug zu halten. Der ganze „Preussentag“ — wie ihn die Genossen nennen — war nicht die Reiselust wert, die er verursacht hat.“

Während sich hier das böse Gewissen hinter gekünstelter Geringschätzung verbirgt, schreit die Angst der agrarischen Schnapphähne bereits nach der Polizei. Jetzt doch die „Deutsche Tagesztg.“:

Man hat sich gehütet, in der Resolution die Teufel der Straßendemonstrationen und des Massenstreiks an die Wand zu malen. Wohl aber hat man in Aussicht gestellt, daß man, um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen, von allen, selbst den schärfsten Mitteln Gebrauch machen werde. Der sozialdemokratische Redner hob unter dem Vorwand der Versammlung mit großer Entschiedenheit hervor, daß die Sozialdemokratie ernsthaft entschlossen sei, alle denkbaren und möglichen Mittel anzuwenden und daß sie sich vorbehalte, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem die Anwendung dieser Mittel erfolgen solle. Damit werden die bürgerlichen Parteien und die maßgebenden Kreise unbedingt zu rechnen haben. Es wäre kurzfristig und töricht, wenn man nicht auf alles gefaßt sein wollte. Zunächst werden wohl die Herren einen allgemeinen Massenstreik nicht wagen, und sie werden auch mit den Demonstrationen etwas vorsichtig sein. Jedemfalls werden sie aber ihre Leute im Feuer exerzieren. Deshalb ist es die unabwendbare Pflicht der verantwortlichen Behörden, dafür zu sorgen, daß diese Exerzierübungen in ihren Anfängen überwacht und möglichst gehindert werden. Nur wenn revolutionäre Kundgebungen und Maßnahmen im Keime erstickt werden, bleiben sie ungefährlich. Schwächliche Duldsamkeit fördert lediglich die Gefahr.“

Was soll nun die brave Polizei glauben?

### Große Reinigung.

Bei der Besprechung der Berufinterpellation im Reichstage hat der Staatssekretär des Reichsministeriums, v. Tirpitz, mehr als einmal versichert, daß er mit eisernem Wesen Ausschere vornehmen werde. Den Anfang damit scheint er nun gemacht zu haben. Wenigstens wird amtlich verkündet: „Durch Robinettorder vom 4. Januar ist Vizeadmiral Kreuzing, Direktor des Berfsdepartements des Reichsministeriums, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt unter gleichzeitiger Verleihung des Charakters als Admiral.“

Weitere Personalveränderungen sollen bevorstehen. Als ob es damit getan wäre. Wenn die Berfsarten rationell arbeiten sollen, dann muß mit dem bisherigen System gedrochen werden. So aber kommen neue Männer und das System bleibt das alte. Dem Herrn v. Tirpitz wird der Wunsch des Reichstages noch etwas deutlicher auseinanderzusetzen müssen.

### Kommunale Wahlrechtsverschlechterung.

Gegen die am 17. Dezember von beiden städtischen Kollegien in Delitzsch i. V. beschlossene Wahlrechtsänderung hatten die drei sozialdemokratischen Stadtvorordneten rechtzeitig Rekurs bei der Kreisoberhauptschaft eingelegt. Begründet wurde der Rekurs damit, daß die gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung einberufen worden ist, und daß die Vorlage vor die gemeinschaftliche Sitzung gebracht worden ist, ohne daß der nach dem Ortsgesetz eingeführte Verfassungsausschuß gehört worden wäre.

Die Kreisoberhauptschaft Jülich hat die Beschwerde verworfen mit der Begründung, daß nach den Auslassungen des Stadtrats (1) die Einberufung der Sitzung ordnungsgemäß auf Anregung aus der Mitte der Stadtvorordneten erfolgt sei, und daß es ganz im Willen des Stadtrats liegt, ob er eine Gesetzbearbeitung vorher dem Verfassungsausschuß überweisen wolle oder nicht. In welcher Weise der Stadtrat der Kreisoberhauptschaft berichtet hat, ergibt sich daraus, daß gar keine Stadtvorordnungsitzung stattgefunden hat, in welcher angeregt worden ist, eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien einzuberufen.

Die Beschwerdeführer werden den Entscheid des Oberverwaltungsgerichtes anrufen.

### Der Wahlkampf in Mülheim-Gummersbach-Wipperfürth

hat gleich nach Neujahr mit einer allgemeinen Flugblattverbreitung und mehreren Versammlungen eingesetzt. Mehrfach sind, wie sich das in Rodultramontanen Gefilden von selbst versteht, die Flugblattverbreiter beschimpft und bedroht worden. Dafür hatten wir die Genugtuung, in einer recht schwarzen Gegend, in der es nur verstreute Häusergruppen und Gehöfte gibt, eine überaus gut besuchte und günstig verlaufene Versammlung abzuhalten, in der unser Kandidat, Genosse Erdmann-Köln redete. 5-600 Mann waren, zum Teil aus weiter Entfernung, herbeigekommen, um das ungewohnte Schauspiel einer politischen Versammlung zu erleben, denn das Zentrum kümmert sich um seine Wähler nicht, wo es ihrer sicher zu sein glaubt.

Welcher Art in dem schwärzesten Teil unseres Wahlkreises, im Kreise Wipperfürth, das Zentrum ist, zeigt ein Artikel der „Wipperfürther Zeitung“, der sich in rechter Scharfmacher- und

Reichsverbandsmannier mit dem Neujahrskartell des „Vorwärts“ beschäftigt. Darin heißt es zum Schluß:

„Wir meinen, diesem Standpunkt, der unter allen Umständen nur Krieg und Niederwerfung des Gegners will, das ganze Leben vergiftet und schließlich ein Chaos, den Ruin, bringen würde — dem mühten der Staat und die bürgerliche Gesellschaft gebührende Rechnung tragen, so lange sie es genügend können. Und da muß ihre Aufgabe, wohl oder übel, trotz aller schönen sozialpolitischen Experimente und Arbeiterfreundlichkeiten, in der Hauptsache in energischer Abwehr bestehen.“

Diese Worte können, wenn sie einen Sinn haben sollen, doch wohl nur als Aufforderung zu Ausnahmegeetzen und Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie angesehen werden. Diese Auffassung ist umso gerechtfertigter, als die „Wipperfürther Zeitung“ daselbe Blatt ist, das, wie der „Vorwärts“ berichtet, den Knüppel als geistige Waffe gegen sozialdemokratische Flugblattverbreiter empfahl. Eine derartige Naivität verträgt sich sehr gut mit dem solbungsvollen Ton des Blattes, das den Kandidaten des Zentrums mit dem frommen Seufzer: Das walte Gott! empfiehlt.

### Polizei gegen Kinderchor.

Aus Köln wird gemeldet: Der Arbeitergesangsverein „Lira“ hatte einen Kinderchor gebildet, dem zurzeit etwa 90 Kinder im Alter von 8-16 Jahren angehören. Nachdem polizeilicherseits festgestellt, daß Mitglieder der sozialistischen Partei angehören, hat der Dezernent des Schulwesens die Direktoren im Auftrage der königlichen Regierung ersucht, den Schulkindern fernertin die Teilnahme an Gesangsübungen des Kinderchors des betreffenden Gesangsvereins strengstens zu verbieten!

### England.

#### Gewerkschaften und Politik.

London, 8. Januar. (Eig. Ber.) Infolge des Entschoides der Lordrichter traten die Vertreter des Parlamentarischen Komitees des Trade-Unionskongresses, des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um über die neugeschaffene Lage zu beraten. Das Ergebnis der Beratungen war die Abfassung des folgenden Rundschreibens an die organisierten Arbeiter:

„Wir sind beauftragt, Ihnen zu empfehlen, im gegenwärtigen Wahlkampfe folgende Frage an die Kandidaten zu stellen:

Sind Sie bereit, ein Amendement zu den Trade-Unionsgesetzen (1871-76) zu unterstützen, um die Gewerkschaften zu befähigen, ihre politische Tätigkeit fortzusetzen, in die sie seit dem Jahre 1888 eingetreten sind?

Es ist wahrscheinlich, daß auf Grund des Entschoides der Lordrichter den Gewerkschaften verboten werden könnte, die Gewerkschaftsartikelle zu unterstützen; und es ist zweifelhaft, ob die Ausgaben für politische Deputationen und für den Trade-Unionskongreß (insoweit dieser sich mit Politik beschäftigt) gestattet sind. Der Entscheid der Lordrichter trifft also nicht nur die parlamentarische Arbeitervertretung, sondern das Gewerkschaftswesen überhaupt. Wir hoffen, Sie werden nun die Tragweite des Entschoides der Lords würdigen können. . . .“

Das Rundschreiben gibt sodann einen kurzen historischen Rückblick auf die enge Verbindung zwischen Trade-Unionismus und Politik seit 1868 und weist unwiderleglich nach, daß bei Erlass der Trade-Unionsgesetze (1871-76) die Gewerkschaften sich der parlamentarischen Aktion bedienten und bis vor wenigen Wochen als eine der legalisierten Methoden des Trade-Unionismus betrachtet wurde.

Die Arbeiterfraktion wird im nächsten Parlament eine Motion zum Trade-Unionsgesetz einbringen zum Zwecke der ausdrücklichen Legalisierung der gewerkschaftlichen Ausgaben für parlamentarische Zwecke.

Der Generalsekretär der Eisenbahner, Mr. Richard Bell, ist von seinem Posten zurückgetreten, den er zwölf Jahre innehatte. Der Ursprung der Differenzen zwischen ihm und dem Vorstande der Eisenbahner ist politischer Natur. Bell ist bekanntlich gegen die Arbeiterpartei.

Infolge der Parlamentswahlen ist der Jahreskongreß der Arbeiterpartei, der am 10. d. M. stattfinden sollte, auf den 9. Februar verschoben worden. Im Anschluß an den Kongreß wird eine Parteikonferenz über die durch den Lordsentscheid geschaffene Lage abgehalten werden. Der Kongreß ist nach Newport einberufen.

### Walfours Wahl demagogie.

London, 5. Januar. Walfour äußerte sich gestern in Hants in einer Rede über Englands Seemachtstellung und erklärte: Ich bin ein großer Bewunderer Deutschlands, dem die Welt großen Dank schuldet für seine Arbeiten auf wissenschaftlichen Gebieten. Wir haben in manchen Beziehungen viel von Deutschland zu lernen, besonders die Art, wie es den Taktiken die Stirn bietet. Wenn man die Staatsmänner und Diplomaten kleinerer Mächte befragt, so wird man durchweg die Meinung hören, daß ein Zusammenstoß zwischen uns und Deutschland früher oder später unvermeidlich sei. Ich stimme ihrer Ansicht nicht zu, aber es ist ihre Meinung, und sie sind zu dem Schluß gekommen, daß nichts uns aufzuträfen könne, unsere Lage zu erkennen, und daß es deshalb unser Schicksal sei, in einem großen Kampfe zu unterliegen. Was die Veranlassung zu diesem Kampfe geben werde, könne niemand voraussehen bei einem Lande, welches den Taktiken ins Auge blickt, wenig spricht und viel handelt. So weit ist die geringfügige Anschauung von der Kraft und Mannhaftigkeit Englands gegangen, daß die Deutsche — nicht Männer der Regierung, aber Leute an der Spitze bedeutender Unternehmungen — lernen gelernt habe, die tatsächlich sagten: Glaubt Ihr, daß wir je zulassen werden, daß England eine Tarifreform annimmt? Ich glaube, daß alle diese Propheten erkennen werden, daß sie sich im Irrtum befinden. Aber während ich Ihnen ein Warnungsgleichnis in Form auswärtiger Kritiken gebe, lassen Sie mich daran hinweisen, daß innerhalb von vier Jahren, wenn wir und nicht eifrig rühren, England in eine so gefährliche Lage geraten wird, wie sie seit Generationen nicht dagewesen ist. Ich glaube nicht, daß es zum Kriege zwischen England und irgend einer großen fremden Macht kommen wird, aber ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß der absolut einzige Weg, auf dem man den Frieden zu sichern vermag, der ist, daß wir gesichert sind, wenn Krieg ausbricht.

### Der Flottenverein als Wahlmacher.

London, 5. Januar. Aus Anlaß der Wahlen veröffentlicht der Britische Flottenverein eine Rundgebung, in der erklärt wird, die britische Vorherrschaft zur See werde von der größten Militärmacht des Kontinents bedroht, die im Begriff sei, eine ungeheure Kriegsslotte zu bauen. England müsse für jedes deutsche Kriegsschiff seinerseits zwei Kriegsschiffe auf Stapel legen. Es sei dem britischen

Volke dringend ans Herz zu legen, bei den kommenden Wahlen einzig für die Aufrechterhaltung einer unangreifbaren Vormacht der englischen Flotte seine Stimme abzugeben.

### Die Grubenarbeiter gegen das Oberhaus.

London, 5. Januar. Der englische Grubenarbeiterverband, welcher 600 000 Mitglieder umfaßt, hat einen Wahlausruf erlassen, worin er gegen das Oberhaus Stellung nimmt.

### Rußland.

#### Waffeneinfuhr in Finnland?

Die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur verbreitet die Fatale Nachricht, daß man in Finnland eine ganze Reihe von Waffenlagern entdeckt habe und einem groß angelegten Waffenschmuggel in Geldstrahlen, die aus Hamburg eingeführt wurden, auf die Spur gekommen sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man es hier mit einer eben solchen Provokation der russischen Regierung zu tun hat, wie sie neuerzeit Azev in Finnland plante, der den Finnländern den Vorschlag gemacht hatte, Bombenlaboratorien in Finnland einzurichten. Die Kommentare, die die offizielle Presse an diese Nachricht knüpft, weisen darauf hin, daß die russische Regierung wieder etwas Neues gegen Finnland im Schilde führt.

### Türkei.

#### Beseitigung der Militärdiktatur?

Konstantinopel, 4. Januar. Die jungtürkische Partei ist, wie hier verlautet, bemüht, den Generalkommando, dessen Stelle Salki-Bei in seinen Bedingungen für die Ablehnung des Großvertrags für überflüssig erklärte, zur Annahme des Portefeuilles des Kriegsministers zu bewegen. Salki-Bei ist heute abend nach Konstantinopel abgereist.

### Soziales.

(Siehe auch 3. Beilage.)

#### Der Bochholter Kerktekieg

ist nun mit voller Schärfe entbrannt. Nach dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen seitens des Krankenkassenverbandes (22 Krankenkassen mit 7689 Mitgliedern) haben die acht beteiligten bürgerlichen Kassenärzte zunächst durch ausgiebige Benutzung der Lokalpresse versucht, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Unter anderem wurde auch ein Telegramm des Bochholter Kerkteverbandes veröffentlicht, worin dieser die Bochholter Kollegen in dem ihnen „aufgedrungenen“ Kampfe energisch zu unterstützen verspricht. Dies hat jedoch weder den Krankenkassen, noch der Bürgerchaft imponiert, und zwar offenbar deshalb nicht, weil die Bürgerchaft mit verschwindenden Ausnahmen von dem guten Recht der Krankenkassen überzeugt ist. Letztere bemühten sich abdam eifrig um die Gewinnung neuer Kerkte, was ihnen aber von dem Kerkteverein verweigert wurde, hier von abgesehen. Die früheren Kassenärzte rechneten offenbar damit, daß die Regierung sie wieder zu Kassenärzten ernennen würde, wenn es dem Krankenkassenverbande nicht gelänge, zum 1. Januar 1910 fünf neue Kassenärzte zur Stelle zu haben. Man spricht von hohen Abfindungssummen, die an die betreffenden auswärtigen, zum Rücktritt bewogenen Kerkte gezahlt worden seien. Trotzdem gelang es den Krankenkassen noch in letzter Stunde (31. Dezember 1909) Namen und Wohnungen von fünf neuen Kerkten veröffentlicht zu lassen, wodurch der Forderung der Regierung Genüge geleistet war. Nun setzte aber erst recht ein scharfer persönlicher Kampf der alten Kerkte gegen ihre neu zugezogenen Kollegen ein. Schon am 1. Januar wurde einer der neuen Kerkte (Dr. Pilgram) von den alten Kerkten veranlaßt, wieder abzureisen und ein anderer neuer Kerk (Dr. Wagon) will angeblich nicht für die Kassen wirken. An seiner Tür befand sich am 1. Januar ein Zettel mit der Aufschrift: „Kein Streiklaz!“ Nun hatten die Kassen also nur drei Kerkte und die Aufsichtsbehörde mußte der Regierung den Stand der Dinge melden. Seitens der Regierung erwartet man nun den Abschluß eines Zwangsvertrages. Verhandlungen hierüber sollten gestern zwar in Anwesenheit des Regierungspräsidenten beginnen. Andererseits aber wird versichert, daß die Krankenkassen wieder Kerkteerwerb herbeigeführt hätten. In der Bürgerchaft wird das Verhalten der bisherigen Kassenärzte, zu denen auch der Vorkingende der Bochholter Zentrumsorganisation gehört, scharf kritisiert; ihre Forderungen werden allgemein als übertrieben bezeichnet. Namentlich wird der Kampf gegen die neuen Kerkte entschieden beurteilt. Man stellt insbesondere Vergleiche darüber an, was wohl seitens der Staats- und Militärbehörde geschehen wäre, wenn Arbeiter so vorgegangen wären, wie von den früheren Kassenärzten gegen ihre „arbeitswilligen“ Kollegen. In dem Falle würde Wohlollt jedenfalls sehr einer — Garnisonsstadt gleichen. Andererseits aber weist der Bochholter Kerktekreis interessante Schlaglichter auf die Macht der Organisation im allgemeinen und jene der Kerkte im besonderen. Die der Kerktekreis ausläßt, ist, wie man uns unter dem 3. Januar schreibt, noch nicht abzusehen! Sollte er aber wider Erwarten mit einem Siege der früheren Kassenärzte endigen, so handelt es sich offenbar nur um einen vorläufigen, aber nicht um einen dauernden Frieden.

#### Auflösung einer Arbeiter-Witwenkasse.

Die Witwenkasse des Dreherpersonals der Porzellanfabrik der Firma Krüster in Waldenburg beschloß in einer Generalversammlung mit 44 von 47 Stimmen, sich aufzulösen. Auf Grund des Beschlusses über die Privatversicherungsunternehmungen versagte der Regierungspräsident die zur Durchführung des Beschlusses erforderliche Genehmigung. Er schloß sich dabei auf ein versicherungstechnisches Gutachten, worauf die Kasse, die zurzeit über ein Vermögen von 65 000 M. verfügte, lebensfähig sei. Bedenken äußerte er auch gegenüber dem Passus des Beschlusses, wonach sich das Vermögen unter den zurzeit Pension beziehenden Witwen und den hinzukommenden Witwen der zur Zeit der Auflösung vorhandenen Mitglieder aufzuteilen sollte. Die Kasse klagte und machte geltend, die Beiträge (50 Pf. pro Woche) ständen in keinem Verhältnis zu den Leistungen, da das höchste Witwengeld jährlich 60 M. betrage. Auch werde die Zahl der Arbeiter, welche beitreten, immer geringer. Erstens würden in den Betrieb nicht mehr soviel Porzellandreher eingestellt, da die Verwendung der Maschine zunehme. Zweitens mache die Firma es den Arbeitern nicht mehr zur Bedingung, Mitglied der Kasse zu werden. — Das Oberverwaltungsgericht entschied am Montag, daß der Beschluß des Regierungspräsidenten, durch den die Genehmigung für den Auflösungsbeschluß versagt wurde, aufzuheben sei. Wenn der Regierungspräsident geltend mache, die Kasse sei lebensfähig, so sei das kein Verfassungsgrund, wo es sich um die Auflösung einer Gesellschaft handelte, die sich durch freien Vertrag gebildet habe. Die Art der beabsichtigten Liquidation könne der Regierungspräsident nicht gegen den Auflösungsbeschluß verwerten. Dessen Gültigkeit werde durch sie nicht berührt. Die Liquidation habe nach den Bestimmungen des Gesetzes in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu erfolgen. Sollte bei der Liquidation danach nicht verfahren werden, dann könnte die Aufsichtsbehörde dagegen einschreiten. Der Regierungspräsident werde den Auflösungsbeschluß an sich genehmigen müssen, wenn er keine anderen triftigen Gründe dagegen habe.

# Gewerkschaftliches.

## Erfolgreiche Streikarbeit kann verweigert werden.

Ein bemerkenswertes Urteil fällt dieser Tage das Gewerbegericht in Lechhausen. In der dortigen Glühfabrik traten die Arbeiter der Pumpsation wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter in den Streik. Da von dem Fortbetrieb dieser Abteilung der ganze Produktionsprozess des Unternehmens abhängt, suchte die Fabrikleitung durch Abkommandierung von Arbeiterinnen — die männlichen Arbeiter hatten sich geweigert — aus anderen Abteilungen nach der Pumpsation diese flott zu erhalten. Eine Arbeiterin, die nach der bestrittenen Abteilung verlegt wurde, weigerte sich nun, Streikarbeit zu verrichten und verlangte Zurückverlegung an ihren alten Arbeitsplatz, da sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen wollte und ihr auch verweigert worden sei, daß sie Streikarbeit verrichten sollte. Die Fabrikleitung hatte hierauf die Arbeiterin kurzerhand entlassen, und zwar wegen beharrlicher Weigerung der ihr übertragenen Arbeit. (§ 123 Abs. 3 G. D.) Die entlassene Arbeiterin klagte nun beim Gewerbegericht auf Zahlung von 52 M. Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung. Durch Urteil wurde die beklagte Firma verpflichtet, an die Klägerin den eingeklagten Betrag zu zahlen. Maßgebend für die Beurteilung war neben § 157 B. G. B. auch § 119, wonach Verträge rückgängig gemacht werden können, wenn sie gegen Treu und Glauben verstoßen. Die Klägerin sei unter Verhinderung der näheren Umstände zur Eingehung eines Vertrages veranlaßt worden, den sie bei eingehender Würdigung des Falles nicht eingegangen wäre. Das Urteil hat nun eine Anzahl weiterer Klagen zur Folge.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, chirurgische Instrumentenmacher!** Die chirurgischen Instrumentenmacher in Wien befinden sich im Streik. Deshalb machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Wien für chirurgische Instrumentenmacher gesperrt ist. Etwasige Arbeitsangebote nach Wien sind zurückzuweisen und ist der unterzeichneten Verbandsleitung davon sofort Mitteilung zu machen.

Außerdem machen wir die in Arbeit stehenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die bestreikten Wiener Arbeitgeber versuchen werden, bei verschiedenen hiesigen Firmen Streikarbeit anfertigen zu lassen. Deshalb ersuchen wir, daß die Kollegen in dieser Beziehung ganz besonders auf dem Posten sind. Sollte den Kollegen Streikarbeit aus Wien angeboten werden, dann ist sofort unserem Bureau davon Mitteilung zu machen, damit die geeigneten Maßnahmen getroffen werden. Wir erwarten, daß unsere Kollegen diese Mitteilung genügend beachten und verbreiten werden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.  
NW., Charitéstr. 3.

### Die Tarifverhandlungen der Maler

wurden am Mittwoch fortgesetzt, sie sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Diskussion drehte sich ausschließlich um die Frage der Lohnerhöhung. Nach dem Schiedsspruch, der feinerzeit zu dem Reichstafel abgegeben wurde, muß ein gewisses Maß von Lohnerhöhung eintreten, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß der Reichstafel die Zuschläge für Ueberstunden, Nachtarbeit, Festabendantritt, Jahrgeld usw. etwas ungünstiger stellt, als es nach dem alten Tarif der Fall war. Wie weit der Lohn nun erhöht werden muß, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen, darüber sind die Meinungen auf beiden Seiten verschieden und konnte auch darüber keine Verständigung erzielt werden. Ueber diese Erhöhung hinaus fordern die Arbeitnehmer noch weitere Lohnerhöhungen mit Rücksicht auf die durch die neuen Steuerbelastungen bedingte wesentliche Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Arbeitnehmer haben nach dieser Richtung für die 250 in Frage kommenden Orte ganz bestimmte Forderungen eingereicht, welche 5—10 Pf. pro Stunde betragen. Sie begründeten ihre Forderungen während der Verhandlung durch eingehende statistische Nachweise. Doch vom Tische der Arbeitgeber aus wurde ihnen unverblümt gesagt, daß die Zahlen und Tabellen auf die Arbeitgeber gar keinen Eindruck machen und daß sie keine Lohnerhöhung bewilligen würden. Infolge dieses Standpunktes hatten die Arbeitgeber keine Angebote in bezug auf Lohnerhöhung gemacht. Die Arbeiter ersuchten mehrmals die Unternehmer, doch ihrerseits Angebote zu machen, damit man sich über das Maß der zu bewilligenden Lohnaufbesserung verständigen könne. Die Antwort der Arbeitgeber lautete: „Wir haben verhindert, daß die von unseren Mitgliedern beschlossenen Lohnerhebungen gefordert werden.“ Das ist unser Angebot.“ Als hierauf von den Arbeitnehmern auf einige Städte verwiesen wurde, wo die Arbeitgebervereine sich zu Lohnerhöhungen bereit erklärt hatten, hüllten sich die Arbeitgebervertreter in diplomatisches Schweigen. Sie bestritten die angeführte Tatsache nicht, gaben sie aber auch nicht zu. An eine Verkürzung der Arbeitszeit, sagten die Arbeitgeber, sei gar nicht zu denken.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten ganz bestimmt, daß man ihnen einen Tarifabschluß auf drei Jahre ohne Lohnaufbesserung nicht zumuten dürfe. Auch der Vertreter des christlichen Verbandes schloß sich dieser Erklärung an und betonte besonders, daß in Rheinland-Westfalen der Reichstafel auf Annahme nicht rechnen könne, wenn den Arbeitern keine Lohnerhöhung zugebilligt werde. Man würde dann ohne Tarif arbeiten. — „Wir auch“ sagten darauf die Arbeitgeber.

Die Unparteilichen gaben am Schluß der Sitzung bekannt, daß sie sich im Laufe des Nachmittags durch statistische Nachweise über die tatsächlichen Verhältnisse informieren und die vorgetragenen Tatsachen prüfen würden, um für die Verhandlungen, welche am Donnerstag fortgesetzt werden, gewisse Richtlinien aufzustellen, über die dann weiter diskutiert werden soll, so daß voraussichtlich am Freitag ein Schiedsspruch abgegeben werden kann.

**Achtung, Fuher!** Auf dem Bau Schelstr. 38 zu Charlottenburg sind zwischen den Fassadenputzern und dem Bauunternehmer Schlamy Differenzen ausgebrochen. Der Bau ist durch die Leitung der Sektion der Fuher gesperrt. In Betracht kommen die Hoffassade und Lidithof. Die übrigen Fuherarbeiten sind fertiggestellt. Es ist für geübte Fuher höchstens nur noch für eine Woche Arbeit vorhanden, trotzdem haben sich aus den Reihen der Fuher (welche auf Gnadenbrot rechnen) Leute gefunden, die auf dem genannten Bau Arbeitswilligendienste verrichten. Es wird ersucht, den genannten Bau strengstens zu meiden.

Der Vorstand.

### Deutsches Reich.

#### Die Aussperrung in der Stettiner Herrenkonfektion

dauert nunmehr bereits die fünfte Woche an, ohne daß es auch nur zu Verhandlungen gekommen wäre. Das Gewerbegericht hatte sich als Einigungsamt angeboten; die Lohnkommission war zu Verhandlungen auch bereit, während die Arbeitgeber unter

dem 30. v. M. jede Verhandlung solange abgelehnt haben, „bis die Forderung der Lohnkommission auf tarifliche Festlegung der Löhne für Bügler und Näherinnen, welche überhaupt in keinem direkten Arbeitsverhältnis zu uns stehen, fallen gelassen ist“. Nach dieser Begründung muß angenommen werden, daß die Unternehmer sich überhaupt noch nicht die Mühe gemacht haben, die Forderungen der Arbeiter verstehen zu lernen. Eine Forderung, wie sie obige Begründung meint, ist von den Arbeitern niemals gestellt worden. Die Lohnkommission hat von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden — und hält noch daran fest —, daß lediglich die Löhne der Zwischenmeister, Näherinnen, Bügler usw., welche direkt bei den organisierten Unternehmern beschäftigt sind, tariflich geregelt werden sollen. Das ist auch dem Arbeitgeberverband bekannt, und deshalb geht man wohl in der Auffassung nicht fehl, daß er durch seine Einzelzüge die öffentliche Meinung irreführen will. Die Löhne für diejenigen Näherinnen und Bügler, welche nicht bei den Konfektionären, sondern bei den Zwischenmeistern beschäftigt sind, sehen die Organisationen im Einverständnis mit den Zwischenmeistern selbst fest. Dadurch wird der ziellose Ausbeutung, insbesondere der Heimarbeiterinnen, ein wirkungsvoller Einhalt geboten. Nach dieser Richtung haben die Verbände bereits erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Die Lohnkommission hat unter Verzichtung der irtigen Auffassung des Arbeitgeberverbandes sich abermals zu Verhandlungen bereit erklärt, und wenn die Konfektionäre ihre Tariffeindschaft nicht offen zugeben wollen, werden sie nunmehr wohl oder übel verhandeln müssen. Ihre im Dezember noch günstige Stellung verschlechtert sich jetzt auch mit jedem Tage, da die Saison für die Frühjahrs- und Sommerwaren bald beginnt. Die Stimmung der Aussperrten ist eine durchaus hoffnungsvolle, weil sie wissen, daß die Unternehmer doch bald nachgeben müssen. Letztere haben übrigens zugeben müssen, daß mehrere organisierte Firmen vorgezogen haben, die festgesetzte Konventionalstrafe zu zahlen, um die Aussperrung nicht mitzumachen. Die Arbeiterorganisationen dagegen haben durch die Aussperrung erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen. Ein unvorstellbarer Erfolg der Unternehmerpropaganda!

Die Magdeburger Elektromonteur sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Lohnskala beauftragt, die einer späteren Versammlung der Elektromonteur zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll.

### Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

In Hirschberg i. Schl. ist am 3. Januar ein allgemeiner Töpferstreik ausgebrochen. Die Gehilfen hatten den alten Lohn tariflich gekündigt, und den Unternehmern eine erhöhte Tarifvorlage unterbreitet, deren Anerkennung jedoch von den Unternehmern abgelehnt wurde. Diese machten vielmehr eine Gegenvorlage und erklärten, daß die darin enthaltenen Zugeständnisse das äußerste seien und eine etwaige nochmalige Verhandlung von vornherein abgelehnt werde. Bei näherem Zusehen entpuppte sich das „Zugeständnis“ der Herren als eine Verschlechterung des früheren Tarifverhältnisses, weshalb die Gehilfen am 3. Januar einmütig die Arbeit niederlegten. Die Situation liegt günstig. Arbeitswillige sind nicht vorhanden. Zugunsten der Töpfer ist von Hirschberg fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Dresdener Töpfer und Hilfsarbeiter ist immer noch nicht erledigt. Die Unternehmer machen vor allem in der Lohn- und Tariffrage für die Hilfsarbeiter Schwierigkeiten. Die Verhandlungen werden noch weiter geführt. Eine Lohnbewegung der Töpfer in Bülow in Rodensburg wurde auf friedliche Weise erledigt. Die im Töpfer tarif vorgesehene Akkordlöhne erhöhen in den einzelnen Positionen Aufbesserungen von 5—8 Proz.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Iphoe haben die Unternehmer zurückgezogen. Dort hatte der Arbeitgeberverband in Gemeinschaft mit der Tischlerinnung die Kündigung sämtlicher Tischler und Maschinenarbeiter zum 1. Januar ausgesprochen, weil die Arbeiter einen ihnen vorgelegten Vertrag nicht anerkennen wollten. Die von den Arbeitern geforderten Abänderungen des Vertrages und ihre Wünsche in bezug auf Lohnerhöhung und Erhöhung der Montagegehalte wurden nicht abgelehnt. Die Aussperrung und ein langer, schwerer Kampf schien unermesslich, als am 28. Dezember erneute Verhandlungen in die Wege geleitet wurden, die der Arbeitgeberverband zu hinterziehen suchte. Die Verhandlungen endeten mit dem Abschluß eines Vertrages, der den Arbeitern 4 Pf. Lohnerhöhung (Mindestlohn 47 Pf. pro Stunde), Erhöhung der Montagegehalte, Regelung des Ausschusses für Ueberstunden usw. bringt. Den kleinen Scharfmachern in Iphoe pagte es gar nicht, daß durch das Eingreifen des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes der Friede im letzten Augenblick noch erhalten werden konnte.

### Vergebliche Hoffnung Unorganisierter.

Seit drei Jahren schon besteht ein Tarifvertrag für die Arbeiter des inneren Betriebes der Brenner- und Pflanzfabrik H. Kauter in Essen, die sämtlich dem Brauereiarbeiterverbande angehören. Das Jahrespersonal war trotz aller Bemühungen nicht zum Eintritt in die Organisation zu bewegen; es glaubte noch an die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit und hoffte auf gleiche Lohnverbesserungen auch ohne die Organisation. Diese blieben aber aus. Sie blieben auch aus bei der kürzlich erfolgten Erneuerung des Tarifvertrages für die übrigen Arbeiter. Das brachte die Fuher zu Erkenntnis, daß auch sie sich der Organisation anschließen müßten, und nachdem sie dieses getan, wurden in einem Nachtzug zum Tarifvertrage ihre Löhne um 2,50 bis 4,50 M. pro Woche erhöht; auch erhalten sie bei Louren, wo sich ein Uebernachten notwendig macht, 3 M. vergütet, fernher haben sie abwechselnd einen freien Sonntag. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages finden auch auf die Fuher Anwendung. — So sind gewerkschaftliche Erfolge die beste Lehrmeisterin der Indifferenter, und es bestätigt sich auch hier wieder der Erfahrungssatz, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist.

Auf dem Sägewerk der Livvischen Holzverwertungsgesellschaft in Remgo haben sämtliche 12 Arbeiter, die alle im Zimmererverbande organisiert sind, wegen Lohnlärung die Arbeit niedergelegt und ersuchen um Fernhaltung des Zuguges.

### Der Stickerstreik in Plauen und die Hirsch-Dunderschen.

In Falkenstein hat der Stickerstreik eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß gegenwärtig 700 Sticker und Arbeiterinnen im Kampf stehen. In neuen Bedingungen arbeiten im ganzen Bezirk 1800 Maschinen.

Bei einer Verhandlung mit einem Unternehmer behauptete dieser, daß er sofort genügend Arbeitswillige erhalten könnte, wenn er sich an den Generalsekretär des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins Herrn Müller aus Spremberg gewandt hätte. Herr Müller habe ihm die Vermittlung von Arbeitskräften in einem solchen Falle ausdrücklich versprochen. Diese Behauptung mußte natürlich sehr stark angezweifelt werden. Nun hat aber diese Firma eine Anzahl Sticker gemahregelt, weshalb dieser Betrieb vom Deutschen Textilarbeiterverband gesperrt worden ist. Die Hirsche haben darauf den Betrieb durch ihre Mitglieder besetzt! Durch diese Tatsache sind selbstverständlich die in die Behauptung des Plauenschen Unternehmers gehegten Zweifel beseitigt. Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein hat sich aber mit dieser Tat ein neues Blatt in seinen Ruhmesfranz geflochten.

Der Streik der Druckerinnen bei der Firma Bäretzer u. Co., Hof i. V., hat zur Aussperrung von 67 Arbeiterinnen geführt. Von den Aussperrten gehören nur 8 dem Deutschen Textilarbeiterverbande an. Sie sind als unorganisierte Arbeiter nun ohne jede Unterstützung und verspüren jetzt recht merkwürdig, welchen

Wert die Gewerkschaftsorganisation hat. Offenlich ist ihnen das eine Lehre für künftige Fälle.

Etwa 300 Granitarbeiter des Odenwaldes stehen in Tarifverhandlungen. Der Bezirkstafel für die Orte Heppenheim, Sonderbach, Kirchhausen und Gernsbach ist am 1. Januar abgelaufen. Um die Arbeiter beim Verhandeln gefügiger zu machen, erhielten 150 ihre Kündigung. Darauf kündigten die christlichen 150 Steinarbeiter ebenfalls, denn die Unternehmer wollten mit dieser Kündigung die Einigkeit der organisierten Steinarbeiter stören. Die Granitarbeiterbesitzer haben dieselbe Taktik schon im Jahre 1908 unternommen. Damals glückte es ihnen, weil ungünstige Betriebsverhältnisse die Arbeiter zum Nachgeben zwangen; die Kälte war damals groß, was natürlich für die Steinarbeiter sehr ungünstig ist. Die Unternehmer schämen jetzt Arbeitsmangel vor, sagen jedoch, wenn sich die Arbeiter ihren Intentionen fügen, dann würden die Kündigungen wieder zurückgenommen. Damit sind aber die Arbeiter nicht einverstanden. Die Granitarbeiter allerorts werden daher gebeten, Arbeitsangebote aus dem Odenwalde abzulehnen.

### Ausland.

#### Gewerkschaftliche Grenzfreistigkeiten in Dänemark und ihre Regelung.

Die Repräsentantenschofsversammlung des Verbandes der dänischen Gewerkschaften, die zwei Tage dauerte, hat sich, abgesehen von den Vorschlägen über Vermittlung und Schiedsgerichtsverfahren bei Tarifstreitigkeiten und Lohnbewegungen, noch mit einigen anderen Fragen befaßt. Es wurde Bericht gegeben über die gegenwärtige Lage und die Lohnbewegungen in den verschiedenen Berufen, und dann beschloß man sich mit einem Antrag auf Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur Entscheidung von Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Organisationen. Wie hierzu der Vorsitzende des Verbandes der Gewerkschaften Karl Raden ausführte, ist in Dänemark die Ursache solcher Streitigkeiten der Gewerkschaften in der Regel der Umstand, daß die Arbeitgeber immer wieder versuchen, ungelernete Arbeiter und Arbeitsburden zu geringeren Löhnen als den mit den Berufsorganisationen tariflich festgelegten zu beschäftigen. In Zeiten flotten Geschäftsganges werden dagegen im allgemeinen von den gelehrten Arbeitern keine Einwendungen erhoben, in Krisenzeiten scheint es ihnen aber ein Unbilden, daß sie von den einer anderen Organisation mit geringeren Tariflöhnen angehörenden ungelerneten Arbeitern aus ihrer Berufsarbeit verdrängt werden. Daß das Bestreben der Arbeitgeber, sich auf diese Weise billige Arbeitskräfte zu verschaffen, Erfolg hat, hängt mit der immer mehr fortschreitenden Arbeitsteilung und Maschinentechnik in Handwerk und Industrie zusammen, und demgegenüber müht es natürlich nichts, wenn die gelehrten Arbeiter dem Arbeitsmannverband Vorwürfe darüber machen. Es kann der Arbeiterschaft nur zum Schaden gereichen, wenn die Organisationen sich gegenseitig über diese Verhältnisse heruntreiten. — Nach gründlicher Besprechung der Angelegenheit wählte die Repräsentantenschofsversammlung einen Ausschuß, der Regeln für die Entscheidung von Grenzstreitigkeiten und damit zusammenhängenden Dingen auszuarbeiten und der nächsten ordentlichen Generalversammlung, dem dänischen Gewerkschaftskongress, zur Annahme vorlegen soll. Bis dahin hat der Ausschuß auch die Aufgabe, zu versuchen, vorliegende Grenzstreitigkeiten zu regeln. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress soll, wenn nötig, zu diesem Zweck ein permanenter Ausschuß gewählt werden.

Man befaßt sich sodann mit einer besonderen Grenzstreitigkeit. Der „Weibliche Arbeiterverband“ hatte einen kleinen Teil von Mitgliedern der Zeitungsbötenorganisation aufgenommen, womit diese Organisation selbstverständlich nicht einverstanden war. Die Repräsentantenschofsversammlung dieses Verbandes der Arbeiterinnen beschloß, sprach sich jedoch dafür aus, daß die ganze Organisation der Zeitungsböten, die meist aus weiblichen Mitgliedern besteht, sich dem „Weiblichen Arbeiterverband“ anschließen soll, um so als Abteilung dieses Verbandes eine einheitliche Organisation der Berufsgruppe zu bilden. Zur Regelung dieser Angelegenheit wurde ebenfalls ein Ausschuß gewählt.

Wie man sieht, gibt es auch in Dänemark unter den Gewerkschaften Grenzstreitigkeiten. Man erfährt davon im allgemeinen in der Öffentlichkeit sehr wenig. Die dänische Arbeiterschaft liebt es nicht, dergleichen Dinge vor dem großen Publikum breitzutreten, was ja auch zu tun sehr töricht wäre. Sie schafft sich eben in ihrer Gewerkschaftszentrale eine Körperschaft, die über dergleichen Dinge sachverständig zu entscheiden hat.

In der Pariser Nationaldruckerei ist ein Ausstand ausgebrochen wegen einer Beförderung, die von den Arbeitern als Vorzugung des Betreffenden betrachtet wurde.

Der Streik der Hafenarbeiter in Stavanger, der kurz vor Weihnachten ausbrach, ist am 2. Januar durch Abschluß eines neuen Uebereinkommens beendet worden, das den Arbeitern annehmbare Lohnerhöhungen bietet. Die Streikenden konnten am Montag alle wieder in Arbeit treten.

Keine Renjahrsaussperrungen in Schweden. Das schwedische Unternehmertum wollte zu Neujahr in den Kohlengruben der Landschaft Schonen sowie in der Kleinglasindustrie des ganzen Landes allgemeine Aussperrungen veranstalten, nachdem die Tarifverträge abgelaufen waren und die Verhandlungen über neue Verträge zu keiner Einigung geführt hatten. Kurz vor Neujahr ist es jedoch mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsmänner zu neuen Verhandlungen und zum Abschluß neuer Tarifverträge gekommen. Sowohl die Grubenarbeiter wie die Glasindustriearbeiter haben sich infolge der traurigen Wirtschaftslage genötigt, auf Erhöhung ihrer sehr unzureichenden Löhne zu verzichten. Die neuen Verträge sind mit den Organisationen auf 4 Jahre abgeschlossen, die Arbeitgeber hatten sogar fünfjährige Dauer verlangt. In dem alten Tarifvertrag der Kleinglasindustrie war ein Passus enthalten, wonach bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer der Arbeiter im Betriebe, auf ihre Anfißigkeitdauer in der Gemeinde und auf ihre Familienverhältnisse genommen werden sollte. Die Schwedische Arbeitgebervereinigung, der auch die Glasindustriellen angehören, hatte nun den Befehl erteilt, daß dieser Passus aus dem Vertrag verschwinden sollte. Man will eben, daß bei Entlassungen stets die für ihre Organisation besonders eifrig tätigen Arbeiter zuerst auf die Strahe fliegen. Die Glasindustriellen sind dem Befehl ihrer Zentrale aber nur formell nachgekommen. Sie haben es zwar durchgesetzt, daß jener Passus nicht in den neuen Vertrag aufgenommen wurde, sich aber protokollarisch verpflichtet, der alten Bestimmung gemäß zu handeln.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Betriebseinschränkungen.

Charlotte (Nordcarolina), 5. Januar. (B. Z. B.) Auf einer Konferenz von 200 Baumwollspinnern, die 1½ Millionen Spindeln betreten, wurde beschlossen, den Betrieb bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten einzuschränken, wenn nicht eine Herabsetzung der Preise für Rohmaterial zu erreichen sei.

### Sturmschäden in Diga.

Riga, 5. Januar. (B. Z. B.) Wegen des seit gestern ununterbrochen herrschenden Sturmes ist der Straßenbahn- und Dampferverkehr eingestellt worden. Die Dima ist auf 5 Fuß über normal gestiegen; die Eisenbahnen kommen mit großer Verspätung an. In der Stadt sind mehrere Dächer fortgerissen worden, wobei zwei Personen getötet wurden. Große Holzvorräte sind fortgeschwemmt.

Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

(Dritter Verhandlungstag.)

Berlin, den 5. Januar 1910.

Singer eröffnet nach 9 1/2 Uhr die Verhandlungen.

Auf der Tagesordnung steht Punkt V:

Die Verwaltung Preußens.

Mit zur Diskussion steht die von dem Referenten eingebrachte, von uns schon gestern in der zweiten Beilage veröffentlichte Resolution.

Das Wort erhält der Referent Liebknecht:

Wir verstehen unter „Staat“ gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in diesem Gebiete lebenden Personen umfasst. Seit jeher waren die herrschenden Klassen in Bezug auf Klassenbewusstsein den unterdrückten Klassen überlegen. Meist, wenn auch nicht immer, sind sie auch die ökonomisch überlegenen Klassen: ihnen steht zur Seite die Staatsmacht, brutale Machtmittel und Täuschungsmittel der verschiedensten Art. Brutale Machtmittel sind Justiz, Polizei und Militär; Täuschungs- und Verdummungsmittel sind Kirche und Schule. Der Militarismus ist gleichzeitig eine Art Schule und Kirche, also Macht- und Verdummungsmittel, somit das vielseitigste Machtmittel der herrschenden Klassen. In letzter Linie verleiht die Macht der herrschenden Klassen auf der breiten Masse, die sie in ihren Dienst pressen. Daher wird den Massen eine den herrschenden Klassen günstige Ideologie aufgeblasen. Durch die Verwaltung wird eine neue Klasse, die Bürokratie, geschaffen; sie ist aber nicht einheitlich, sondern setzt sich ihrerseits wieder aus verschiedenen Klassen zusammen. Die oberste Klasse der Bürokratie führt die Verwaltung im eigenen Klasseninteresse. Die weit überwiegende Unterklasse der Bürokratie besteht aus armen Schülern mit einer ausgeprägten Ideologie, durch die sie künstlich staatsfremd erhalten werden. Im Schulverhältnis ruht auf dieser dritten Klasse die ganze Macht des Staates. Die Machtfunktionen sind formell entziehbar, aber sie haben die Tendenz, sich zu verfestigen, zu einem Eigendasein zu werden.

Für gewöhnlich unterscheidet man die gesetzgebende, die richterliche Gewalt und die Verwaltung im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Unterschiede zwischen richterlicher und Verwaltungsgewalt und die Grenzschiede zwischen gesetzgebender und Verwaltungsgewalt werden aber nicht streng innegehalten. Auch wir haben keine Veranlassung, an dem alten liberalen, ideologischen Sage der Trennung der Gewalten festzuhalten, denn es ist nicht unser Interesse, die richterliche und die gesetzgebende Gewalt gegenüber der Verwaltung machtlos zu machen. In den klassischen Ländern des Parlamentarismus — England und Amerika — haben die Parlamente richterliche und Verwaltungsfunktion. Wir in Deutschland aber haben die Mittelung zwischen Absolutismus und Parlamentarismus. Monarchie und Bürokratie sind bei uns nicht abhängig von der Volksvertretung, sondern nur in gewisser Beziehung in ihren Machtbefugnissen eingeschränkt.

Die staatliche Organisation in Preußen.

In Preußen sind die Kreise, Provinzen und Kommunen gleichzeitige Verwaltungsglieder und Organe der zentralisierten Staatsverwaltung. Natürlich sind diese Körperschaften in keiner Weise wirkliche Selbstverwaltungskörper, und zwar in den Kreisen und Provinzen noch viel weniger als in den Gemeinden, die doch schon ein wahrer Höhepunkt auf die Selbstverwaltung sind. Die Verwaltung funktioniert in vielen Fällen gleichzeitig als Justiz, und wir können andererseits von einer gesetzgebenden Funktion der Justiz sprechen. Dadurch daß die Verwaltung vielfach die nähere Ausführung der Gesetze überträgt, übt sie in großem Umfang gesetzgebende Funktionen aus. Wir haben dann auch zahlreiche Einzelbestimmungen, die den Charakter von Gesetzen tragen. Das Vornamensrecht des Monarchen bedeutet ja auch eine Justizfunktion der Verwaltung. Richterliche und gesetzgebende Gewalt sind festgelegt und eingeeignet, alles andere fällt ohne weiteres der Polizeigewalt des Staates anheim. Die Beschränkung der preussischen Verwaltung durch das Reich ist mehr formell als wirklich. Untersteht doch das Militär im vollen Umfang noch wie vor dem König von Preußen! Es ist auch bezeichnend, daß nach Stellung und Gehalt die Spitzen der Verwaltung weit über den Spitzen der Gerichte stehen. — Es wurde einmal das Scherzwort geprägt: ein Oberlandesgerichtspräsident sei größer-

wahrscheinlich geworden — er bilde sich ein, Regierungsrat zu sein. (Große Heiterkeit.) Die Verfassung geht über die Macht der Bürokratie hinweg. In ihr werden Gesetze über die Beschränkung der Bürokratieversuche versprochen, die doch bis heute nicht erlassen sind, während alle auf Stärkung der Bürokratie-macht ausgehenden Gesetze längst und prompt in Kraft getreten sind.

Ich sprach von den

drei Schichten der Bürokratie.

Natüremgemäß entfallen diese drei Arten Beamten ganz verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Die höchsten und hohen Verwaltungsbeamten rekrutieren sich aus dem Adel, in geringerem Maße aus Großindustrie und Großhandel. Auch die mittleren Beamten unterliegen noch einer ziemlich eingehenden Auswahlprobe. Die unteren Beamten gehen aus dem Proletariat hervor, allerdings zum großen Teil aus dem Beamtenproletariat selbst, dessen kostenmäßige Fortpflanzung das Eindringen selbständiger Klassenbewußtseins hindert. Die soziale Lage des Beamtenproletariats unterscheidet sich allerdings nicht von der des übrigen Proletariats. Wie die anderen Proletarier, so unterliegen auch die Beamtenproletarier der Ausbeutung. Sie sind im innersten Grunde auch Hilfskräfte für das kapitalistische System. Wir können darum die untere Klasse der Bürokratie als Teil des Proletariats betrachten und haben ja auch immer unsere Stellung dementsprechend eingerichtet. Die Herrschenden tun nun alles Mögliche, um durch Orden, Uniformen und sonstigen Firlefanz die Unterbeamten streu zu machen. Hält man doch auch den kleinen Kindern glänzende Dinge vor die Nase, wenn sie vor Hunger schreien. Manche Beamtentypen sucht man besonders gut zu lohnen, um eine freundliche Stimmung bei ihnen zu erzeugen, ein Verfahren, das man mit Recht mit der Errichtung von Prätorianergarden im alten Rom verglichen hat. Die Prämierung der Unteroffiziere, die Heraushebung der Gendarmen und anderer polizeilicher Beamten bei den Gehaltsaufbesserungen sind Erscheinungen dieser Art. Diese „Elite“ ist natürlich am schwersten einer Umwälzung ihrer Gesinnung zugänglich, da sie einer Schamozoidologie verfallen ist. Freilich, wenn die Beamten wagen, wider den Stachel zu lösen, so sind sie für immer gelöst. Das ist der Punkt, an dem sie zu fassen sind. Der Terrorismus des Staates gegenüber den Beamten sucht keineswegs.

Das Wesen der Bürokratie ist eine Hierarchie von verschiedenen Kontrollen. Ein Kontrolleur steht über dem anderen, und so wird jedes Gefühl der Selbstverantwortung erstickt. Es geht zu, wie in der Schule, wo die Kinder nur so lange still sitzen, als der Lehrer da ist. Um so größer ist natürlich die Neigung zu allerhand Ausschreitungen.

Der ganze Stolz der preussischen Bürokratie — das weiß ich aus eigener Erfahrung, denn ich war fünf Jahre in ihr tätig — ist die Oberrechnungskammer. Der Gedanke, daß in Preußen auch nicht ein Pfennig unkontrolliert bleibt, erfüllt jeden echten Bürokraten mit dem Gefühl eines unbändigen Stolzes. Und dabei hat diese Oberrechnungskammer im Grunde genommen nur eine ganz oberflächliche Funktion zu üben. Sie rechnet nach, nichts weiter, sie hat keinen Einfluß auf die Staatsverwaltung, sie kann Verschleuderung der Gelder nicht verhindern. Es ist ein Beweis von der spielerischen, kindlichen und kleinlichen Denkungsart der Bürokratie, wenn sie an der Oberrechnungskammer ein solches Heidenpflaster haben kann. Man erblickt in der Oberrechnungskammer geradezu das Symbol der preussischen Ordnung, während sie doch in Wirklichkeit weiter nichts ist als das Symbol preussischer Knechtseligkeit, Untertänigkeit und bürokratischer Unselbständigkeit.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die führende Stellung der Beamten in Preußen ganz wesentlich dadurch erleichtert wird, daß die Bevölkerung an einer wahren Titelknecht, Ordensseligkeit und Adelsandacht leidet. Im Gegensatz zu Preußen leben wir gegenwärtig in Dänemark, wie ein Minister all diesen Firlefanz abgehasst hat und wie es dort besser geht als in Preußen.

Eine bedeutsame Rolle für unsere höhere Bürokratie und für den Geist unserer Staatsverwaltung spielen

die studentischen Korps.

Die Zugehörigkeit zu gewissen vornehmen Korps ist geradezu eine Vorbedingung für eine Anstellung in höheren Verwaltungsdienst, gibt mindestens eine gewichtige Anwartschaft, und mag noch soviel Stroh im Schilde sein. Besonders ausgezeichnet ist ja

das Korps der Borussia in Bonn,

dem auch der Kaiser, seine Söhne und alle möglichen sonstigen Fürstlichkeiten angehören. Die Vorstehenden dieser Korps halten sich für etwas so Wichtiges, daß, wie glaubhaft berichtet worden

ist, ein nicht fürstlicher Vorstehender der Borussia, also irgend ein beliebiger Student, als er an einem mittleren deutschen Fürstentum zur Hofkapelle geladen war, den Anspruch erhob, über dem kommandierenden General, dem höchsten militärischen Beamten, zu sitzen! Das beweist, was für eine Vetterwirtschaft durch diese Korps herbeigeführt wird. Wenn man fragt, welche Ausichten innerhalb der Bürokratie dieser oder jener Beamte habe, so hört man von Kundigen häufig: Der kommt gut voran, der ist ein ziemlich tüchtiger Mann, vor allem aber ist er in dem und dem Corps gewesen, ein Duzbruder von dem und dem! Oft kommt man dabei auf die höchsten Herrschaften heraus, und das ist dann eine ausgezeichnete Anwartschaft mit Siebenmeilenstiefeln Fortschritte zu machen innerhalb der Bürokratie. Daß man unter diesen Umständen natürlich jede liberale Gesinnung — von einer anderen gar nicht zu reden — fernzuhalten sucht, ist selbstverständlich. Man hat im allgemeinen die Anschauung, die jüngst Pastor Nothe zum Ausdruck gebracht hat, daß Satan der erste Liberale gewesen sei. (Heiterkeit.)

Die Disziplin innerhalb der Verwaltung ist eine außerordentlich scharfe. Sie geht aus von dem Beamteneid. Sie wissen, der Beamteneid ist auch eine Art Beamteneid, er wird ausschließlich dem Kaiser, beziehungsweise König geleistet, und der Soldat wird bei uns nicht durch ein einziges Wort auf die Verfassung verpflichtet! Beim Beamteneid ist das ein klein wenig anders. Der Dienstfeld der preussischen Beamten lautet:

„Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Majestät dem König von Preußen, unserem Allergnädigsten Herrn, ich untertänigst treu und gehorsam sein und alle mir vermög meines Amtes obliegenden Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen treu erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helfe!“

Da ist zunächst bemerkenswert, daß ängstlich vermieden worden ist zu sagen: „Ich schwöre, daß ich...“, damit nur ja nicht der Anschein erweckt wird, als ob der Beamte die Kühnheit habe, seinen Namen vor dem Namen der Majestät zu nennen. (Große Heiterkeit.) Untertänig, treu und gehorsam soll der Beamte sein — wie ein Hund. Hinterher wird man schon nütztener und am nächsten bei dem Hintertisch auf die Verfassung! Man merkt gewissermaßen an dieser Stillierung, wie wehe es dem Verfasser des Dienstfeldes getan hat, daß er die Verfassung überhaupt erwähnen mußte. Mit diesem Dienstfeld ist es aber noch nicht abgetan, es ist noch vorgeschrieben eine bestimmte Vorkaltung, die ausdrücklich auf dem Formular, das der Beamte zu unterschreiben hat, mit vorgegedruckt ist. Dort heißt es u. a.:

„Es hat niemand das Recht, keine Abweichungen von der alten Instruktion sich zuschulden kommen zu lassen.“

Und weiter: „Der sich solchergestalt als gewissenhafter redlicher Diener des Königs betätigt und mit unwandelbarer Treue und unermüdlichem Dienstvertrauen sein Amt vertritt, kann sich göttlichen Segens und Belohnung in dieser oder jener Welt (große Heiterkeit) sicher halten, wird auch bei jeder Gefahr... den Trost als Verurteilung genießen, den nur ein unterlegenes Gewissen gewähren kann.“

Das ist billig! (Heiterkeit.) Etwas bessere Gehälter wären den Beamten wahrscheinlich meist lieber.

Reben den Verheißungen stehen nun aber auch Drohungen! Da heißt es zum Schluß:

„Dagegen haben diejenigen, welche die feierlich beschworene Dienstpflicht vernachlässigen oder sich soweit vergehen, den ihnen erteilten Instruktionen freventlich entgegenzuarbeiten, außer der allgemeinen Verurteilung... auch harte Strafen zu gewärtigen, welche nach dem Verhältnis der beträchtlichen oder geringen Verschuldung ohne Rücksicht und Ansehen der Person unausbleiblich vollzogen werden.“

Also schon von vornherein operiert man mit allen Mitteln, um die Beamten einzuschütern! Im Jahre 1882 hat Kaiser Wilhelm eine Kabinettsorder erlassen, in der er begann, jeden Versuch der Beamten, sich irgendwelche Selbständigkeit zuzuschreiben, grüßlich zu befehligen, soweit das in seiner Gewalt lag. Auch diese Kabinettsorder sowie eine weitere des jetzigen Kaisers vom 18. April 1896 wird den Beamten bei ihrer Vereidigung regelmäßig vorgehalten. In der ersten heißt es:

„Das Recht des Königs, die Regierung und Politik Preußens nach freiem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. (Dort! hört!) Die Regierungsakte des Königs bleiben weiterhin Regierungskakte des Königs, wenn sie auch der Gegenzeichnung bedürfen. Es ist deshalb nicht zulässig und dient zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen königlichen Rechte, wenn es so dargestellt wird, als ob die Regierungsakte von dem dafür verantwortlichen Minister und nicht von dem Könige selbst ausgingen.“

scheinungen immer mit unterlaufen werden, kann man auf diese Zweifelslos einen Mehrwert bekommen, der bedeutungsvoll ist für die vielen, die nicht beliebig viel für Bücher ausgeben können. Der Handband wird daneben immer seine Stellung behalten.

Kleines feuilleton.

Die Tragödie der dänischen Polarexpedition wird in der Erinnerung von neuem wachgerufen durch die Gemälde des dänischen Malers W. A. Bertelsen, die in den nächsten Tagen in London in der Royal Geographical Society ausgestellt werden. Die Bilder sind von besonderem Interesse, weil sie zum ersten Male die menschliche Schönheit der arktischen Einöde mit ihren gewaltigen Lichtphänomenen in künstlerischer Fassung wiedergeben. Bertelsen hat an der unglücklichen Expedition der „Dänemark“ teilgenommen, die ausgesandt war, um festzustellen, ob Grönland eine Insel ist und die angrenzlichen Dokumente einholen sollte, die Beary bei seiner grönländischen Expedition in der nördlichen Eisregion deponiert hatte. Beide Ziele wurden erreicht, aber sie forderten zahlreiche Menschenleben und die Ueberwindung furchtbarer Leiden. Vom Winterlager wurden zwei Schlittene Expeditionen ausgerüstet; die erste hatte das Unglück, auf einem großen Eisfeld vom Festland ab und ins Meer hinausgedriven zu werden; die zweite, an der Bertelsen teilnahm, war glücklicher: nach qualvollen Zureicherungen gelang es ihnen schließlich doch, zum Winterlager zurückzufinden. Erst hier erfuhren sie, daß von der anderen Abteilung jede Nachricht fehlte. Eine Reihe von Rettungs Expeditionen wurden ausgesandt, aber erst mehrere Monate später fand man zwischen Eisblöcken den Leichnam eines Eskimos, der in der erstarrten Rechten noch ein Tagebuch hielt. Es war in Eskimosprache geschrieben und gab in seiner Knappheit ein erschütterndes Bild von dem Leiden und Sterben seiner Gefährten. Die letzten Zeilen hatte der Eskimo mit seinem Blute geschrieben. Bertelsen's Bilder sind in einer Breite von 83 Grad entworfen; die Kälte zwang den Maler, den Farben Benzin beizumengen, um ihr Gefrieren zu verhindern.

Die Beerdigung eines Königs ohne geistlichen Beistand. Anlässlich der mangelhaften Beerdigung, die die Haltung des belgischen Klerus beim Tode Leopolds II. verurteilt hat, erzählt die liberale „Indépendance Belge“ die Geschichte vom Tode des letzten legitimen Königs, der auf einem französischen Thron gestorben ist. Als Ludwig XVIII. auf dem Sterbebette lag (1824), bemühte sich seine Nichte, die Herzogin von Angoulême, vergeblich, ihn zum Weichen und zur Annahme der letzten Delung zu bestimmen. Er weigerte sich standhaft. Man ging soweit, seine Maitresse, Frau v. Cayla zu ihm zu schicken, aber auch sie erreichte nichts. Am nächsten Tage verfuhr sie die Herzogin noch einmal. Der König aber antwortete, als sie die Pflichten eines „allerchristlichsten Königs“ betonte: „Gerade weil ich mein Leben lang als König diese Komödie habe spielen müssen, will ich jetzt, wo der Vorhang fällt, als Mensch nach meiner eigenen Art handeln.“ Einen oder zwei Tage danach, als der Erzbischof von Paris Einlass begehrte, rief der König, der darin eine Veranlassung seiner frommen Nichte witterte, erregt: „Diese schwarze Kanaille darf nicht herein!“

gelassen werden!“ Er starb tatsächlich, ohne sich der Geistlichkeit dabei zu bedienen. Daher blieb sie seinem Leichenbegängnis fern. Dem Volke wurde irgend ein äußerlicher Vorwand als Grund dafür angegeben, aber in verschiedenen Darstellungen, neuestens in den Memoiren des Chevalier de Cury ist der wahre Grund angegeben.

Der Verlegerinband. Paul Westheim schreibt in der Dürer-Bundeskorrespondenz: Die eigentliche Liebe zum Buch ist literarischer und nicht kunstgewerblicher Art. Der rechte Leser laßt sich ein Werk, weil er sich mit dem Inhalt auseinandersetzen möchte, nicht aber wegen der Ausstattung. Das gute Buch in einer schönen Aufmachung zu besitzen, ist die Absicht, die Freude am Inhalt soll gesteigert werden durch ein dem Auge gespendetes geschmackvolles Behagen. Neben der typographischen Gestaltung ist es der Einband, der dem Bücherfreund solch Ergötzen bereitet. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein kümmerte sich der Verleger kaum um den Einband. Er verkaufte das Buch broschiert und überließ es dem Käufer, das Werk dem Buchbinder zu überantworten. Erst die Imitationsperiode der Prachtwerkzeit führte zur Hochbuchbinderei. Der Verleger wollte für wenig Geld eine Hochbuchbindung des Kunsthandwerkes liefern. Eine holzpapierene Lederverfälschung wurde gepreßt und geprägt. Und das Publikum hatte für ein paar Groschen etwas, was so ähnlich aussah wie der teure Ledereinband. Gewiß eine niedrige Absicht. Schließlich ist sie aber doch der Anlaß zu recht erfreulichen Leistungen gewesen. Denn als die neue Kunstgewerbereformbewegung den Streikruf: Materialschtheit, Qualität und Gediegenheit erschallen ließ, war dieser so ganz und gar nicht prächtige Prachtband das bequemste Gegenbeispiel, das immer wieder angeführt werden konnte. Er verjagte auch ziemlich schnell von der Bildfläche und wurde ersetzt durch einen Masseneinband, der selbst und für sich etwas war, ohne den Kunstbuchbinder überflüssig machen zu wollen. Wer Leder nicht bezahlen kann, soll eben auf das Leder verzichten. Es gibt ja genug andere, billigere Stoffe, die ebenfalls ihre Schönheit haben. Das war die erste der Erwägungen, die der Verleger entgegenführte. In England hatte man gute Wirkungen erzielt mit Leinen und Stilk; selbst der einfache Pappband gab eine angenehme Hülle ab, und die Wundpapiere, deren Herstellung man mit Fleiß und Geschick wieder aufgenommen hatte, waren sowohl als Vorschlag wie für die äußere Hülle ein trefflicher Schmuck. Auch kostbare Stoffe: Leder, sogar das Pergament wurden wieder verwendet, aber verständig materialgerecht. Die Hochbuchbindereien sahen sich mehr und mehr genötigt, auf die so hochentwickelte Fälscherkunstfertigkeit zu verzichten. Die Verleger, gedrängt von dem Verlangen des Publikums, lassen sich von tüchtigen Künstlern beraten, bemühen sich um gediegene, geschmackvolle Entwürfe. Da steht eine frische Zeichnung, ein feines Ornament, ein kräftiges Signet neben dem schon geschriebenen oder gut geschriebenen Titel. Trost mancher Entgleisung im einzelnen, wie sie bei einer solchen Menge von Er-

Notizen.

— Musikchronik. Das erste diesjährige Sonntagskonzert des Schiller-Theaters, Charlottenburg, das am 9. Januar stattfindet, bringt Griegs Sonate für Violine und Klavier und Schumanns Klavierquartett in Es-Dur, op. 47 zu Gehör. Alexander Heinemann trägt Kompositionen von E. F. Loubert und Lieder von Schubert und Schumann vor.

— Freie Hochschule Berlin. An der Freien Hochschule Berlin beginnen in dieser Woche die ersten Vorlesungen und zwar am Donnerstag, den 6. Januar: Musikdirektor W. Kneth über: Die Sonaten Beethovens; am Freitag, den 7. Januar: Schriftsteller M. H. Waage über: Einführung in die Grundprobleme der Biologie; Dr. A. Henning 1. über: Unsere Zeit in psychologischer Beleuchtung und 2. Die über sinnliche Welt; Dr. Rud. Magnus über: Mensch und Affe. Karten sind zu haben bei Amelang, Nicolai, Westheim, Gellius usw. — Programme kostenlos bei Poetel u. Wolff.

— Sudermann — Hofpoet. Wilhelm II. hat, wie die bürgerliche Presse verkünden läßt, sich Sudermanns „Strandbänder“ bereits zum zweitenmal im Igl. Schauspielhaus angesehen. Das erste Mal war Sudermann nicht zur Stelle, aber das zweite Mal konnte die Sache schon besser. Sudermann war rechtzeitig benachrichtigt und wurde dann in die Loge beschieden. Wilhelm nahm Gelegenheit, sich ausführlich mit Sudermann über den Charakter der modernen dramatischen Dichtung und über die Ziele, denen sie zuzustreben habe, auszusprechen. Er begrüßte es als besonders anerkennenswert, daß die Dichtung sich der Geschichte unseres Vaterlandes zuwende, in unserem Volke den nationalen Sinn durch die Bilder aus der großen Vergangenheit stärke und zum Stille des großen Dramas zurückführe. — Heil Sudermann, dem vaterländischen Geschichts- und Strandbänder!

— Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltet am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Choralionsaal (Vollbeustr. 4) sein zweites Konzert. Das Programm bietet eine reichhaltige und vielseitig-charakteristische Auswahl aus der Instrumental- und Vokalmusik von Mozart bis Brahms; Lieder von Schubert, Schumann und Brahms gefolgt von Kammermusik von Mozart und Schumann und einige der besten Klavierkompositionen Chopins zu.

— Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Segektion wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 9., sondern erst am Sonntag, den 16. Januar, geschlossen.

mit wollte man den Beamten die Möglichkeit nehmen, welche Regierungsmaßnahmen zu kritisieren, indem sie den Herr kritisierten! Man will damit die Tatsache schaffen, daß jede Kritik einer Regierungsmaßnahme der König getroffen hätte! Es ist bekannt, daß wir schon häufig solche indirekten schättsbeleidigungsprozesse zu verzeichnen gehabt haben. Am Schluß dieser Kabinettsorder heißt es: „Wir liegt es fern, die Freiheit der Wahl zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungsbefehle betraut sind, ... erstreckt sich die durch den Dienstbeschworene Pflicht auf die Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen.“

Sie wissen, daß diese Kabinettsorder bis zum heutigen Tage angewandt worden ist. Es ist deshalb auch jede Agitation gegen die Regierung bei den Wahlen den Beamten selbstverständlich unterzogen, und die Kabinettsorder des jetzigen Kaisers hat das Maß voll gemacht dadurch, daß sie auch das Petitionsrecht der Beamten in seinem wesentlichsten Teile aufgehoben hat. Wie es unter solchen Umständen mit dem Beamtenrecht in Preußen bestellt ist, das bedarf keiner weiteren Ausführung. Maßregelungen sind an der Tagesordnung, ich erinnere an Kattowitz! Auch Notare werden trotz ihrer Rechtsanwaltsqualität diszipliniert. Ein polnischer Notar in Posen mußte sein Amt niederlegen, weil er nicht gegen den polnischen und für den Preussendebaten stimmen wollte! Selbst mit der Enthaltung von der Wahl — ich habe die Akten zu Hause — wollte sich die Behörde nicht zufrieden geben! Daß die Reichsregierung den Spuren der preussischen Regierung folgt, zeigt wiederum Kattowitz. Die Disziplinarmassnahme funktioniert sehr schwerfällig, wenn es sich um Ausschreitungen der Beamten handelt, sie arbeitet aber wie gebitt, wenn irgend ein Beamter die gemeinsamen Interessen der Bureaucratie zu gefährden scheint. Vollends gegen höhere Beamte, die in plumpestem Maße die Befehle verlegt haben, etwas zu erzielen, ist u a h e z u b ö l l i g a u s g e s c h l o s s e n. Außer der Disziplinierung stehen der Bureaucratie noch andere Mittel zur Verfügung: Schikanen aller Art, Veretzung, Kalfstellung, gesellschaftliche Achtung.

In engster Verbindung mit der Bureaucratie stehen andere Schichten der Bevölkerung, die man als

#### Halbbonkranten

bezeichnen kann: Krieger- und Flottenvereine, Luftschiff- und Schiffsvereine, Mitglieder des Kaiserlichen Automobilclubs, Militäranwärter, Studentenkorps, ferner Staats- und Gemeinbedienstete, selbst Arbeiter, die in Betrieben tätig sind, die für den Staat arbeiten, Reserveoffiziere, verabschiedete Offiziere — ich erinnere an den Fall Gade — usw.

So groß auch die Macht der Bureaucratie ist, sie schwebt nicht in der Luft und ist von dem sozialen Milieu der Schichten abhängig, aus denen sie sich ergänzt. Es ist eine gewisse Ueberhebung, zu sagen, die preussische Regierung sei ein Ausschlag des Junkertums. Wir kennen alle den gewaltigen Einfluß der Großindustriellen. Eine Anzahl Junker sind auch Industrielle. Man soll überhaupt Junker und Industrielle nicht zu scharf trennen. Die Junker sind eine besondere Fraktion der kapitalistischen Klasse, freilich eine Fraktion mit besonderer Färbung. Das Junkertum übt allerdings einen entscheidenden Einfluß aus, es hat aber nicht die Alleinhegemonie. Die schwere Industrie, Großfinanz und Großhandel üben gleichfalls starken Einfluß aus, zumal da die Junkerintelligenz nicht für alle Aufgaben des Staates ausreicht. Ich erinnere an Demburg und Balin und an das Austauschverhältnis zwischen Straßenbahngesellschaft und Ministerien. Immerhin ist

#### der Einfluß des Junkertums

auch gegenüber den anderen Schichten der Bourgeoisie unterhältnismäßig groß. Einmal zieht die Bourgeoisie das Geldverdienende vor, zum zweiten steht sie im Junkertum eine Schuttruppe, drittens hat sie keine Lust, den Stein ins Rollen zu bringen, weil sie weiß, daß es dann — wie beim Wahlrecht — kein Dalken gibt. Das ist auch der Grund, weshalb sie bisher keinen Vorstoß unternommen hat, um ihre Macht im Parlament und Staat zu etablieren. Auf die Dauer freilich läßt sich Preußen nicht regieren wie ein großer Gutbezirk und können Industrie und Handel nicht unter den Knäueln ostpreussischer und pommerischer Junker stehen. Schließlich muß das Tor doch geöffnet werden, durch das auch wir einziehen werden.

Innerhalb der Verwaltung selbst kämpfen Gegensätze miteinander, die in der preussischen Geschichte schon oft eine große Rolle gespielt haben. Ich denke an die Gegensätze zwischen dem Stück der Verwaltung, das wir als Krone zu bezeichnen pflegen, und der übrigen Verwaltung. Die Macht des Königs beruht ja auf den verschiedensten Ursachen: auf seinem Reichtum, auf Traditionen, auf einer lebhaften Suggestion, auf ökonomischen und sozialen Faktoren und auf dem Bedürfnis der herrschenden Klassen, eine Spitze für sich zu haben. Bei Konflikten mit der Krone aber haben wir bisher noch immer die Erfahrung gemacht, daß die Krone den kürzeren gezogen hat. (Sehr richtig!) Daran ändert auch nichts, daß Willow in seinem Schwanengesang sich als Schuldbuben des Kaisers hinstellte. Ist es doch nicht einmal gelungen, die Kanalarbeiten zur Reife zu bringen! Der Kanal ist heute noch nicht gebaut, und die Rebellen sind höher hinauf gemagregelt worden, als sie je hoffen konnten. Die Junker, diese Abkömmlinge der alten Ministerialen, das heißt ehemaliger Leibeigenen und Sklaven, sind stärker als der König. Der König ist „absolut“, so lange er ihren Willen tut.

#### Bekannt ist der Einfluß der Verwaltung auf die Zusammenfassung der Parlamente.

Kennzeichnend bei der öffentlichen Wahl wirken „die von Gott gegebenen Realitäten“, um das hübsche Wort Bismarcks zu gebrauchen. Durch den Pa r i s u b ü b t die Spitze der Verwaltung, der König, direkten Einfluß auf die Zusammenfassung des Herrenhauses. Die Landräte ihrerseits bestimmen die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses, so daß Schädling spöttisch meinte, man solle es den Landräten ruhig überlassen, die Abgeordneten zu ernennen. (Heiterkeit.) Die Landratsbureaucratie ist sehr feindselig auch dem König gegenüber; aber wenn sie auch im Parlament herrscht, so ist ihr doch mit einer Erweiterung der parlamentarischen Macht nicht gedient. Eine andere Zusammenfassung des Parlaments ist ja immerhin nicht ausgeschlossen; ich erinnere an die Konstitutionsperiode, die freilich ja die völlige Ohnmacht des preussischen Parlaments offenbarte. Wenn es einmal der Verwaltung darauf ankommen sollte, ein preussisches oder deutsches Parlament auseinanderzutreiben, so brauchte sie keine scharfen Patronen oder Maschinengewehre nach Mansfelder Art, sondern nur ein paar Plagpatronen! (Heiterkeit.)

Die Machtverhältnisse innerhalb des Parlaments richten sich eben nicht nach der Stärke der Fraktionen, sondern nach der außerparlamentarischen Macht hinter den Fraktionen! Daher auch der Einfluß unserer kleinen Landtagsfraktionen. Ganz machtlos freilich ist das Parlament so wenig wie die Presse. Das Parlament kann die Öffentlichkeit aufrütteln. Dabei denn auch die Scheu der Regierung, mag sie auch noch so sehr auf den Parlamentarier an sich pfeifen, vor der öffentlichen Aussprache. Scheut doch überhaupt unsere Bureaucratie die Öffentlichkeit.

#### Einfluß der Verwaltung auf die Justiz.

Sie wissen alle, wie es mit der angeblichen „Unabhängigkeit“ der Justiz steht. Das Ernennungs-, Beförderung- und Disziplinierungsrecht hängen als Schwert über den angeblich „unabhängigen“ Richtern. Dazu ist die Strafjustiz von der Initiative des Staatsanwalts abhängig, wogegen übrigens nichts einzuwenden ist, wenn der Staatsanwalt unabhängig ist, wie ich das in meinen Leitfäden fordere. Im Übrigen ist es bekannt, daß wenn Richter einmal wirklich gewagt haben, Urteile zu fällen, die irgend nennenswert ungenügend für unsere Verwaltung waren, sich auch regelmäßig Gelegenheit fand, sie abzuhalten, kaltzustellen, ohne ein förm-

liches Disziplinarverfahren. Sie entsinnen sich der Affäre des Landgerichtsdirektors Schmidt, des sehr unbedeutend gewordenen Kammergerichtsrats Havenstein, des Schicksals des Amtsrichters Kern, eines sehr tüchtigen Richters, der in Halle auf Lebenslang ernannt war, so zu urteilen, wie es seiner wirklichen Meinung entsprach. Er hat nicht auf seinem Posten aushalten können. Dem Vernehmen nach soll es der nämliche Richter sein, der jetzt die russischen Staatsdepots gepfändet hat. Das wäre wieder ein Eingriff in die Interessen der Staatsverwaltung, der ihm vielleicht auch übel bekommen kann.

Weiter ist unsere Justiz nicht imstande, die Strafen selbst zu exekutieren, die Strafvollstreckung liegt wiederum in den Händen der Verwaltung. Man sieht also, daß die ordentliche Justiz eine Art Nischenbrödel innerhalb der preussischen Staatsverwaltung ist. Dazu kommt, daß die Verwaltung selbst als Justiz auftreten kann im polizeilichen Strafverfahren und in ihrer Tätigkeit in Unfall- und Jubiläenachen. Durch unangesehene Appellationen und Revisionen hat die Staatsanwaltschaft dem Erpressungsparagrafen eine Ausdehnung gegeben, die schwer auf der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung lastet. Straßenpolizeiverordnungen werden wider Streikposten von der Verwaltung bewußt mißbraucht im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Das Gegenstück zur Lohnsetzung der unbehaglichen Richter ist die Beförderung willkommener Richter. Herr Oppermann ist Reichsgerichtsrat (Hört! hört!) und sein Attache, Landgerichtsrat Graeber, ist Kammergerichtsrat geworden.

Wo immer ein Stück wirklicher Selbstverwaltung vorhanden ist, da trachtet der Haß der Bourgeoisie danach, sie zu untergraben. Ich möchte behaupten, das ganze ungeheure Gesetzgebungswerk der Reichsverfassungsordnung ist nur zu dem Zweck unternommen worden, um die verachtete Selbstverwaltung der Krankenkassen zu besitzigen. (Lebhaft Zustimmung.)

Unter Umständen setzt die Verwaltung die bestehenden Gesetze einfach außer Kraft, wird sie absolute Herrscherin der Situation, nämlich bei der Requisition der Militärmacht und bei der Verhängung des Belagerungszustandes. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist das letzte gewaltsame Mittel des Monarchen gegen den Aufstand unliebsamer Elemente. Würde das Parlament einmal unbotmäßig werden, so würde die Verhängung des Belagerungszustandes und die Entfaltung der Militärdiktatur das Schlußresultat sein.

#### Den Schwerpunkt der Bureaucratie bildet der Landrat.

Bekanntlich ist der heimliche König von Preußen, Herr v. Heubrand, einfacher Landrat. (Heiterkeit.) Die zivil- oder strafrechtliche Jurisprudenz eines Beamten ist dadurch so gut wie unmöglich gemacht worden, daß die Regierung den sogenannten Konflikt erheben kann. Damit wird die Sache der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die ja auch schon wenig Garantien bietet, entzogen und vor die Verwaltungsgerichtsbarkeit gebracht, die noch weniger Garantien bietet! Darum verlangen wir mit allem Nachdruck die

#### Aufhebung des sogenannten „Konflikts“.

ber eine Erläuterung des bekannten Kröcherwortes vom „Objekt der Gesetzgebung“ ist. Die Schädlichkeit der Entwicklung der Industrie zu verhindern, weil sie die Industrie als Nährboden der Sozialdemokratie betrachtet. Die Krieger und andere Vorgänge haben die Schlamperci und Unbehilflichkeit der Verwaltung gegenüber gewiegten Kaufleuten dargelegt. Unsere Bureaucratie arbeitet ungemein teuer wegen ihres komplizierten Beamtenapparats. Dazu kommen die riesig hohen Gehälter der oberen Beamten. Die unteren Stufen der höheren Karriere sind allerdings absichtlich sehr kärglich besoldet, um das Eindringen proletarischer Elemente zu hindern!

Kun zu den sozialpolitischen Leistungen der preussischen Bureaucratie. Auf den Krankenkassen lastet ein wahres Labyrinth von Rechts- und Kontrollbestimmungen. Die Sittenpolizei verhindert mit ihrer Blumigkeit, daß sich sogenannte gefallene Mädchen je wieder erheben können. Die Fürsorgeerziehung wird durch die Fälle Kolanter und Wielezn illustriert. Mit welcher Brutalität vorgegangen wird, dafür haben wir Juristen täglich Beispiele vor den Augen. Ein sittlich völlig intakter Junge, der in Fürsorge kam, nur weil die Eltern ihn nicht genügend erziehen konnten, wurde wie ein schwerer Verbrecher aus dem Elternhause abgeholt (Hört! hört!) und bis zum Tage des Transports in die Anstalt eingesperrt. (Hört! hört! und Pfuirufe.) Schon in der Schule werden die Kinder nach der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Bevölkerungsklassen getrennt. Dagegen müssen wir Sozialdemokraten auf das schärfste Front machen. Die „Leipziger Volkszeitung“ meldete vor längerer Zeit, daß sich in Greiz die Schüler der Mittelschulen geweigert hätten, mit den Schülern der Bürgerchulen irgendwelche Veranstaltungen gemeinsam vorzunehmen. Anstatt den jungen Mädchen ein paar hinter die Ohren zu bauen, ließ man sich diese dem englischen Klassen- und Kostengeist entspringende Opposition ruhig gefallen! Etwas Ähnliches habe ich während meiner Festungshaft in Olav erlebt. Dort findet am Tage des heiligen Franziskus Kaderius eine Prozession statt, an der zwar alle Schüler teilnehmen, bei der aber zwischen den Schülern der Armenschule und den Gymnasialisten ein so weiter Raum gelassen wird, daß niemand auf den Gedanken kommen kann, einer der Herren Gymnasialisten sei ein Mitglied der Armenschule. Nicht hat dieser Vorgang damals derartig empört, daß ich nicht mehr imstande war, dem Rest der Prozession zuzusehen.

#### In völlig ungezügelter Weise geht die Schulverwaltung gegen Arbeiterturnvereine und Fortbildungskurse der Jugendlichen

vor; dabei ist gegen die Schulverwaltung nicht einmal das Verwaltungsgerichtsverfahren möglich! Wer gerade Kultusminister ist, das ändert an dem System nichts; das System heißt und bleibt Schwarzkopff. Man weiß ja bei und nicht immer, wer zufällig Minister ist. (Heiterkeit.) Im Grunde genommen ist das auch Schuppe, denn sie könnten ebenso gut mit Kummern bezeichnet werden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber das Bürgerturn pflegt immer noch, wenn ein neuer Mann kommt, Märchen Hoffnungen zu hegen, genau wie ein junges verliebtes Paar auf den Hinstigen Hochzeitstag. Es ist die alte Kronprinzessinnung, die sich auf neue Minister übertragen hat. Herr Troitz zu Solz hat aber eine so bekannte Vergangenheit hinter sich, daß nur die, denen absolut nicht zu helfen war, an eine Besserung glauben konnten. Herr Troitz zu Solz hat mir noch jüngst in bezug auf den Turnunterricht eine Entscheidung zugeschickt, die den früheren von Holle i. V. Schwarzkopff unterzeichneten Entscheidungen gleich wie ein Ei dem andern. Diesmal ist sie von Herrn Troitz zu Solz selbst unterzeichnet, denn er ist gesund; leider, möchte ich beinahe sagen, denn während Herr Schwarzkopff, im Grunde genommen, vielleicht nur ein kleinlicher Bureaucrat ist, trauere ich Herrn Troitz zu Solz alles Nüchternheits zu.

#### Auch der Strafvollzug

gehört zur Tätigkeit unserer Bureaucratie. Noch immer ist er nicht einheitlich geregelt. Immerhin ist zuzugestehen, daß die Spitze der Justiz nicht so schlimm ist wie die Spitze des Kultusministeriums. Aber selbstredend ist mehr als genug noch an der Strafvollstreckung zu reformieren. Wir wollen eine rein pädagogische Strafvollstreckung mit individueller Behandlung der Gefangenen. Es ist ein Gegenstand zur eiernen Jungfrau in Nürnberg, daß der Entwurf einer Strafvollzugsreform nicht die Beseitigung der Disziplinarmittel in den Gefängnissen, sondern ihre gesetzliche Festlegung bringt. Eine Umkehrung der Machtbefugnisse der Polizei zu geben, ist unmöglich. Zum Machtbereich der Polizei gehört einfach alles! (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Es war ganz im Sinne der herrschenden Klassen getroffen, als Graf Vinburg-Stirum 1905 im Abgeordnetenhaus den demütigenden Ausspruch tat: „Das Geld, das für die Gendarmen ausgegeben wird, wird wahrlich nicht unnützlich ausgegeben.“ — Die Polizei ist ein wahrer

Krebsknoten, ihre Allmacht eine ständige Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Grobheit ist die Normalmethode der Polizei gegenüber gewöhnlichen Sterblichen, und bei der Grobheit bleibt es nicht. Der Gendarm hat doch nicht umsonst seinen Revolver, und es gibt einen Redefachen Schieferlah! Vor mehreren Jahren hat ein Gendarm namens Jude in Niederbarnim unseren Parteigenossen Herrmann ohne Veranlassung niedergeschossen. Die Zivilgerichte haben das anerkannt und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Aber bei einem Militärgericht ist der Gendarm dann schließlich freigesprochen worden! (Hört! hört!)

#### Der Redefache Schieferlah

unterlagte ausdrücklich die sogenannten Schreckschiffe und verlangte, daß nicht mit scharfer, sondern mit scharfer Klinge eingehauen wird! (Hört! hört!) Und dieser Redefache Schieferlah gilt noch heute, soweit wir in die Geheimkammern der Polizeiverwaltungen Einblick haben.

Die Polizei hat denn noch einen ganz besonderen Teil, den selbst sie schamhaft zu verbergen sucht. Das ist die politische Geheimpolizei mit den Lockspiegeln.

Eine derartige Geheimpolizei bildet sich überall aus, wo es Polizei mit ähnlichen Machtbefugnissen gibt wie in Preußen. Auch das Militärwesen wird in unzulässiger Weise vom Staate zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung mißbraucht. Wir haben im letzten Jahre die Reigung des Militärs verspürt, sich in die Arbeitskämpfe einzumischen, und der Parteitag muß unbedingt seine Empörung über

#### die unerhörten Vorgänge im Mansfelder Revier

zum Ausdruck bringen. (Stürmischer Beifall.) Vereins- und Versammlungsrecht sind zwar reichsgesetzlich geregelt, aber die Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten haben eine weitgehende Dispositionsfreiheit. Die außerpreussischen Staaten haben von dieser Befugnis vielfach im liberalen Sinne Gebrauch gemacht, selbstverständlich wird das in Preußen nicht der Fall sein. Wir werden im Landtage Forderungen dieser Richtung an die preussische Regierung stellen, aber Erfolg können wir uns davon nicht versprechen. In Preußen ist nach dem Vereinsgesetz alles beim alten geblieben; die einzige Veränderung, d. h. V e r s e h e r u n g, ist durch den Sprachenparagrafen und das Jugendlichsverbot herbeigeführt worden. Das Versammlungsverbot im Wahlkreise des Herrn v. Heubrand wegen angeblicher Scharlachepidemie zeigt, wie sehr die preussische Polizei sich an das deutsche Vereinsgesetz leitet. In der Nähe von Berlin sollte eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Als Ort der Versammlung war ein Platz in Aussicht genommen, der mindestens 5000 Personen fassen konnte, obwohl in der ganzen Gegend wohl kaum mehr als 500 Personen für die Versammlung in Frage kamen. Die Polizei behauptete aber, daß der Platz nicht ausreichen werde; die Versammelten würden auf die Nachbarräder übertreten, die gerade befestigt seien. Die Bauern würden sich das nicht gefallen lassen, es würde zu Prügeleien und Störungen der öffentlichen Ordnung kommen und — die Versammlung wurde verboten. (Lebhaft Heiterkeit.) Ein anderer Fall: Der Platz, auf dem die Versammlung stattfinden sollte, lag am Strande der Spree. Man wußte nun kein Mittel, um die Versammlung zu verhindern — auf den Gedanken, die Leute könnten ins Wasser fallen, kam man nicht. Aber etwas anderes fiel der Polizei ein: Die Schiffer auf der Spree, die als gewalttätig bekannt seien, würden, sobald sie die Versammlung sähen, in großen Massen auf dem Plage landen und aussteigen; es würde zu ungeheueren Prügeleien und Störungen kommen, und um das zu verhindern, wurde die Versammlung verboten. (Stille Heiterkeit.) Eine Versammlung wurde verboten, weil die Teilnehmer in eine Sandbude fallen und dabei Hals und Weine brechen könnten! (Stürmische Heiterkeit.) Die Sanktionsstrafen florierten munter weiter. Ueber den ungeheuren Einfluß der Landräte auf die Kreisblätter hat Herr Schädling wertvolle Feststellungen gemacht. Ueber das Plakatwesen bestehen Bestimmungen, die der Polizei das formelle Recht geben, jedes Plakat, das nicht etwa von berufenen und gefundenen Sachen handelt, zu verbieten. Tagtäglich wird gegen dieses preussische Verbot verstoßen, und die Polizei schreit nicht ein und kann auch nicht einschreiten, ohne sich lächerlich zu machen. Juwelen hat die Polizei aber es doch gegen die Sozialdemokratie angewandt. Selbstredend müssen wir auf die Beseitigung dieses kleinlich-schändlichen Gesetzes dringen.

#### Das preussische Fremdenrecht

kann als Wille und Krone der preussischen Verwaltungsweltlichkeit bezeichnet werden und soll deshalb an den Schluß meiner speziellen Ausführungen gestellt sein. Ein Fremdenrecht ist gar nicht vorhanden, wir haben nirgend eine Bestimmung über den Schutz von Fremden, außer gewissen Staats- und Niederlassungsverträgen. Aber auch diese werden nicht so ausgelegt, wie sie sollten, und verhindern keineswegs die skandalöse Ausweisungspazis gegen die Ausländer. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben sich jedenfalls in Ihr Bewußtsein eingebrannt, so daß ich Ihre Empörung durch meine Worte sicherlich nicht verschärfen kann. Neben dem Ausweisungsgesetz nimmt die Polizei das Recht der Beschlagnahme, das der Durchführung der Wohnungen, das der Verhaftung von Ausländern in Anspruch. Die Polizei nimmt sich das Recht heraus, mit jedem Ausländer noch Belieben geradezu Schindluder zu spielen. Die Kenntnis, die sie durch ihre Tätigkeit erlangt, teilt sie den russischen Behörden mit, und ihr Verfahren gipfelt in einer Ausweisung nach der russischen Grenze, die direkt einer Auslieferung gleich kommt, ohne die Garantien der Auslieferung! Das ist eine Schande und eine Schmach für Deutschland, und immer wieder müssen wir das Gefühl für das Schändliche dieser Vorgänge wachrufen. Man gewöhnt sich allmählich daran — Sie kennen ja das Sprichwort, daß der Kal sich daran gewöhnt, lebendig zerhackt zu werden. Man gewöhnt sich eben wirklich an vielerlei, und gerade der Deutsche hat die Reigung, leicht zu verzeihen. Deshalb ist es nötig, das Gedächtnis an diese Dinge immer wieder zu erneuern und die Früchte der Empörung nicht verblasen zu lassen. Nur dann können wir das Volk zu der Massenempörung treiben, die wir brauchen, um diese feste der preussischen Reaktion zu Fall zu bringen.

Aber nicht alle Ausländer werden ausgewiesen. Den Agrariern ist das Recht der Durchströmung Deutschlands mit fremden Wolkern in Erbpacht übergeben worden. Für sie Arbeiter zu beschaffen, ist der Zweck des polizeilichen Legitimationszwanges für Ausländer.

Nach einer anderen Sorte von Ausländern duldet man mit großer Liebe: die Spizel, die russischen Spizel, von denen wir auch sehr noch eine ganze Menge in Deutschland haben. Die berüchtigte Sinaida Jutschenko hält sich noch heute in Deutschland auf und zwar in nächster Nähe von Berlin. (Hört! hört!) Vielleicht kommt noch nach Berlin eine russische Epizelkalle wie nach Brüssel.

Wie es mit der Freiheit der Volkshullehrer in Preußen steht, wissen wir. Tausende gemahreger Volkshullehrer laufen in Preußen herum. Das böse Beispiel Preußens hat auch schon anstehend auf Nachbarstaaten gewirkt, auch auf solche, in denen bisher etwas freierer Geist herrschte, wie in Bremen, Baden, Württemberg. Den bremischen Volkshullehrern, die im tapferen Kampfe gegen die Verpreugung des bremischen Volkshullewesens stehen, sprechen wir unsere wärmste Sympathie aus. Selbstredend unterliegen auch

#### die Universitäten

der Unterdrückung seitens der Staatsgewalt. Gegen Tendenzprofessoren verfuhr die Hochschullehrerschaft noch Opposition, aber dagegen, daß der Marxismus an deutschen Universitäten nicht gelehrt werden darf, erhebt sich keine Stimme. Die Universitäten haben sich auch nicht gekümmert, die Papiere der russischen Studenten durch die deutsche Polizei den russischen Polizeibehörden auszuhandigen zu lassen. Immerhin sei anerkannt, daß einige Männer, wie die Gebrüder Weber, sich im Kampfe für die Freiheit der Wissenschaft als Mä n n e r gezeigt haben. Wir verlangen in unseren Leitfäden

uneingeschränkte Selbstverwaltung der demokratisch zu organisierenden Lehrkörper der Universitäten und Ausschluß aller Gefinnungsmaßregeln und jedes Gefinnungsstereotyps.

Die Forderung gilt auch für Studenten. Ich erinnere an die Drangsalierung der Hinkenschaff der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung.

Die Bureaucratie hat sich die Frechdächigkeit herausgenommen zu erklären, ein Sozialdemokrat habe nicht die erforderliche sittliche Reife für die Erteilung selbst von Turnunterricht an die Jugend! (Hört! hört! und Weisung.) Nun, was die Bureaucratie für „sittlich“ halten, halten wir nicht für sittlich. Herr Schwarzkopff mit seiner „Sittlichkeit“ würde in einem sozialistischen Staate sicher nicht in ein Amt gewählt werden. (Sehr richtig!)

Die preussische Verwaltung ist unerschütterlich, unabweichbar, rückständig auf allen Gebieten und fügt die Brutalität des Polizeistappes dieser Rückständigkeit hinzu. Alles, was ich gegeben habe, ist nur ein kleiner Auszug. Sie sehen, welche ein ungeheures Material der agitatorisch wirksamsten Art wir hier besitzen. Geradezu aufreizend können wir damit wirken. Aber dazu gehört eine größere Kenntnis der Verwaltungszustände, als sie bei dem jetzigen elenden Zustande der Schule selbst bei unseren Parteigenossen verbreitet ist. Darum verlangen die Leitende Bürgerlunde, natürlich nicht im Sinne nationalistisch-monarchischer Gefinnungsmaßregeln. Die Bureaucratie ist die Dienarin der Junkerkasse. Nach oben nicht sie, und nach unten nicht sie. Das ist ihre normale Verfassung. (Beifall.)

Auf Vorschlag Singers unterbricht der Redner das Referat um 1 Uhr. Es tritt die Mittagspause ein.

#### Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß inzwischen folgender Antrag Partels-Röhl eingegangen ist:

Der Parteitag wolle beschließen:  
Die preussische Parteileitung wird ersucht, sich mit dem Genossen Liebknecht zwecks Herausgabe seines Referates und dessen eventueller Vervollständigung als Handbuch und Führer über die Verwaltung in Preußen in Verbindung zu setzen.

Darauf erhält das Wort zur Fortsetzung seines Referates Liebknecht:

#### Die Jugendbewegung des Proletariats

steht sich namentlich in den letzten Monaten ungeheurer Verfolgungen von Seiten der Verwaltungsbehörden ausgesetzt. Unpolitische Jugendorganisationen werden in zweifellos ungeheurer Weise für politische erklärt. Die Kompliziertheit der Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen die Verwaltung und das völlige Versagen unseres Schulunterrichts auf dem Gebiete der Bürgerkunde erschweren den Kampf gegen diese Wahrgelag ansehnlich. Schon die Sprache, die unsere Bureaucratie spricht, ist dem einfachen Masse fast unverständlich. Da diese Schwereffektivität nun freilich auch bisweilen der Bureaucratie selbst und den herrschenden Klassen beschwerlich wird, so sind allerdings in der Bureaucratie selber Bestrebungen auf Beseitigung dieses Papierdeutsch aufgetreten. Die Kompliziertheit des Verwaltungssystems macht es der Verwaltung leicht, ihr Kompetenzgebiet unmerklich weiter auszuweiten. Es kommt hinzu, daß im Landtage gewisse Bureaucraten eigentlich nur bei den Konservativen sitzen; bei den übrigen bürgerlichen Parteien finden sich wenige wirklichen Kenner der Verwaltungspraxis. So hat man im Landtage wenig Lust, in das Versteck hineinzugreifen und die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament ist kaum ein Pflasterlein wert.

Der Beschwerdeweg bedeutet, daß man den Teufel bei seiner Großmutter verlagert. Nur die Verwaltungsjustiz bietet noch einen gewissen Rückhalt. Aber für manche Zweige, wie für die wichtige Schulverwaltung, fehlt sie ganz. Und auch sonst ist sie äußerst mangelhaft. Der Kreisauschuss ist im Grunde nichts anderes als der Landrat und der Bezirksauschuss nichts anderes als der Regierungsausschuss. In den Kreis- und Bezirksauschüssen haben wir meines Wissens nur einen einzigen Sozialdemokraten, den Genossen Herbst zu Röpenick. Das Oberverwaltungsgericht hat allerdings äußerlich richterliche Unabhängigkeit verliehen bekommen. Dafür besteht es aber aus so geliebten Mitgliedern, daß es bei wirklichen ernstlichen Fragen kein Volkswort gegenüber der Staatsgewalt werden kann. Immerhin ist das Oberverwaltungsgericht noch die beste der in Frage kommenden Instanzen.

Dringend notwendig ist es, im Strafgesetzbuch scharfe Bestimmungen gegen Amtsmißbrauch zu treffen. Wir müssen verlangen, daß Unkenntnis der Gesetze einen Beamten niemals entschuldigen kann, weder kriminell, noch zivilrechtlich. Das doch selbst wenn es ausgesprochen, es sei allezeit die Eigentümlichkeit der preussischen Verwaltung gewesen, die Befehlsgebung in ihr Gegenteil zu verkehren. (Sehr richtig!) Gerade die anständigen Elemente der Verwaltung kommen gelegentlich vor den Richterstuhl. Bei den Wahlen des Jahres 1903 wurden an einem Orte unsere Kontrollreue aus dem Wahllokal herausgeworfen und brutal geprügelt. Der Wahlvorsteher, ein simpler Bauer, wurde wegen Rötigung usw. angeklagt; es stellte sich aber in der Verhandlung heraus, daß er das Herauswerfen unserer Kontrollreue auf telegraphische Weisung des Landrats vorgenommen hatte. Er wurde deshalb von der Anklage der Rötigung freigesprochen. Ich erlaubte nun Anzeige gegen den Landrat, bekam aber durch alle Instanzen bis zum Kammergericht die Antwort: es sei ausgeschlossen, daß der Landrat sich der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens bewußt war! Und deshalb wurde die Erhebung der Anklage abgelehnt. (Weiter!) Der Gemeindevorsteher war wegen desselben Delikts angeklagt; er also war sich der Rechtswidrigkeit des Vorgehens bewußt, der Landrat dagegen nicht. In erster Linie müssen wir verlangen, daß die oberen Beamten zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt ist es so, daß die hochgehenden Hauptschuldigen frei ausgehen. Ich bin aber fest davon überzeugt, man gibt uns eher ein demokratisches Wahlrecht als eine demokratische Verwaltung, weil man weiß, daß schließlich doch bei der Verwaltung die Macht liegt! (Beifall.)

Auf meine Thesen brauche ich im einzelnen nicht einzugehen. Selbstverständlich läßt sich nicht auf ihre Verwirklichung von heute auf morgen hoffen. Jedenfalls liegt hier ein wichtiges Gebiet für unsere künftige Tätigkeit. Das doch die preussische Regierung gleichzeitig mit der Anknüpfung der Reform des Wahlrechts auch eine Reform der Verwaltung angeht. Im vorigen Jahre hat Herr v. Wolke seinen Plan in kurzen Zügen entwickelt. Er hat sich bisher wohl als großer Schweiger, aber dabei nicht als großer Schlaafentener enthielt. (Sehr gut! und Weiter!) Welt entfernt, eine Reform in unserem Sinne zu bieten, sollen diese Vorschläge nur einer Vervollständigung der bürokratischen Regierungsform dienen. Die Dezentralisation soll nur bis zum Landrat hinab gehen und die Macht der Landräte soll sogar erweitert werden, wogegen sich selbst — was viel sagen will — von konservativer Seite Bedenken erhoben haben! Beseitigt werden sollen gerade Rechtsmittelinstanzen für das Publikum. Wahrscheinlich, eine prächtige Reform! Sehr häufig ist auch, daß künftig Städte über 25 000 Einwohner nicht mehr kreisfrei werden, also der landräthlichen Gewalt unterstehen sollen.

Ob wir bei unserem Kampfe um wirkliche Selbstverwaltung die Hilfe der Liberalen haben werden, ist mir sehr zweifelhaft. Die Herren sind mit großen Worten schnell und gern, mit Taten langsam und langsam bei der Hand. Es wird von den Liberalen heißen, wie es in Bezug auf ihre Selbstverwaltung heißt:

„Viel getrunken, viel getrunken,  
Viel geredet, viel getrunken,  
Nichts erreicht und nichts errungen,  
Und so werden sie es werden,  
Werden singen, reden, schreiben,  
Und es wird beim Alten bleiben!“

(Beifallige Zustimmung.)

Wir müssen den Kampf gegen die Bureaucratie als einen Machtkampf ansehen, der nicht rein auf parlamentarischem Boden geführt wird. Der Kampf um die Staatsgewalt muß geführt werden innerhalb des Kampfes um das Wahlrecht, mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe. Natürlich kämpfen wir nicht gegen die unteren Beamten, sondern gegen die wirklich Schuldigen. Wenn wir des Schumanns Majestäts beleidigen, so beleidigen wir im Schutzmann den Handlanger der herrschenden Klassen. (Sehr gut!) Wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Beamten-Proletariat für unsere Weltanschauung zu gewinnen trachten.

Der Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung ist ein integrierender Bestandteil unseres Wahlrechtskampfes. Das demokratische Landtagswahlrecht ist unvollständig, wenn es nicht durch ein gleich demokratisches Wahlrecht für die Selbstverwaltungskörper ergänzt wird. Und die Demokratisierung darf nicht Halt machen beim Wahlrecht, sondern muß verallgemeinert werden. Unser Material ist, wie ich schon sagte, unerlässlich. Eher könnten wir ein Meer ausschöpfen, als die Sünden der preussischen Verwaltung läckenlos aufstellen. Die Verwaltungsreform ist das Herz und Hauptstück des Wahlrechtskampfes. Diesen Gedanken müssen Sie hinantragen in die Massen. Bei dem gewalttätigen Charakter des preussischen Staates wird der Kampf um die Reform der Verwaltung rasch zu einem Kampf um die Staatsgewalt werden. Was es eine Illusion sein, zu glauben, daß die preussische Verwaltung in absehbarer Zeit in unserem Sinne reformiert werden könnte: es erhöht den Wert unserer Kritik, wenn wir den heutigen Zuständen die Zustände gegenüberstellen, wie wir sie uns denken. Das preussische Proletariat sieht im preussischen Staat und in der preussischen Verwaltung seinen Erzfeind, der mit allen Machtmitteln rücksichtslos und ohne allzugroße Rücksicht zu bekämpfen ist. (Beifallige Zustimmung.) Von der anderen Seite geht man ja auch nicht mit Hochhändchens vor. Eine solche Gleichheit ringt man nicht mit Rosenwasser und sanftmütigen Predigten nieder. Wir predigen nicht den Aufruhr, wir haben andere Mittel, unseren Willen durchzusetzen: die Propaganda, das Aufstellen der Massen, die Schärung der leidenschaftlichen Empörung gegen den preussischen Staat und seine Verwaltung. Hat diese Stimmung den nötigen Siebegriff erreicht, dann werden die herrschenden Gewalten es sich doch überlegen, ob sie nicht lieber friedlich auf die Wünsche der Massen eingehen sollen. Die mit brutaler Macht erkämpften Siege der Junker sind nur Pyrrhusische. Nur der außerparlamentarische Kampf kann ein wirklich kraftvolles Parlament schaffen. Die Einführung der Demokratie in Preußen ist die Voraussetzung für alle Reformen in Deutschland. Das Proletariat und alle fortgeschrittenen Elemente der Welt erwarten, daß das preussische Proletariat in seinem Kampfe gegen die preussische Junkerkasse seine Schuldigkeit tut. Alles ist im Fluss, hat selbst der verächtliche Minister v. Wolke gesagt. Wir wissen, wohin der Fluss zu fließen hat, wir werden ihn in das richtige Bett zu lenken wissen. Den Fesseln der Junkerherrschaft wird das Proletariat unterwerfen und wird ihn zu Fall zu bringen wissen. Ich rufe Sie auf zu einer frischen und verwegenen Jagd gegen die Junkerreaktion in Preußen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Vorherrscher Singer: Zur Diskussion steht die Resolution des Referenten sowie der Antrag Partels-Röhl auf Drücklegung des Referats, damit es als Handbuch und Führer in Sachen der preussischen Verwaltung diene. Ich schlage vor, die Leitende des Referenten der preussischen Landtagsfraktion und die Vorschläge zur Aktion der preussischen Parteileitung zu überweisen. Das entspricht auch den Absichten des Genossen Liebknecht. Bei der Geschäftsfrage des Parteitages werden wir kaum zu bestimmten Beschlüssen kommen. (Zustimmung.)

In der

#### Diskussion

erhält zunächst das Wort Schölich-Breslau: Wie die Dinge heute stehen, können wir in Sachen der preussischen Verwaltungsreform wenig tun, aber wenigstens doch etwas. Wir können die Mißstände und Gesetzesverletzungen vor der ganzen Öffentlichkeit niedriger hängen, auch von der Tribüne des Landtages herab. Welche ungeheuren gesetzlichen Verletzungen in Schlesien vorgekommen sind, ist fast ungläublich. Ich habe in einem 14 Seiten langen Schriftstück alle Ungeheuerlichkeiten aufgezählt, die sich ein gewisser Amtsvorsteher Curadje während dreier Jahre hat zuschulden kommen lassen. Da sagte der Staatsanwalt: „Ja, das ist ganz richtig! Der Mann kann aber nicht bestraft werden, denn das Bewußtsein der Strafbarkeit hat ihm gefehlt!“ Auf eine Beschwerde hin bestätigte der Oberstaatsanwalt dem Amtsvorsteher Curadje das „fehlende Bewußtsein“. (Weiter!) Mitleid der Parteitag den Berliner Antrag annehmen, eine Zentrale einzurichten, in welcher die Gesetzesverletzungen gesammelt werden. Damit wird noch am ersten geholfen werden, denn die Herren scheuen nichts mehr als die Öffentlichkeit.

König-Dortmund: Wie lassen alljährlich eine kleine Broschüre erscheinen, in der die Verträge der preussischen Verwaltung gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz zusammengestellt werden. Als wir uns in Reddinghausen ein von vielen Familien bewohntes Haus als Vereinshaus mieten wollten, da entdeckte plötzlich die Polizei, daß die eiserne Träger viel zu dünn waren! (Hört! hört! und Weiter!) — In Rheinland-Westfalen wird die Ausweisung der Ausländer besonders brutal gehandhabt. Dabei importieren unsere Zehendenbesitzer fortgesetzt neue Ausländer, und Deutschland ist das fremdenreichste Land geworden. Da macht man es wenigstens den fremden Arbeitern unmöglich, sich naturalisieren zu lassen. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Ausländer einen Anspruch auf Naturalisation haben. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort.

Es wird hierauf über die Resolution, die zu dem Punkt „Die Verwaltung Preußens“ eingebracht ist, abgestimmt. Die Resolution lautet:

„Der Kampf um die Demokratisierung der Staats- und Gemeindeverwaltung ist als ein integrierender Bestandteil des preussischen Wahlrechtskampfes zu führen. Die Aufklärung über die gegenwärtige preussische Verwaltung und ihre Mißstände ist durch systematisierte Agitation zur Erweckung des lebendigen Gefühls leidenschaftlicher Empörung in die weitesten Kreise zu tragen.“

Diese Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso der Antrag Partels:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die preussische Parteileitung wird ersucht, sich mit dem Genossen Liebknecht zwecks Herausgabe seines Referats und dessen eventueller Vervollständigung als Handbuch und Führer über die Verwaltung in Preußen in Verbindung zu setzen.“

Dem Vorschlag Singers entsprechend werden die unter I und II zusammengefassten Leitende der Landtagsfraktion zu I und der preussischen Parteileitung zu II als Material überwiehen.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung:

#### Consigne Anträge.

Vorherrscher Singer teilt mit, daß der Antrag 14 zugunsten des Antrags 16 zurückgezogen sei. Nachdem die Unterstützungsforderung für die noch vorliegenden Anträge gestellt ist, bleiben mir noch die Anträge 13, 15 und 17 zur Beratung, deren gemeinsame Diskussion auf Vorschlag des Vorherrschers beschlossen wird.

Antrag 13 lautet:

„Dem § 5 des Statuts der Landesorganisation für Preußen unter a) folgende Fassung zu geben:

Die Delegierten der Wahlkreisevereine mit der Einschränkung, daß kein Wahlverein durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Wo mehrere Delegierten gewählt werden, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.“

Der Antrag b) ist zu streichen.

Antrag 15 hat folgenden Wortlaut:

„Dem § 5 folgende Fassung zu geben:

a) Die Delegierten der Wahlkreise. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

b) Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags- Abgeordneten Preußens.

c) Die Landeskommission und der Geschäftsführende Ausschuss.

d) Der Parteivorstand.“

Antrag 27 besagt:

„Der dritte preussische Parteitag beschließt, zur Leitung der preussischen Landesorganisation einen ständigen Landesvorstand an die Stelle des geschäftsführenden Ausschusses zu wählen. Der aus sieben Personen bestehende Landesvorstand, der seinen Sitz in Berlin hat, setzt sich zusammen aus:

1. Zwei Mitgliedern des deutschen Parteivorstandes,
2. einem Mitgliede der Landtagsfraktion,
3. zwei besoldeten Sekretären,
4. zwei unbesoldeten Mitgliedern.

Die Vorstandsmitglieder zu 1. und 2. werden von den betreffenden Korporationen, die zu 3. und 4. von dem preussischen Parteitag gewählt.

Schölich-Breslau begründet den Antrag 27: Er wurde schon vor zwei Jahren von Kron und Maurenbrecher vertreten. Unter Antrag ist keineswegs von den „sozialistischen Monatsheften“ inspiriert worden. Wir müssen eine Stelle schaffen, die mehr Zeit hat, die ganzen Materien zu erledigen. Der geschäftsführende Ausschuss hat sich selbst als überflüssig bezeichnet. Daß der geschäftsführende Ausschuss keine Statistik der Landtagswahlen veranstaltet hat, ist vom Genossen Vorchardt mit Recht beanstandet worden. Vielleicht kommen wir statt mit zwei mit einem besoldeten Sekretär aus. Eine vollständige Selbstständigkeit des Parteivorstandes wollen wir nicht, darum schlagen wir auch vor, daß der allgemeine Parteivorstand in dem neuen Parteivorstand vertreten wird. Extrabeiträge in dem verarmten Preußen empfehlen sich nicht. Aber da die preussische Frage eine deutsche Frage ist, so werden — denke ich — die nichtpreussischen Landesorganisationen nichts dagegen haben, wenn die heute für den geschäftsführenden Ausschuss ausgegebenen Mittel in Zukunft für den neuen Vorstand verwendet werden. Auf alle Fälle bitte ich um wohlwollende Prüfung meines Antrages. Die Landeskommission soll natürlich daneben bestehen bleiben. Wird unser Antrag angenommen, so werden wir hoffentlich in zwei Jahren sagen können, daß mehr geleistet worden ist als in der hinter uns liegenden Zeit. (Bravo.)

Westkamp-Düsseldorf begründet den Antrag 13. Der Antrag entspricht der durch das Reichsvereinsgesetz geänderten Rechtslage der Frauen und den Beschlüssen des Leipziger Parteitages.

Leib-Verlin begründet im Namen der Wohlfahrten für Berlin I und VI, Lektow-Berestow, Hannover und Aachen den Antrag 27: Der Antrag stellt kein eigentliches Proportionalverfahren dar, stützt aber die Vertretung auf den Parteitag ab und ermächtigt auch den schwächeren Organisationen eine Vertretung.

Wesl-Verlin: Im Grunde hat Schölich seinen eigenen Antrag preisgegeben, so daß nichts bleibt als eine fahbare preussische Spitze. Unsere Stärke in Preußen liegt bei den Bezirksorganisationen, und diese sind für uns das, was in den anderen deutschen Bundesstaaten die Landesorganisation ist. Was der Breslauer Antrag fordert, ist ein Apparat, wie er in der Partei bisher nicht da war und wie er auch ungewöhnlicher nicht gedacht werden kann. Hinter dem Antrag Schölich schlummert die Gefahr der Depositionierung des deutschen Parteitages und der Schaffung von Nebenpartei in der Partei. Ich gebe zu, daß bei Schölich die Absicht nicht besteht, aber solche Differenzen und Reibungen kommen sicher, wenn sein Antrag angenommen und ausgeführt wird. Alle unsere Kräfte waren 1903 durch die Reichsfinanzreform in Anspruch genommen. Diese Finanzkämpfe waren preussische Kämpfe im weitesten Sinne des Wortes, denn der Kampf der Junker gegen den fürstlichen Wäldow entpuppte sich nicht der Abneigung gegen die Erbschaftsteuer, sondern dem Haß gegen den Minister, der eine preussische Wahlreform verschoben hatte. (Sehr richtig!) Wir zweifeln dem fürstlichen Wäldow keine Träne nach, aber der Kampf um die Reichsfinanzreform war ein Ringen der preussischen Junker mit der Sozialdemokratie, ein Kampf Ernst an Ernst um ein besseres preussisches Wahlrecht. Das hat die Rede des Herrn v. Heydebrand bewiesen. Ich hätte nichts dagegen, wenn bei einem zu großen Anwachsen der Arbeit ein Sekretär im Parteivorstand mehr angestellt wird. Ich habe zum Parteivorstand und zum geschäftsführenden Ausschuss auch das Vertrauen, daß sie zur richtigen Zeit einen solchen Antrag stellen werden. An unserer Organisationsform brauchen wir deshalb nichts zu ändern. Ich bin von der Voreingenommenheit gegen die hinter dem Antrag Schölich schlummernden Motive nicht zu irritieren und kann Sie deshalb nur bitten, den Antrag Schölich abzulehnen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Luard-Frankfurt a. M.: Was die letzten Ausführungen mit der vorliegenden Organisationsfrage zu tun haben, ist mir unklar geblieben. Es wäre ein Armutszeugnis, wollten wir Reibungen zwischen dem deutschen und dem preussischen Parteivorstand fürchten. Es bleibt nur die sachliche Frage, ob es nützlich sei, eine solche Arbeitsteilung vorzunehmen. Diese Frage ist von der großen Masse im Lande längst besetzt worden. Auf die Form des Breslauer Antrages kommt es nicht an. Ich schlage vor, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen mit der Erklärung, daß der Kern als berechtigt anzusehen sei, daß es aber den Spitzen der Partei überlassen bleiben möge, die richtige Form zu finden, und daß sie dem nächsten Preusentage eine entsprechende Vorlage machen.

Obert-Verlin, Mitglied des Parteivorstandes, bedauert die Wiedereinstellung der Organisationsfrage. Ernsthaftige Kritiken an geschäftsführenden Ausschuss sind nicht laut geworden. Es geschah durchaus in Uebereinstimmung mit der Landeskommission, daß im vorigen Jahre der Kampf gegen die Finanzreform in den Vordergrund geschoben wurde. Man wünscht eine raschere Bearbeitung der preussischen Statistik, aber diese ist ja erst in den letzten Tagen erschienen! Eine Parteileitung ist keine Studienkommission, aber sie wird alles tun, um das Material stets bei der Hand zu haben. Überweisen Sie den Antrag Schölich der Parteileitung als Material, und sie wird zu prüfen haben, auf welchem Wege eventuell Mängel abzuheben ist. Auch den Antrag, der eine Änderung des Organisationsstatuts wünscht, bitte ich Sie als Material zu überweisen. Es ist kein Unflut, wenn der nächste Parteitag noch unter demselben Organisationsstatut zusammentritt. Macht sich bei der Prüfung eine Änderung notwendig, dann wird immer noch Zeit sein, sie vorzunehmen. (Beifalliger Beifall.)

Darf-Breslau: Ich möchte den Breslauer Antrag Ihrem Wohlwollen empfehlen. Dieser Antrag ist wahrhaftig nicht aus Misträuen gegen den Parteivorstand entstanden und ich muß Verwahrung einlegen gegen die Art, wie Genosse Wesl sich gegen den Antrag wendete, indem er sagte, daß hintergedankelt anke bei der Stellung des Antrages mißbilligen. Wir meinen, es soll eine Arbeitsteilung stattfinden, denn der Apparat, den wir in Preußen geschaffen haben, ist etwas schwerfällig.

So richtig auch der Gesamtparteivorstand ist, er ist aber überflüssig. Dann sollen die kommenden Reichstagswahlen an ihn hohe Ansprüche. Man sagt, wegen der Reichsfinanzreform mühten die preussischen Kreise zurückzutreten. Aber ich erinnere daran, daß man in Sachsen und Baden in derselben Zeit Landtagswahlen hatte. (Obert: Unter dem Zeichen der Finanzreform!) Weitere Jurufe: Eben wegen der Finanzreform waren sie so leicht! Kritiken sind doch nicht darum schicklich, weil sie in den „sozialistischen Monatsheften“ stehen! Es sollte mich freuen, wenn sie auch in der „Neuen Zeit“ zu finden wären. Hingewiesen bitte ich, den Antrag nicht als Material, sondern zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vorsitzender Singer: Soeben ist mir ein genügend unterstützter Antrag von Genossen Quard überreicht. Es heißt darin, der dritte Preußentag... ich nehme an, daß es heißen soll, der preussische Parteitag. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir wollen uns doch daran gewöhnen, das Wort „Preußentag“ nur in privater Unterhaltung zu gebrauchen; dagegen daß der „Preußentag“ etwa in der historischen Bedeutung des preussischen Staates aufgeführt wird, wofür wir uns doch zu wehren. (Zuruf: „Der „Vorwärts“ hat so geschrieben! Große Heiterkeit.) Also der Antrag lautet:

Der dritte Parteitag der preussischen Sozialdemokratie wolle die Anträge 13, 15 und 27 dem deutschen Parteivorstand und der preussischen Landeskommission zur gemeinsamen Beratung und zur Berichterstattung für den vierten Parteitag der preussischen Sozialdemokratie überweisen.

Reims-Magdeburg: Im aufgeregten Berlin scheint die Gelpensfurcht so groß zu sein, daß man hinter harmlosen, rein saalischen Anträgen wie dem Antrag Schölich Aktionen gegen den Parteivorstand wittert. Mindestens sollte doch der Antrag Quard angenommen werden. Wenn gesagt worden ist, der geschäftsführende Ausschuss sei fast kritisch weggekommen, so sprachen doch für die schnelle Erledigung des Geschäftsberichts allerlei Gründe. Die Mitglieder der Preussenkommision werden schon in der Kommission ihre Bedenken zum Ausdruck bringen. Wenn Ebert meinte, die Preussenkommision hätte ja selbst gar nicht gewünscht, öfter zusammenberufen zu werden, so hätte ich allerdings gewünscht, die Preussenkommision wäre nicht erst am 2. Januar zur Vorbereitung des Parteitages zusammenberufen worden, sondern etwa am 2. Dezember, damit wir in der Lage wären, auf die Feststellung der Dinge auf dem Parteitage einzuwirken. (Zuruf: Ihr habt ja das Material schriftlich bekommen, und Du warst einverstanden!) Ich wüßte nicht, daß mein Einverständnis eingeholt worden wäre.

Dihmann-Hannau: Nach meiner Kenntnis haben verschiedene Genossen den Antrag 27 mitbegründet, die selbst im Landeskomitee sitzen. Ich muß es als verwunderlich bezeichnen, daß diese Genossen im Laufe der letzten zwei Jahre nicht darauf hingedringt haben, daß die von ihnen beobachteten Mängel abgestellt wurden. (Sehr richtig.)

Was den Wahlrechtskampf anbelangt, so können wir da nicht alles Heil von oben erwarten. Der Kampf wird mit Erfolg geführt werden, wenn die Massen von unten drängen. (Zuruf: Das will ja der Antrag!) Es ist gesagt worden, das letzte Jahr war kein Preussentag. Ich frage Sie, wie haben wir denn den Kampf um die Finanzreform geführt? Wir haben doch immer wieder darauf hingewiesen, daß, wenn wir den Kampf zu führen haben, wir ihn nicht zuletzt der Nachsicht der Junker verbanken. Würde der Antrag 27, wie er vorliegt, zur Abstimmung kommen, so könnte es für uns nichts anderes geben als die glatte Ablehnung. (Zuruf: Antworten!) Soweit es sich darum handelt, etwa die eine oder die andere Person freizustellen zu bestimmten speziellen Aufgaben, Materialsammlung usw., so kann das von den einzelnen Instanzen gesehen, wie wir in der Organisation festgelegt haben. Dazu brauchen wir aber keinen neuen preussischen Parteivorstand zu schaffen. (Sehr richtig.)

Leinert-Hannover bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrags Schölich. Unsere gegebene Organisation ist die nach Bezirken. Daher ist es besser, den Schwerpunkt nicht in einen Parteivorstand, sondern in eine Landeskommission zu legen, die in steter Fühlung mit den Bezirken bleibt. Es geht nicht an, jetzt in letzter Stunde so schwerwiegende Änderungen an dem Statut vorzunehmen. (Zustimmung.)

Wels-Berlin: Ich habe in keiner Weise den Antragsteller vorzugesprochen, daß sie Differenzen hervorufen wollen, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Antrag von uns vor zwei Jahren eben abgelehnt wurde, um Reibungen zu vermeiden. Nach der Erklärung Eberts erkläre ich mich mit der Ueberweisung des Antrags an die Landeskommission einverstanden. Material liegt schon heute in Halle und Jülich vor. Die preussische Parteipresse verläßt sich leider viel zu sehr auf einige wenige Korrespondenzen und auf eine bestimmte Korrespondenz, deren nützliche und geschickte Berichterstattung ich durchaus nicht kritisieren will. Sie behandeln aber viel zu wenig das Material, welches die Landtagsfraktion selbst für die Agitation ausgegeben hat. Im „unpreussischen“ Jahre 1900 hat eine Zusammenkunft aller Parteisekretäre stattgefunden, und in allen Bundesstaaten wurden von uns Anträge gestellt, gegen die preussische Reaktion Stellung zu nehmen. So ganz untätig waren wir also nicht. Und wenn Sie vier Sekretäre anstellen, mehr Material werden Sie auch nicht herausholen!

Lebour-Berlin: Der zweite Antrag Quard ist geeignet, klaren Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und Verwirrungen zu schaffen. Er veroppelt Anträge, die nicht miteinander zu tun haben. Die Annahme des Antrags Quard wird demen, die für den Breslauer Antrag eingetreten sind. Gelegenheit geben, zu sagen, der Antrag habe, wenn auch noch nicht Zustimmung, so doch Sympathie gefunden. Dadurch würde Vertrauen in die Massen getragen werden. (Widerpruch.) Ich kann mich nur den Ausführungen Leinerts anschließen. Ich bitte um Ablehnung des Antrags Quard sowie der Anträge 13 und 27, und bitte nur den Antrag 15 anzunehmen, der die Abstufung der Delegation nach Mitgliedszahl auch für den Preußentag einführt.

Vorsitzender Singer stellt fest, daß Quard erst nach privater Besprechung mit dem Bureau die Anträge 13 und 14 in seinen Antrag aufgenommen habe, der sich ursprünglich nur auf den Antrag 27 bezog.

Ernst: Ich hätte mich nicht an der Debatte beteiligt, da ich dem geschäftsführenden Ausschuss angehöre und dem Parteitage das Recht der freiesten Kritik gegenüber dem geschäftsführenden Ausschuss zugesteht. Aber gegenüber den Bemerkungen, daß unser Bericht nicht lang genug ist, habe ich mich doch gefreut, daß man ganz allgemein dem „Vorwärts“ zustimmt, welcher sagte, man solle nicht soviel reden, sondern handeln! Ich dachte nicht, daß es auf die Länge des Berichts ankommt.

Weiter sagte man, der geschäftsführende Ausschuss habe nicht genug Stoffkraft bewiesen. Ich konstatiere, daß nie etwas in Berlin unternommen ist, wenn der geschäftsführende Ausschuss nicht die Anregung dazu gegeben hat. Und dieser hat nie etwas unternommen, wenn es der Landeskommission nicht vorgelegen hat. In meinem Bericht hatte ich folgendes nicht angeführt, was ich jetzt aber doch sagen will: Im Jahre 1908 ist seitens der Landeskommission der Wunsch geäußert worden, nicht so oft nach Berlin berufen zu werden, weil die Mitglieder in ihren Bezirken zur Agitation gebraucht werden. Es wurde der Wunsch geäußert, der Landesvorstand solle, wenn er etwas hat, es den Mitgliedern der Landeskommission schriftlich mitteilen, wie auch diese ihre Wünsche schriftlich nach Berlin übermitteln können. Abgesehen von der Unabkömmlichkeit der Mitglieder verursachen die Reisen nach Berlin auch erhebliche Kosten. So sagte man im Jahre 1908, und als 1909 eine Sitzung der Landeskommission einberufen wurde, ist derselbe Wunsch einmal geäußert worden. Wie leicht aber eine Kritik geübt wird, beweist am besten der Fall Reims. Der Landesvorstand hatte mitgeteilt, daß der Parteitag auf den 3., 4. und 5. Januar einberufen werden solle, hatte auch die Tagesordnung bekanntgegeben und hinzugefügt: falls noch besondere Wünsche beständen, so erbitte er umgehend Nachricht. Diese Mitteilung ist auch an Reims gegangen. (Ebert: Wann?) Am 9. Oktober 1909! (Lebhaftes Hört! hört!) Das genügt, glaube ich, zur Kennzeichnung der Kritik.

Westkamp-Düsseldorf spricht sich gegen den Antrag Schölich aus und zieht den Antrag 13 zugunsten des Antrags 15 zurück. Die Abstufung der Delegation nach der Mitgliedszahl ist um so dringender notwendig, als außer den Berliner Wahlkreisen diesmal kein Wahlkreis mehr als drei Delegierte gesandt hat.

Vorsitzender Singer teilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen ist, der genügend unterstützt erscheint.

Der Antrag wird nach seiner Begründung durch Klinge-Bochum mit großer Mehrheit angenommen.

Reims-Magdeburg (zu einer persönlichen Bemerkung): Genosse Ernst hat gesagt, ich hätte mit einer gewissen Leichtigkeit Kritik geübt, und hat erklärt, ich hätte das Schreiben des Parteivorstandes mit der Anfrage über event. Wünsche betreffend den Parteitag am 9. Oktober v. J. bekommen. Das habe ich auch nicht bestritten. Ich wollte nur sagen...

Vorsitzender Singer: Bei einer persönlichen Bemerkung dürfen Sie nicht sagen, was Sie sagen wollten, sondern was Sie gesagt haben. (Heiterkeit.)

Reims: Ich habe das überhaupt nicht gesagt. (Heiterkeit.) In der Kommission ist der Wunsch geäußert worden, man möge uns frühzeitig genug einberufen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 15 angenommen, nachdem die Ueberweisung des Antrags an den deutschen Parteivorstand und die preussische Landeskommission zur gemeinsamen Beratung und Berichterstattung vorher abgelehnt war.

Der Antrag 27 wird abgelehnt, ebenso seine Ueberweisung an die eben erwähnten Instanzen.

Hierauf erhält das Wort: Christhammer-Wansfeld: Ich spreche im Auftrage des Kreises, der in der letzten Zeit mehr als irgendein anderer das Interesse der ganzen Bevölkerung und besonders der Arbeiter auf sich gezogen hat. Sie wissen, daß die Wansfelder Bevölkerung in der letzten Zeit einen heroischen Kampf um ihre Menschenrechte geführt hat. Wenn dieser Kampf nicht so ausgefallen ist, wie wir es gewünscht hatten, so lag das daran, daß das Kapital den Militarismus als Instrument seiner Macht gebraucht hat. Sie wissen, daß Infanterie, Kavallerie und Maschinengewehre zu Hilfe gezogen wurden. Vielleicht wären in nächster Zeit noch Kriegsschiffe dazu gekommen. (Heiterkeit.) Die Parteigenossen haben die Wansfelder Arbeiterklasse in ihrem Kampfe moralisch und auch finanziell, besonders zu Weihnachten, auf das Beste unterstützt. Ich habe im Namen der Wansfelder Bergarbeiterklasse Ihnen für diese moralische und finanzielle Unterstützung den herzlichsten Dank auszusprechen. Daß diese Unterstützung an keine Unwürdigen gekommen ist, wird Sie die Zukunft lehren. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Die Arbeiten des Parteitages sind damit zu Ende. Ich spreche den Berliner Parteigenossen herzlichsten Dank aus für die mühevollen Arbeit, die sie mit der Vorbereitung und während des Parteitages geleistet haben; ebenso für die Veranstaltung zu unserer Erholung nach den Arbeitsstunden und für die Deklaration des dritten Bandes der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ich danke auch der Mandatprüfungskommission im Namen des Parteitages für die von ihr geleistete Arbeit.

Wir haben auf diesem dritten Parteitag der Sozialdemokratie Preußens anregende und reiche Arbeit zu bewältigen gehabt. Wir haben aus dem Bericht der Landtagsfraktion erfahren, wie tapfer sich diese kleine Schaar Vorkämpfer im Junkerparlament gehalten hat. Es ist auf dem Parteitage schon mit Recht der Dank für diese Tätigkeit ausgesprochen worden. Ich glaube aber, nicht fest zu greifen, wenn auch ich noch am Schluß der Verhandlungen diesen Dank wiederhole und meine Ueberzeugung ausdrücke, daß diese Tätigkeit, die die wenigen Abgeordneten unserer Partei im preussischen Landtage geleistet haben, musterhaft bleiben wird auch für die hoffentlich nicht ferne Zeit, in der sie erheblich verstärkt dort zu arbeiten haben werden. (Waboo!) Es war sicher eine dankenswerte aber auch nicht leichte Arbeit, als erste sozialdemokratische Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus die Forderung dort zu schlagen für das freie sozialdemokratische Wort. Ausführungen, wie sie von unseren Vertretern im preussischen Landtag auf allen Gebieten der preussischen Verwaltung gemacht worden sind, wurden in dieser Schärfe im Junkerparlament zum erstenmal gehört. Sorgen wir dafür, daß diese Art von Veden in der preussischen Volksvertretung immer häufiger wird, daß das preussische Junkerparlament sich daran gewöhnt, eine Kritik zu hören, wie sie das Proletariat von seiner Volksvertretung erwartet.

Ueber das ausführliche Referat in bezug auf die Verwaltung in Preußen brauche ich keine längeren Ausführungen zu machen. Es ist vielleicht das erste Mal, daß einem Parteitag der Sozialdemokratie ein so umfassendes Bild der volkswirtschaftlichen, kulturverwundenden Tätigkeit der preussischen Verwaltung vor Augen geführt worden ist. Der Beschluß, den wir hier gefaßt haben, daß dieses Material, für die Agitation zusammengefaßt und verdorftändig, in die Kreise der Partei hineingetragen werde, wird — wie ich glaube — agitatorisch aufstrebend wirken und auch dazu beitragen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines frischen Luftzuges im Junkerparlament, von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Kritik und des Hineintragens sozialdemokratischer Forderungen in das preussische Abgeordnetenhaus zu verbreiten. So wird auch dieser Teil unserer Tagesordnung seine Früchte tragen.

Was das Kommunalprogramm anlangt, so sind wir nicht durchdrungen von der absoluten Wichtigkeit und Notwendigkeit jedes einzelnen Punktes dieses Programms. Wir sind auch nicht der Meinung, daß das hier auf diesem Parteitag beschlossene Kommunalprogramm der Weisheit letzter Schluss ist. Ueberhaupt sind wir nicht der Meinung, daß wir Programme für die Ewigkeit machen. (Sehr richtig!) Wir hüten uns, auch in bezug auf die Programme vor der Versteinerung (Lebhafter Zustimmung) und verabschiehen uns nicht der Notwendigkeit, ein Programm den verändernden Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Was wir mit unserem Programm im allgemeinen und mit dem Kommunalprogramm im besonderen wollen, ist: daß unsere Vertreter in den Körperschaften eine Richtschnur für ihre Tätigkeit bekommen, die ihnen zusammenfassend sagt, was sie zu fordern haben, wofür sie agitieren, was sie propagieren sollen. Der Wert unserer Programme liegt darin, daß sie Richtlinien darstellen, und der Nutzen der Programme ist um so größer, je mehr die, denen sie zur Richtschnur dienen sollen, den Massenbegriff der deutschen Sozialdemokratie vertreten. Unsere Vertreter dürfen niemals vergessen, daß sie Sozialdemokraten sind, und sie dürfen um eines Augenblickserfolges willen ihre Grundzüge nicht misshandeln. (Lebhafter Zustimmung.)

Der Mittelpunkt unserer Verhandlungen, die Voraussetzung für die Erfüllung unserer Forderungen, war die Wahlrechtsfrage.

Sie ist der Mittelpunkt der sozialdemokratischen Agitation in Preußen. Wir können innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung in Preußen nicht vorwärtskommen, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, auf Grund eines vernünftigen Wahlsystems ein Parlament zu schaffen, in dem die sozialdemokratischen Forderungen seine tauglichen Ohren finden. (Sehr richtig.) Das A und O unserer Bewegung in Preußen ist also die Schaffung eines Wahlsystems, das die Möglichkeit bietet, die Kräfte des Proletariats in der Gesetzgebung zu entsaften, das Parlament mit sozialdemokratischer Gewinnung zu durchsetzen, breiten Raum für sozialdemokratische Forderungen an den Staat zu haben. (Lebhaftes sehr richtig!) Deshalb müssen wir den Wahlrechtskampf mit besonderer Energie und Kraft führen. Mit Dankbarkeit gebenden wir der zugesagten Unterstützung unserer Genossen in den übrigen Bundesstaaten. Diese Unterstützung beweist, daß es unseren Genossen klar ist, daß die preussische Wahlrechtsfrage weit hinausgeht über die schwarz-weißen Grenzspähle; sie beweist, daß die preussische Wahlrechtsfrage für die Verwirklichung der Rechte der gesamten deutschen Arbeiterklasse von äußerster Wichtigkeit ist. (Lebhafter Zustimmung.) Weil die preussische Wahlrechtsfrage eine Frage des gesamten deutschen Proletariats ist, deswegen müssen wir sie um so energischer anfassen. Mit um so größerem Recht können wir dann auf einen Erfolg rechnen. Wir sind uns darüber klar, daß der Wahlrechtskampf neue und schwere Opfer erfordert. Wir wissen, daß eine Macht wie das preussische Junkerium, wie die preussische Reaktion nicht auf einen Sieg zu fallen ist. Wenn mit der preussischen Wahlrechtsfrage verbunden

ist die Machtstellung des Bürgertums, der Geistlichkeit, der jetzt im Schnapselbad zusammengefaßten Ritter und Heiligen, dann dürfen wir nicht erkaunt darüber sein, daß der Kampf, den es zu führen gilt, um diese Vorherrschaft zu brechen, schwere Opfer erfordert. Ueberwundene Hoffnungen auf die schnelle Erreichung des Zieles sind nicht am Platze. Der schadet seiner Sache am meisten, der die Bedeutung seines Feindes unterschätzt. (Lebhaftes sehr richtig!) Wir wissen, mit welchen Feinden wir zu kämpfen haben. Wir wissen, daß es sich für die Gegner nicht nur um ihre politischen Vorrechte handelt, sondern auch um die Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Macht. (Lebhafter Beifall.) Wenn sie den größten Bundesstaat in seiner reaktionären Verfassung erhalten, wenn sie verjüngern, daß in Preußen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht als Freiheitspender einzieht, dann erhalten sie diese Macht. Wir unterschätzen die Macht, die uns entgegensteht, nicht. Aber so wenig wir uns überwundlichen Illusionen hingeben, so wenig gehen wir mit Kleinmut und Verzagtigkeit in diesen Kampf. (Stürmischer Beifall.) Je besser wir den Gegner kennen, je mehr Niedertracht und Macht wir ihm zutrauen, desto kräftiger wird unser Wille sein, diese Macht zu brechen. (Stürmischer Beifall.) Es heiße, an der Zukunft des Proletariats verzweifeln, es heiße verzweifeln an dem ewlichen Siege der Kultur, der Freiheit und Gerechtigkeit, wenn wir uns sagen müßten, daß das preussische, das deutsche Proletariat durch seine Zügeligkeit, seine Energie und seine unerschütterliche Entschlossenheit nicht doch endlich zum Siege gelangen wird. (Stürmischer Beifall.) Diese Hoffnung, ja, diese Zuversicht, werden wir uns niemals rauben lassen. (Erneuter Beifall.) Wenn wir zielklar und entschlossen in dieser Weise tätig sind, dann muß uns der Sieg zufallen. (Lebhaftes Bravo!)

Die Sozialdemokratie Preußens und Deutschlands repräsentiert die politische Organisation der Arbeiterklasse. Dieser Machtfaktor ist heute nicht mehr so zu behandeln, wie noch vor 30 oder 40 Jahren. Dieser Machtfaktor, der durch die weitere industrielle Entwicklung Preußens immer mehr gestärkt wird, er wird in dem Augenblick, wo er sich auf seine Macht besinnt, wo es ihm gelingt, alle seine Angehörigen zu sammeln und zu organisieren, eine Gewalt sein, der selbst die preussische Reaktion nicht widerstehen kann. Dieser Machtfaktor wird sich aber das Kampffeld nicht von den Gegnern aufdrängen lassen, sondern es nach eigener Entscheidung wählen. (Lebhafter Zustimmung.) Er wird, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es sich um die heiligsten Güter des Proletariats handelt, in diesem Kampfe alle Mittel anwenden, die Erfolg versprechen. In dieser Ueberzeugung werden wir auch in der Folgezeit alles aufbieten, um die Massen zu organisieren.

Parteigenossen! Was wir künftig in diesem Kampfe für Mittel und Wege finden werden, bleibt späteren Entschlüssen vorbehalten. Für diesen Moment ist es notwendig, den herrschenden Klassen, der Regierung und den bürgerlichen Parteien zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, für das, was sie als ihr Ziel erkannt hat, beharrlich zu kämpfen, daß sie entschlossen ist, in diesem Kampfe den Sieg mit allen Mitteln zu erringen, daß sie bereit ist, die Opfer auf sich zu nehmen, die der Kampf bringen wird, und daß es nichts gibt, was uns abhalten wird, dem großen Ziele der Befreiung des Proletariats weiter nachzuströben. (Lebhafter Beifall.)

In jeder Phase des Kampfes werden wir jedes Moment benutzen müssen, um die Massen reifer zu machen für den Kampf. Das Zauberwort, das uns zum Siege führt, lautet:

#### Organisation und Agitation!

(Lebhafter Beifall.) Je mehr wir organisieren, je tiefer wir eindringen in die Massen des Volkes, je mehr wir die Bögen und Zweifeln durchglücken mit der Idee des Sozialismus, desto erfolgreicher werden wir den Kampf führen. Je mehr wir durch unsere Presse, durch Versammlungen, durch Organisation, durch unsere Literatur die Herzen und Köpfe des Volkes revolutionieren, je tiefer wir in die Massen eindringen, je mehr Kämpfer wir uns anreihen, desto sicherer ist unser Erfolg. (Lebhafter Zustimmung.)

Sie dürfen zu den Genossen, die Sie an die Spitze der preussischen Organisation gestellt haben, das Vertrauen haben, daß sie in den Momenten, wo Aktionen notwendig sind, die Parteigenossen dazu anrufen werden. Ueber die einzelnen Mittel will ich mich jetzt nicht verbreiten. Es würde der gegenwärtigen Situation nicht angemessen sein, wenn wir uns beim Auseinandergehen in Erörterung der einzelnen Maßnahmen verzeteln wollten. Aber das Eine will ich sagen: Die Mittel, die wir anwenden werden, werden aufgesucht werden nach dem Interesse, das die Sozialdemokratie an ihnen hat. Die Parteileitung wird sie andeuten, nachdem sie sich über ihren Umfang und ihre Bedeutung mit den einzelnen Organisationen verständigt hat. Aktionen im großen Stil können nur erfolgreich sein, wenn sie vorbereitet sind und getragen werden von dem Willen und der Zustimmung der breiten Masse der Parteigenossen. (Lebhafter Zustimmung.) Die Führer können nur dann etwas leisten, wenn sie sich behaupten, daß die Massen mit ihnen einverstanden sind und daß ihre Maßnahmen dem Kampfbedarfnis und dem Willen der Gesamtheit entsprechen. (Lebhafter Zustimmung.) In diesem Sinne muß und soll der Kampf geführt werden. In diesem Kampfe sollte dieser Parteitag das Signal geben. An diesem Kampfe müssen teilnehmen alle die, welche ihrer Klassenlage und ihrer Ueberzeugung nach zum Proletariat gehören. Männer und Frauen sind berufen, diesen Kampf zu führen. Jede einzelne Organisation muß sich in den Dienst dieser großen Bewegung stellen. Das Banner, das emporgehalten wird mit dem Motto: Der mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! muß das Panier sein, mit dem wir zum Siege marschieren. (Lebhaftes Bravo!) Lassen Sie mich einen Vers aus einem unserer Lieder zitieren, der alle die aufruft, denen die Befreiung des Proletariats aus dem Doppelschloß der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Knechtschaft zur Lebensaufgabe geworden ist.

Ihr ungezählten Millionen,  
In Schacht und Feld, in Stadt und Land,  
Die ihr um großen Lohn müht fronen  
Und schafft treu mit fleißiger Hand,  
Nehmt euch in des Elends Vann,  
Nehmt den Bedarf, schließt euch an,  
Aus Qual und Leid uns zu erheben,  
Das ist das Ziel, das wir erstreben,  
Das ist der Arbeit heißer Krieg,  
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“ (Stürm. Beifall.)

Unter diesem Motto lassen Sie uns in den Wahlrechtskampf ziehen, unter diesem Motto lassen Sie uns alle Mittel zur Anwendung bringen, um das preussische Volk zu befreien von der Schmach des Dreiklassenparlaments. Unter diesem Motto, unter diesem Panier wollen wir den Sturm erneuern, der uns alle zusammengeführt hat in den Dienst zur Befreiung des arbeitenden Volkes. Wir tun das nicht besser, als indem wir unsere Wünsche zusammenfassen in unseren allen Kampfruf: Die preussische, die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Versammelten erheben sich, stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein und singen die Wahlrechtsfrage der Arbeitermarckelaise. („Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen!“) Vorf. Singer: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 6 Uhr.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zuhalt (Schmalz, Gekochtes, Fett) unverändert. Wild: Zuhalt genügend. Gekochtes (Schmalz) reger. Weisse Fett: Zuhalt genügend. Weisse Fett: Zuhalt genügend. Zuhalt: Zuhalt mäßig. Gekochtes (Schmalz) reger. Butter und Käse: Gekochtes (Schmalz) reger. Weisse Fett: Zuhalt genügend. Gekochtes (Schmalz) reger. Weisse Fett: Zuhalt genügend.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute Donnerstagabend 8 Uhr findet von den Bezirksstellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Alle Parteigenossen müssen sich daran beteiligen. Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus Wilhelmsaue 112 eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Stücklen über: Die positive Arbeit der Sozialdemokratie sprechen wird. Ferner stehen die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen auf der Tagesordnung.

Straßen. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 9. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Steinigle, Alt-Straßen 5, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung und der Funktionäre; 2. Neuwahl der Bezirksleitung und der Funktionäre; 3. Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Zernsdorf. Am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Julius Knorr eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Zernsdorf und Umgegend statt. Die Genossen treffen sich zur Parteiarbeit am Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 Uhr, im genannten Lokal. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein Meer von Hilfsuchenden

wendet alljährlich an die Stiftungsdeputation des Magistrats. Sie verwalte die Mehrzahl der Stiftungen, die der Stadt zur Verfügung stehen. Das Vermögen, das da aufgeschichtet ist, beläuft sich auf viele Millionen. Doch der Ertrag dieser bedeutenden Kapitalien reicht bei weitem nicht aus, um auch nur alle wohlbegünstigten Ansprüche zu befriedigen. Die Gesamtzahl der Gesuche, die überhaupt an die Stiftungsdeputation gerichtet werden, ist geradezu erschreckend groß. Man rechnet immer so viel davon, daß neben dem wirklich Hilfsbedürftigen auch mancher sich meldet, der es eigentlich nicht nötig hat. Das wird zutreffen, gewiß. Aber warum gibt die Stiftungsdeputation nicht bekannt, wie hoch ungefähr sie auf Grund ihrer Ermittlungen die Zahl dieser unwürdigen Bemühten schätzt? In ihren alljährlichen Verwaltungsberichten suchen wir immer wieder vergeblich nach einer Andeutung hierüber. Wir glauben, daß die übliche Klage über gewerbmäßige Schnorrerei denn doch sehr übertrieben ist. Die Regel ist, daß die Flut der Wittgesuche steigt und fällt mit dem Auf und Ab des allgemeinen Wohlstandes. Das läßt darauf schließen, daß wirkliche Not den Ausschlag gibt.

Die letzten Jahre haben der Stiftungsdeputation wieder eine sehr fähbare Mehrzahl der Wittgesuche gebracht. Aus ihrem neuesten Verwaltungsbericht ersieht man, daß auch im Etatsjahr 1908/09 die Zahl der Gesuche noch um ein Beträchtliches gestiegen ist. In 1905/06 und 1906/07 waren 21 086 und 22 548 Gesuche eingegangen, in 1907/08 gingen 30 103 ein, und in 1908/09 wurden gar 34 568 Gesuche gezählt. Die meisten kamen, wie immer, in den Monaten von Winteranfang, z. B. im Oktober 1892, im November 6171, im Dezember 3798, dagegen steuerten z. B. der Mai nur 1545 und der Juni nur 1314 Gesuche bei. Im November fallen besonders die zahlreichen Gesuche um Bewilligung von Feuerung ins Gewicht; daraus erklärt es sich, daß Jahr für Jahr dieser Monat die höchsten Zahlen aufweist. Eine Neuerung, die sehr dankenswert ist, findet sich in dem Verwaltungsbericht für 1908/09. Zum ersten Male erfährt man da die Gesamtzahl derjenigen Gesuche, denen eine Bewilligung aus dem im Stiftungsamt verwalteten Fonds zuteil wurde, wobei den Angaben über 1908/09 auch die über die leistungserhebenden Jahre hinzugefügt sind. Werden die Bewilligungen von Feuerung mitgezählt, so stellte sich in den Jahren 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09 die Zahl aller Bewilligungen auf 4280, 4508, 5104, 5284. Hiermit vergleiche man die oben angegebenen Gesamtzahlen der eingegangenen Gesuche, die leider in ganz anderer Weise als die Bewilligungen sich gemehrt haben. In 1908/09 kamen auf schließlich 34 568 Gesuche nur 5284 Bewilligungen! Noch mehr Bewilligungen wird man für 1909/10 schwerlich herauszubringen vermocht haben, es sei denn, daß die Höhe der einzelnen Unterstellungen eingeschränkt worden ist. Wohl aber muß man befürchten, daß die Flut der Gesuche noch weiter zugenommen hat.

Wiele Gesuche werden von der Stiftungsdeputation ohne weiteres abgewiesen, weil sie meint, daß für die betreffenden Wittlinge im Hinblick auf ihre ganze soziale Lage oder auf ihre bereits eingetretene Verarmung die öffentliche Armenpflege anzurufen sei. Als Stützungsmittel werden hauptsächlich solche Kollektenden unterstellt, die man davor bewahren will, die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen zu müssen. Aber trotz dieser Beschränkung reicht der Ertrag der Stiftungen nicht aus, dem Bedürfnis zu genügen. Es ist in der Tat zu wünschen, daß einmal die Stiftungsdeputation sich darüber äußert, wieviele Gesuche, die von wirklicher Not diktiert sind, aus Mangel an Mitteln abgewiesen werden müssen. Für nur zu viele der Wittsteller wird man von vornherein über die Tür des Stiftungsamtes die Inschrift setzen müssen: Laßt alle Hoffnung fahren, ihr, die ihr hier — Hilfe sucht!

Die Hochbaudeputation beriet und genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung mehrere Kostenschätzungen, u. a. den Kostenschätzungen zum Neubau eines Stalles für Versuchstiere auf dem Grundstück des Krankenhauses am Urban in Höhe von 29 500 M., über die Reuanlage von weiteren Fahrwegen beim Krankenhaus Friedrichshagen in Höhe von 77 000 M., über Bohrung und Anlegung von weiteren Tiefbrunnen für das Wasserwerk der städtischen Zentrale Bach in Höhe von 80 000 M. sowie den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeinde-doppelschule in der Plettenkoferstr. 20/24 mit einem Kostenschätzungen von 870 000 M.

Die Schulverwaltung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, einen Versuch mit der Vermittlung von Arbeitsstunden und einer Jugendleschule für Gemeindeschüler in der Voraussetzung, daß die Lehrer unentgeltlich die Aufsicht übernehmen.

In der Zeitung des Deutschen Flugvereins ist die Mitteilung enthalten, daß die Firma Lanet fortbald: „Flug- und Sportplatz Berlin-Johannisthal G. m. b. H.“ Der Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Flugplatzanlagen und sonstiger Einrichtungen für alle mit der Motorluftschiffahrt zusammenhängenden Zwecke, sowie ferner der Bedarf sportlicher Unternehmungen aller Art und der Abschluß aller Geschäfte, die zur Erzeugung und Förderung dieser Ziele dienen können; als Geschäftsführer fungiert der Direktor der „Fla“, Major von Lindbl. Ferner wurde eine Kapitalerhöhung um 300 000 M. beschlossen. Auch ist das baldige Bau größerer Hallen für Motorluftschiffe geplant, die mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß noch im Laufe dieses Jahres sowohl mit Motorluftschiffen wie mit Luftschiffen andere Konstruktionen Passagierfahrten von Johannisthal aus unternommen werden.

Eine Liebestragödie hat sich vorgestern in der Königsheide abspielte. In der Nähe der Nizdorfer Waldberolungsstätte fand man vorgestern nachmittags die Leiche eines jungen Mädchens, das als die 19 Jahre alte aus Ritz im Kreise Heideburg gebürtige Marie Wipplert festgestellt wurde. Dieses Mädchen hatte ein Liebesverhältnis mit einem 28 Jahre alten Mechaniker Walter Zimmermann aus der Kaiser-Friedrich-Straße 83 zu Nizdorf, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist. Zimmermann soll die Absicht gehabt haben sich mit Einverständnis seiner Frau von dieser scheiden zu lassen, um seine Geliebte zu heiraten, wurde aber damit vom Amtsgericht abgewiesen. Deshalb beschloß das Paar, gemeinsam in den Tod zu gehen. Man fand indes nur die Leiche des Mädchens, das durch einen Schuß in die Brust getötet worden war. Während man Zimmermann vergeblich suchte, kam er vorgestern spät abends aus freien Stücken nach dem Polizeipräsidium und stellte sich der Kriminalpolizei. Seine Darstellung der Vorgänge deckt sich im wesentlichen mit dem Ergebnis der Ermittlungen der Polizei. Dieser Darstellung nach hatte sich Zimmermann verpflichtet, seine Geliebte zu erschießen, mit dem ausdrücklichen Versprechen, daß er ihr in den Tod folgen werde. Nachdem Zimmermann das Mädchen durch einen Schuß getötet hatte, fand er aber nicht den Mut, sich selbst ebenfalls zu erschießen. Er irrte eine Zeitlang planlos umher und begab sich dann nach seiner Wohnung. Von dort begab er sich zur Kriminalpolizei, um sich ihr zur Verfügung zu stellen. Er wurde in Haft gehalten.

Wegen unglücklicher Liebe hat Mittwochnachmittag 5 1/2 Uhr der 22 Jahre alte Buchhalter Hermann Polie, der seit drei Monaten in der Linienstraße 54 wohnhaft ist, seine Braut, die 20 Jahre alte Frieda Thurow erschossen. Er hatte den Besuch des Mädchens in den frühen Morgenstunden empfangen und während die Wirtin glaubte, daß er ins Geschäft gegangen, hielt er sich mit dieser in der Wohnung auf, bis gestern nachmittags um 5 1/2 Uhr die Mutter zum Besuch ihres Sohnes aus Rankow gekommen war. Als sie an der Tür zum Zimmer des Sohnes klopfte, hörte sie einen Schuß in dem Zimmer fallen, sie alarmierte durch ihr Geschrei die Wirtin, sowie einen in dem Hause wohnhaften Schlächtermeister, die die Tür gewaltsam erbrachen und das Paar in ihrem Blute schwimmend fanden. Das Mädchen hatte eine Schußverletzung in der linken Schläfe, die sofort tödlich war, während er eine Schußverletzung in der linken Schläfe, nach schwache Lebenszeichen von sich gab. Als Polizeigefangener nach der Charité transportiert, ist er auf dem Transport gestorben und wurde deshalb nach dem Schauhaufe gebracht, wohin die Thurow bereits abgeholt war.

Der Mord an der Anna Arnholz beschäftigt nach wie vor den Untersuchungsrichter und die Kriminalpolizei. Es bedarf noch dringend der Ermittlung dreier Zeugen, die sich bisher nicht gemeldet haben und die auch auf anderem Wege nicht zu finden waren. Es sind das ein früherer Drechsler Max Blum, ein früherer Bauanschläger Artur Els und ein Mann, der den Spitznamen „Hamburger Willi“ führt. Max Blum, hat sich in Hamburg, Hannover und Berlin aufgehalten. Er hat nachweislich mit der Arnholz noch bis in die letzte Zeit hinein verkehrt und kann wahrscheinlich sehr wichtige Mitteilungen machen, die zur Aufklärung der vorhandenen Lücke dienen könnten. Artur Els hat in Lokalen der Frankfurter Straße, der Frankfurter Allee, der Duerstrassen zu diesen, auch in Rummelsburg und Lichtenberg und in der Staliger Straße verkehrt. Auch ist er bis in die letzte Zeit hinein mit der Arnholz in Lokalen zusammen gesehen worden. Els ist ein Mann von 30 Jahren mit rotem aufgewirbeltem Schnurrbart. Der „Hamburger Willi“ hat mit der Ermordeten in Lokalen im Sildon Berlin und in Nizdorf verkehrt. Diese drei gesuchten Zeugen sollten sich umgehend, lediglich nur in dieser Sache, bei der Kriminalpolizei im Zimmer 96 melden.

Tot aufgefunden wurde gestern am Säußer ein unbekannter, etwa 45jähriger Mann. Der Fremde ist anscheinend das Opfer eines Unglücksfalles geworden. An der Stirn der Leiche war eine Wunde vorhanden, die vermutlich von einem Sturz auf den Kopf herrührt. Nach Papieren, die bei dem Toten vorgefunden wurden, dürfte es sich um den Arbeiter Luge aus der Kleinen Hamburger Straße 8 handeln. Die Leiche wurde durch die Polizei nach dem Schauhaufe gebracht.

Für 10 000 Mark Pelzwaren erbeuteten Einbrecher in der gestrigen Nacht in der Handlung von Struß in der Leipziger Straße 80. Kurz nach 4 Uhr gestern früh wurde beobachtet, daß an dem Verkaufsstand der Kollbornung der Eingangstür hochgezogen und die Tür selbst mit einem Nachschlüssel geöffnet war. Der Wächter des Viertels ließ den Geschäftsinhaber benachrichtigen und bewachte den Ladenausgang, bis von der Nebierwache Beamte kamen. Man durchsuchte jetzt den Laden, fand aber die Einbrecher, die ihn von oben bis unten durchwühlt hatten, nicht mehr vor. Wohin sie die Beute geschleppt haben, ist noch nicht ermittelt.

Der Leichnam eines Mannes wurde gestern an der Charlottenburger Schenke aus dem Wasser gezogen. Am Kopf zeigte sich eine scharfe Wunde, die vom rechten Ohr bis zum Munde reichte. Allem Anschein nach handelt es sich um einen 25jährigen Mann, dessen Beinleider und Weste zerrissen waren. Die roten Schuhteugen das Firmenzeichen: Keiser, Oranienstraße 84. Ober- und Unterhemd waren nicht gezeichnet, auch das Taschentuch mit roter Karte wies kein Monogramm auf. Gold- oder Wertgegenstände wurden nicht vorgefunden, ebenso fehlten Ausweisepapiere, so daß die Identität der Leiche nicht festgestellt werden konnte. Besondere Kennzeichen sind: dunkelblondes Haar, kleiner englischer Schnurrbart, braune Augen und eine sehr hohe Stirn. Wie die scharf geränderte Wunde entstanden sein kann, ließ sich noch nicht feststellen. Weste und Beinleider waren von dunkelblauer Farbe. Auffällig ist, daß die Kleidung vollständig zerrissen war und jeder Ausweis fehlte.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ersucht um unter Bezugnahme auf die am 25. Dezember vorigen Jahres gebrachte Notiz: Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft und der Bauarbeiter-Verein um Aufnahme folgender Verichtigung: 1. Es ist unklar, daß auf dem Neubau in Schöneberg, Eberstr. 13, die obere Wallanlage nicht abgedeckt und nicht ausgeschalt war; 2. es ist unklar, daß der technische Aufsichtsbeamte der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft dem dort arbeitenden Dachdecker in Gegenwart des Poliers ein Schreiben zum Lesen gegeben hat; 3. es ist endlich unklar, daß dieser Beamte an den betreffenden Dachdecker die im „Vorwärts“ angegebenen Worte gerichtet hat. Wir müssen es unserm Gewissen überlassen, sich zu obiger Verichtigung zu äußern.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht um 3 Uhr mußte in der Prinzenstr. 112 ein Kellerbrand gelöscht werden. Nachmaterial brannte dort. In einem Keller in der Blumenstr. 50 waren Lumpen in Brand geraten. Am Weidenweg 21 mußte ein Wohnungsbrand gelöscht werden, der durch die Entzündung eines Tannenbaumes entstanden war. Wegen eines Schornsteinbrandes wurde der 17. Zug nach einer Fabrik Lindenstr. 54 gerufen.

Der Verein der föderierten Anarchisten sendet uns in Bezug auf den am 30. Dezember v. J. als Polizeipigel gekennzeichneten Max Schiefer nochmals eine Charakteristik des letzteren. Wir versagen es uns, die Zeitschrift abdrucken, weil ja, wie Schiefer in einer am 4. Januar im „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilung be-

kont, gegen Wehrle und Frauböse Strafantrag gestellt habe. Es ist daher Sache des Gerichts, festzustellen, inwiefern der gegen Schiefer erhobene Vorwurf, er stände im Dienste der Polizei, berechtigt ist. Bemerkungen möchten wir jedoch, daß, entgegen der am 4. Januar veröffentlichten Mitteilung Schiefers, in der Zeitschrift des Vereins der föderierten Anarchisten die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht nur aufrechterhalten, sondern durch angebliche Geständnisse des Sch. gestützt werden.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Schnur nach einer vollständigen kommunalen Dunkelkammer verpönte die Stadtvätermehrheit derer um Schachtel-Platz. Damit nicht mehr durch namentliche Abstimmungen ihr Verhalten in sozialen und anderen Fragen festgelegt werden kann, soll eine extra zu diesem Zwecke für Freitagnachmittag 5 Uhr einberufene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung die Geschäftsordnung — reformieren. Schachtel und Genossen beantragen, daß in Zukunft namentliche Abstimmungen nur noch auf Antrag von mindestens einem Drittel der Stadtverordneten erfolgen sollen. Da unserer Fraktion eine Stimme am Dritten fehlt, würde sie also nie in der Lage sein, namentliche Abstimmungen herbeizuführen. Daß die Herrschaften ihr Tun gerne in ganz diskretes Dunkel hüllen möchten, finden wir sehr verständlich, scheut es doch sehr das Licht der Öffentlichkeit, was schon die öftere Flucht in die geheime Sitzung beweist. Unsere Genossen haben aber nicht das Bedürfnis, den Dunkelmännern den von ihnen gewünschten Gefallen zu tun. Daß diese mit einem Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt, lämpfen, daß auch die neue Waffe ebenso nutz- und zwecklos als z. B. die bisherige Praxis der Schlußanträge, das wird man bald erfahren. Die Versammlung am Freitag kann ganz interessant werden.

Charlottenburg.

Zur Weiterbildung der arbeitenden Jugend veranstaltet die Freie Jugendorganisation einen Vortragskursus über das Thema: „Ältere deutsche Geschichte“. Referent ist der Genosse Schriftsteller Simon Kayenstein. Der Kursus beginnt am Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, im Volksbause, Rosinenstr. 3, und findet alle 14 Tage freitags im selben Lokale statt. Die weibliche und männliche arbeitende Jugend ist dazu herzlich eingeladen. — Am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im kleinen Saale des Volksbause die Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Auf der Tagesordnung steht außer dem Bericht und der Neuwahl des Vorstandes ein Referat des Rechtsanwalts Dr. Karl Viehnecht. Zu diesem Vortrage sind ebenfalls Gäste willkommen. — Am den Jugendklub energisch betreiben zu können, wird die erwachsene Arbeiterschaft gebeten, alle Wünsche, unter denen die Jugendlichen leiden müssen, wie überlange Arbeitszeit, Nichtmitbestimmen der Frauen und Jugendschutzbestimmungen, dem Vorsitzenden Paul Schiller, Potsdamer Str. 88, mitzuteilen.

Selbstmord eines Knaben. In der vergangenen Nacht hat sich der 13 Jahre alte Gemeindeschüler Franz Lad, Sohn des Lokomotivführers Lad aus der Sophie-Charlottenstr. 20, auf dem Boden erhängt. Er war Schüler der Gemeindeschule Sophie-Charlottenstraße 69—70. Als Beweggrund wird Furcht vor Strafe angenommen, da er eine schlechte Penjur in der Schule erhalten hatte.

Treptow-Baumschulweg.

Bei einem verhängnisvollen Sturz ist der Kaufmann Koad aus Baumschulweg schwer verletzt worden. Er war in Besitz gewesen und hatte zur Heimfahrt einen Vorortzug benutzt. Als er auf der Station Baumschulweg die Treppen hinunterstieg, glitt er oben aus und stürzte ab. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte dabongetragen.

Ober-Schöneweide.

Ein mysteriöser Fund wurde vorgestern in der Nähe des Restaurants „Strandlosh“ gemacht. Dort entdeckten Arbeiter ein langes blaues, mit Seide gefüttertes Damenjackett, eine weißseidene Waise, einen schwarzen, weichen Damenhut mit zwei Nadeln, einen schwarzen Samtgürtel, ein Paar schwarze, niedrige Schuhe und eine Handtasche, in der sich ein Notizbuch, ein leeres Portemonnaie und eine Visitenkarte mit dem Namen Paula Kudenbart befanden. Allem Anschein nach handelt es sich hier um den Selbstmord eines jungen Mädchens dieses Namens, das am Tage vorher in dem Bahnhofshotel in Nieder-Schöneweide logiert hat.

Spandau.

Gasvergiftung. In der Nacht vom 4. zum 5. Januar, morgens kurz nach 8 Uhr, hörten einige Wäckerungen in einer Kellerwohnung des Hauses Adamsstr. 5, in welchem von dem Gastwirt Schulz fünf zugereichte russische Arbeiter untergebracht waren, lautes Stöhnen. Sie alarmierten einige Nachtwachbeamte und als diese die Fenster schoben einschlugen, bemerkten sie einen intensiven Gasgeruch. Sie drangen schließlich in das Zimmer ein und fanden die fünf Russen leblos vor. Sofort wurde die Feuerwehre alarmiert, und dieser gelang es, an Ort und Stelle drei der Russen wieder zum Bewußtsein zu bringen. Zwei wurden ins Krankenhaus geschafft und haben das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Die Russen hatten einen Gasbehälter offen gelassen; wahrscheinlich haben sie die Flamme ausgeblasen.

Gerichts-Zeitung.

Ein furchtbarer Streikurteil wurde am 26. Januar 1909 von der Düsseldorf'schen Strafkammer gefällt. Organisierte Hafenarbeiter waren mit einem Habelwerk in Differenzen geraten und in den Zustand getreten. Es fanden sich „christliche“ Streikbrecher, wodurch der Kampf verschärft wurde, und eines Tages kam es infolge des herausfordernden Benehmens der Streikbrecher zu einem heftigen Zusammenstoß mit den erbiterten Ausständigen. Die Herren Arbeitswilligen gaben Nebolverschüsse ab, die Streikenden setzten sich mit Pflastersteinen zur Wehr. Die wie immer streng unparteiische Polizei ließ die Revolverhelden ganz ungeschoren, sie verhaftete dagegen eine ganze Anzahl der Streikenden, und gegen fünfzehn von ihnen wurde Anklage wegen aller möglichen Verbrechen, einschließlich Landfriedensbruch, erhoben. Aus dem Landfriedensbruch wurde vor Gericht allerdings nichts, doch wurde dadurch die Sache der Justitia nicht beeinträchtigt. Sieben der Angeklagten, die zum großen Teil monatelang in Untersuchungshaft gefesselt hatten, wurden zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt, davon einer zu sieben Monaten, ein anderer aber zu der unerhörten Strafe von drei Jahren Gefängnis. Der vor dem ganz unbescholtene Mann, Richard mit Namen, sollte nach der Ansicht des Gerichts genügend überführt sein, einen der Arbeitswilligen durch Messerstiche schwer verletzt zu haben.

Angefähr ein Jahr, mit der Untersuchungshaft noch erheblich mehr, hat der unglückliche Richard von seiner Strafe verurteilt, da kommt jetzt aus Düsseldorf die Nachricht, daß er in Freiheit gesetzt und ein Wiederaufnahmeverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Der mitfühlende Mensch, den

das vorjährige Urteil mit Entsetzen erfüllt hat, ahmet bei dieser Nachricht auf. Ansehend haben sich neuerdings durch glückliche Zufälle Tatsachen ergeben, die es selbst der preussischen Justiz geraten erscheinen ließen, die Verantwortung für das Scharfensurteil nicht länger zu tragen.

#### Rußland wider Biermer.

Ein alter Professorenstreit wird demnächst noch einmal das Landgericht Berlin in Beschäftigung. Es handelt sich um die Privatklage des Prof. Dr. jur. et phil. Gustav Rühlmann wider den Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen, Dr. jur. et phil. Magnus Biermer. Der letztere hatte im Jahre 1902 eine Streitschrift unter dem Titel „Rußland, Adhler, Langsdorf u. Co.“ erscheinen lassen, die sich in scharfer Weise gegen Prof. Rühlmann richtete. Es wurde in der Schrift u. a. ausgeführt, daß es in Preußen insbesondere in der Nationalökonomie und Theologie Straßprofessuren gebe, um auf den Universitäten die freirechtlichen Richtungen nicht aufkommen zu lassen, trotzdem sei es dem Prof. Rühlmann noch nicht gelungen, in Preußen einen Lehrstuhl zu finden. Es wird dann in der Schrift ausgeführt, daß Prof. Rühlmann sich vom Reichshändler, Goldwährungsmann und Güterzertrümmerer zum Experten des Bundes der Landwirte entwickelt habe, und er wird als „wissenschaftliches Chamäleon“ bezeichnet, der sich nicht gekümmert habe, obgleich er Protestant sei, einen Lehrstuhl an der katholischen Dominikaner-Lehranstalt in Freiburg (Schweiz) anzunehmen usw. Durch diese Streitschrift fühlte sich Professor Dr. Rühlmann schwer beleidigt und strengte die Privatklage an. Er fühlt sich außer durch zahlreiche Stellen, welche formale Beleidigungen enthalten, durch den Vorwurf beleidigt, daß er zur Erlangung pekuniärer Vorteile seine früheren national-ökonomischen Ansichten geändert und versucht habe, sich durch Intrigen eine Professur an der Universität Gießen zu verschaffen. Die Privatklage wurde im September 1908 das Schöffengericht Berlin-Mitte mehrere Tage hindurch und gab zu lebhaften Debatten national-ökonomischer Natur Veranlassung. Die damals schon fünf Jahre schwebende Angelegenheit wurde damals durch das Urteil des Schöffengerichts vorläufig beendet. Das Schöffengericht erklärte Prof. Biermer für straflos, einerseits, weil er ihm zugesagte Beleidigungen auf der Stelle erwidert habe, andererseits weil das Schöffengericht der Ansicht war, daß der Wahrheitsbeweis im großen und ganzen als gelungen anzusehen sei. Das Gericht billigte auch dem Prof. Biermer den Satz des § 193 zu, obgleich es feststellte, daß er in seinen Ausdrücken etwas weit gegangen sei. Die Mißbilligung über die Form, die der Angeklagte gewählt, um gegen ihn gerichtete Angriffe zurückzuweisen, brachte das Schöffengericht dadurch zum Ausdruck, daß es die Kosten jeder Partei zur Hälfte auflegte. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts hatte der Privatkläger Berufung eingelegt. Diese wird nun am 10. und 11. Januar die 9. Strafkammer des Landgerichts I beschließen. In erster Instanz haben als Sachverständige die Professoren Dr. Conrad-Halle a. S., Dr. Legis-Göttingen und Professor Dr. Brentano das Wort erhalten. Für die zweite Instanz hat das Gericht neue Sachverständige geladen, darunter Wirtl. Geh.-Rat Prof. Dr. Wagner. Die Verhandlung dürfte wieder sehr umfangreich werden. Ueber ihren Ausgang werden wir berichten.

#### Heiratschwindel.

In der Maske eines Rollaussehers hat der Portier Robert Schade verschiedene Heiratschwindelungen begangen, die ihn gestern auf längere Zeit hinter Gefängnismauern führten. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I mußte sich Sch. gestern wegen Diebstahls und Betruges im straffschärfenden Rückfalle verantworten. — Der Angeklagte betreibt seit einer Reihe von Jahren ganz gewerbmäßig den Heiratschwindel. Zuletzt wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er verschiedene verachtete Schwindelungen in der Weise begangen hatte, indem er sich als höherer Postbeamter ausgab. — In den jetzt zur Anklage stehenden Fällen hat der Angeklagte in doppelter Hinsicht großen Schaden angerichtet, da er seine „Bräute“ nicht nur um ihre gesamten Erparnisse gebracht, sondern ihnen auch je ein lebendiges „Souvenir“ hinterlassen hatte. Er gab sich als Rollausseher aus und behauptete, in Spandau angestellt zu sein. In raffinierter Weise verstand er es dann, den schon etwas angejahrten Jungfrauen dienenden Standes, deren Bekanntschaft er auf der Straße gemacht hatte, nach und nach die gesamten Erparnisse abzuladen. Einem Dienstmädchen M., mit dem er schon längere Zeit verkehrt hatte, schrieb er einen Abgabebrief, in welchem er anführte, daß aus ihnen kein Paar werden könne, weil er sich so sehr auf einen Nachkommen freue und sie anscheinend nicht dazu geschaffen sei. Das tiefbetrübte Mädchen hat den Schwindler noch himmelhoch, doch nicht aus diesem Grunde von ihr zu lassen und bestellte ihren mit so viel „Familiensinn“ bedachten Bräutigam zu einem neuen Rendezvous. Der Wunsch des Angeklagten hat sich inzwischen auch erfüllt. — Staatsanwalt Kiesel beantragte mit Rücksicht auf die enorme Gemeingefährlichkeit des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

#### Ein Journalist verurteilt.

Wegen angeblicher Beleidigung des Journalisten Max Holster von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wurde der Herausgeber der Wochenchrift „Der Kampf“, Dr. Arthur Reichner, zu 8 Wochen Gefängnis und Erlegung sämtlicher Kosten unter Abweisung der von ihm erhobenen Widerklage verurteilt.

#### Wegen Vorführung unzüchtiger Bildstempel.

Ist am 28. August v. J. vom Landgericht II in Berlin der Schauspieler Hauschmidt zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt worden. Es handelte sich um eine Serie von 11 Bildern, welche Holsterjagen in einem spanischen Kloster darstellten. Frauen werden dort gezwungen, sich in Gegenwart von Männern zu entkleiden und dann gefoltert. Darin sieht das Gericht ein Vergehen gegen § 184, 1. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zunahme der Frauenarbeit.

Mit dem Jahre 1909 schließt eine Periode, in der die Frauenarbeit wieder ungewöhnlich stark an Boden gewonnen hat. In den letzten drei gewerblichen Niedergängen sind zwei Ursachen wirksam, die Ausdehnung der Frauenarbeit zu begünstigen. Einmal suchen die Arbeitgeber überall, wo sie es können, mit den billigsten Arbeitskräften auszukommen und bevorzugen daher Frauen und Mädchen. Sodann aber sind gerade in diesen Zeiten auch die weiblichen Arbeitskräfte in größerer Auswahl zu haben. Infolge des geringeren Verdienstes der Männer respektive der Väter sehen sich Frauen und Mädchen, die bisher noch nicht erwerbstätig waren, nach einer ständigen Arbeitsstelle um. Seit dem Eintritt des gewerblichen Niederganges, also seit 1907, kann man die stärkere Zunahme der Frauenarbeit verfolgen. Selbst in den Monaten, da die Arbeitslosigkeit absolut abnahm, wurden die weiblichen Beschäftigten viel weniger von dem Rückgang in Mitleidenschaft gezogen wie die männlichen. Am 1. Dezember 1909 waren 7,8 Proz. mehr männliche, aber 8 Proz. mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt als am 1. Januar. Welt scharfer tritt freilich der Vorsprung in der Entwicklung der Frauenarbeit hervor, wenn wir mit früheren Jahren vergleichen. Die Beschäftigtenziffer betrug am 1. Dezember:

	Männliche	Weibliche
1906 . . .	3 234 101	1 338 246
1907 . . .	3 259 184	1 414 095
1908 . . .	3 188 383	1 461 593
1909 . . .	3 260 797	1 547 178

In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der männlichen Beschäftigten um noch nicht 1 ganzes Prozent, die der weiblichen Beschäftigten aber um reichlich 15 1/2 Proz. vermehrt.

### Heimarbeiterinnenelend.

In einer Verhandlung vor dem Gewerbeamt in Frankfurt am Main wurde kürzlich die Entlohnung der Heimarbeiterinnen durch folgende Feststellungen beleuchtet: Für die Fertigstellung eines Duzend Kissenüberzüge ohne Knopflöcher wird nach den ortsüblichen Löhnen 1 M. bezahlt. Eine tüchtige Weißzeugnäherin soll nach dem Urteil einer Sachverständigen in 10 Stunden einhalb Duzend Kissen nähen können; mithin stellt sich der Tagesverdienst bei zehnständiger Arbeit auf 1,50 M., oder pro Stunde auf 15 Pf.

Das ist kein abnormer Einzelfall; im allgemeinen dürften die Verhältnisse noch ungünstiger liegen. Zu solcher Schlussfolgerung zwingt ein Bericht im „Confectionair“ (Nr. 51) über eine Befragung der Damenmädelsfabrik Braumann u. Stern, Mohrenstraße 35. Es heißt da unter anderem:

„Der Mittelhändler, Herr Siegfried Stern, gab nach Begrüßung der Anwesenden in einem Vortrage einen kurz fassenden Ueberblick über die Verhältnisse in der Branche und hob einkleitend hervor, daß es sich hier um keine Fabrikation im Sinne des Gesetzes handelt, vielmehr die Berliner Damenmädelsindustrie auf der Heimarbeit beruht. Diese steht nicht unter direkter eigener Kontrolle, sondern unter Zwischenhändlern. Herr Stern beleuchtete sodann die Tätigkeit dieser Zwischenhändler und Arbeitnehmern stehenden Zwischenpersonen, die er als technische Beiräte bezeichnete. Es folgten sodann nähere Erklärungen über die Heimarbeit, die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte, die Arbeitszeit, mit besonderer Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte. Hierauf erörterte Herr Stern die Frage, ob man nicht von dieser traditionell gewordenen Art der Fabrikation abgehen und dafür die Arbeit in besonders angelegten Fabrikgebäuden unter direkter Leitung lasernieren soll. Herr Stern bemerkte hierzu, daß überall Fortschritt und Technik zur Beherrschung der Arbeit Eingang gefunden hätten, nur die Konfektion stede noch in dem Arbeitsystem einer früheren Zeit. So hat man beispielsweise in England derartige Fabriken für Blusen, Jupons, Kostümröcke seit Jahren errichtet und auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo sich dieselbe Industrie durch den hohen Prohibitivzoll zu einer gewaltigen Branche entwickelt hat, geschieht die Herstellung teils in gut eingerichteten Fabriken, teils haben die Fabrikanten einen größeren Anteil am Fabrikationsprozeß als wir. Allerdings liegen in England die Verhältnisse infolgedessen anders, als dort Großfabriken existieren, die den Fabrikanten frühzeitig Bestellungen machen und es ihnen so ermöglichen, ihre Fabriken ziemlich gleichmäßig zu beschäftigen, während in Deutschland die Großfabriken als Zwischenglieder zwischen Detailleur und Fabrikant ausgeschaltet sind, so daß der Fabrikant durch das Anbauen von Lagern selbst das Risiko der Großfabriken übernimmt. Noch aus einem Grunde ist in Deutschland eine maschinelle Fabrikation im Großen nicht so leicht durchführbar. Dieses Moment ist der stark individualistische Zug, der in unserm Volke steckt. Daher ist die Heimarbeit bei den allmählich erwachenden Verhältnissen in der Branche derjenige Boden, auf dem sie weiter leben und gedeihen kann.“

Auf besonderes Ersuchen kam Herr Stern sodann auf die Buchführung zu sprechen, die er als die einzige Einrichtung bezeichnete, um einen großen Betrieb mit vielen Millionen Umsatz geistig zu beherrschen. Zur näheren Illustration nannte Herr Stern folgende Zahlen: An Salären werden jährlich über eine Viertel Million Mark gezahlt, an Arbeitslöhnen 140 000 M., an Provisionen circa 120 000 M., für Verpackung der Waren circa 50 000 M., an das Ausland für Frachten und Zölle circa 14 000 M., für das Frankieren von Briefen circa 7 000 M., für Telegammeln circa 1 000 M., für Ferngespräche 1 300 M., für Fahrgelder innerhalb Berlins für das Personal circa 1 100 M.“

Diese Angaben lassen erkennen, einen wie winzigen Bruchteil die Löhne von den Verkaufspreisen ausmachen. Und doch erhebt sich ein großes Ramento, wenn aus sozialen Erwägungen heraus ein besserer Schatz der Heimarbeiterinnen, eine etwas höhere Entlohnung für sie verlangt wird. Die Zimmerlöhne dürften auch wohl der hauptsächlich in Betracht kommende „individualistische Zug“ sein, der den üppigen Boden für die aus dieser Branche entziehenden Gewinne abgibt. Die Ausführungen des Herrn Stern bilden eine wichtige Anklage, eine nachdrückliche Demonstration für einen erhöhten Schatz der Heimarbeiterinnen.

## Vermischtes.

Zum Tode Delagranges wird noch aus Paris gemeldet: Der tödliche Unfall des Aviatiers Delagrange erregt allgemeine Teilnahme, denn der Verunglückte trug eine Teilung den populärsten Namen auf dem Gebiete des Flugsports. Delagrange verlor auf dem eben eröffneten Flugplatz bei Pau einen neuen Blériot-Apparat, von dem er sich viel versprach. Um 1 1/2 Uhr bestieg er in Gegenwart mehrerer Freunde den Aeroplan, dessen Motor jedoch zuerst ungenügend arbeitete, so daß sich der Flieger nicht emporhob. Beim zweiten Anlauf gelang der Abflug vollkommen und Delagrange schwebte über dem begeistert jubelnden Zuschauern dahin und begann immer engere Kreise zu beschreiben, wobei zu bemerken war, daß er festig mit dem Winde kämpfen mußte. Beim dritten Kreise sah das Publikum plötzlich die beiden Flügel sich emporrichten und zusammenklappen, worauf der Apparat gleich einem verunmündeten Vogel hinter Blériots Schuppen zur Erde stürzte. Der Chronometer wies gerade auf 2 Uhr 48 Min. In atemlosem Laufe eilte alles zur Unfallstelle. Man zog Delagrange mit Mühe aus den Trümmern hervor und bettete ihn in dem Schuppen. Der herbeigerufene Arzt Dr. Friot stellte fest, daß nichts mehr zu retten war. Ein dünner Blutstrom rieselte aus dem rechten Ohre des Toten hervor, der jedenfalls augenblicklich an einem Schädelbruch gestorben war. Sein linkes Bein war gleichfalls doppelt gebrochen, ebenso ein Schlüsselbein. Auch sonst wies der Leichnam zahlreiche Verletzungen auf.

Ein Absurz Santos Dumonts. Der bekannte Aviatiker Santos Dumont unternahm vorgestern auf dem Flugfelde von St. Cyr mehrere Aufstiege, wobei er einen Unfall hatte, der gleich dem Delagranges hätte bedenklich ausgehen können. Mit einem ganz neuen Modell, einem sehr kleinen Eindecker, der aber mit einem zu starken 40-PS-er Motor ausgestattet ist, stieg Santos Dumont um 4 Uhr nachmittags auf. Der erste Versuch gelang gut. Dumont stieg sofort in eine Höhe von 15 Meter auf, flog leicht und schnell dahin und machte verschiedene Wendungsmanöver. Nach längerer Zeit ging er zur Erde nieder, um einige Unregelmäßigkeiten am Apparat zu beheben. Von neuem aufgestiegen, umkreiste er in einer Höhe von 25 Meter einige Male das Feld und verschwand plötzlich den Augen seiner Freunde im Nebel. Nach einer Viertelstunde kam Santos Dumont im Automobil, an der linken Kopfseite blutend, zurück und erzählte, er sei zunächst sehr gut und ohne Störung in 25 Meter Höhe dahingeflogen, als plötzlich ein Draht an der linken Tragfläche brach; der Apparat kippte nach vorn und fiel schnell zur Erde nieder. Santos Dumont glaubt, wie der „New York Herald“ berichtet, sich im Fall mit seinem Apparat dreimal in der Luft überschlagen zu haben. Glücklicherweise befand er sich in seinem Flugapparat mit seinen vielen Drähten wie in einem Käfig.

Die Drähte verhinderten ein größeres Unglück und so kam Santos Dumont mit einigen starken Kontusionen am Kopf und an den Beinen noch verhältnismäßig gut davon.

Ein Balkenunfall. Posener Meldung zufolge landete bei dem Dorfe Dufin ein Ballon der Dresdener Luftschiffahrtgesellschaft, wobei die drei Insassen schwer verletzt wurden.

Eine weitere Meldung aus Krotoschin hierüber besagt: Das Balkenunfall bei Dufin ereignete sich am Sonntagabend. Als infolge des Sturmes der Luftballon der Dresdener Luftschiffahrtgesellschaft stark landete, schlug der Korb heftig auf, und die Insassen, die Professoren Seiffert und Desch aus Meißen und der Kaufmann Welter aus Danzig, wurden nicht unerheblich verletzt.

Die Mörder der Frau Gouin, die Soldaten Michel und Grabb, werden Pariser Meldungen zufolge vor ein Schwurgericht gestellt werden, da sie das Verbrechen während eines 24stündigen Urlaubs begingen. Der von der Familie Gouin auf die Entdeckung der Mörder ausgelegte Preis von 25 000 M. dürfte dem Koch Bourtheult zufallen, der in Meun gleichzeitig mit den Soldaten in den Zug gestiegen war und dem Sohne der ermordeten Frau Gouin seinen Verdacht mitgeteilt hatte. Die geraubten Ringe wurden in der Wohnung der Geliebten Michels gefunden.

Warenhausbrand in Wilna. Rauch aus Wilna eingetroffenen Meldungen ist dort das mehrere Stockwerke hohe Warenhaus der Firma Jahlund vollständig niedergebrannt. Der Schaden soll über vier Millionen Rubel betragen. Bei den Löscharbeiten kam ein Feuerwehmann ums Leben, mehrere erlitten schwere Brandwunden.

Selbstmord eines Liebespaars im Eisenbahnzug. Aus Dlm ist es wird vom gestrigen Tage gemeldet: In dem aus Grüm hier eingetroffenen Personenzug hat sich in einem Coupé 1. Klasse ein unbekanntes, dem besseren Mittelstand angehöriges junges Liebespaar erschossen.

Schiffsunfall. Aus Bremen wird berichtet: Kapitän von Letten-Petersen meldete gestern durch drahtlose Telegraphie nach New York, daß der Dampfer „Prinzess Irene“ auf 46 Grad 50 Min. nördl. Breite und 45 Grad westl. Länge das Ruder verloren habe und mit den Schrauben nach Bremen steuere. An Bord sei alles wohl. Der Dampfer ist am 30. Dezember mittags von New York abgegangen und am Montag auf der Weser fallig, in dessen dürfte sich die Ankunft des Schiffes infolge des Unfalls etwas verzögern. Ursache für das Schiff und die Passagiere besteht nicht.

Spuren von André glaubt man wieder einmal entdeckt zu haben. Aus Winnipeg wird gemeldet, daß Eskimos 800 Meilen nördlich von Prinz Albert in der Gabelst-Bucht einen Ballon aufgefunden haben. Man glaubt, daß es sich um den Ballon handelt, in dem André im Jahre 1897 seine Entdeckungsfahrt nach dem Nordpol unternahm, von der er nie zurückkehrte. Die Nachricht ist durch Missionare nach Prinz Albert in Saskatchewan gelangt, in dessen fesseln alle Einzelheiten.

Das Weihnachtsgeschenk. Das „Goshaer Volksblatt“ erzählt nachfolgendes Ereignis: „Der Handluch.“ In einer böhmischen Provinzstadt hatte ein Dienstmädchen zu Weihnachten von ihrer Dienstherrin einen Ballen Stoff auf ein Kleid erhalten. Wie es sich gehört, bedankte sie sich für das Geschenk, küßte der „gnädigen Frau“ die Hand und — kündigte am 1. Januar. Der „gnädigen Frau“ tat nun das Weihnachtsgeschenk leid und verlangte vom Dienstmädchen die Rückgabe des Geschenks. Mit einer verdächtigen Bereitwilligkeit war das Dienstmädchen einverstanden, sie verlangte aber, dafür müsse ihr auch die Frau zurückgeben, was sie von ihr erhalten habe, nämlich — den Handluch. Das Dienstmädchen hat ihr Geschenk behalten.

Der bestrafte Peter. Der Schlichter Paul Danzig erlitt auf der Wohnfahrt von Prag nach Krasau einen Unfall. In der Station Diebau schlug die Abseilart zu und zerquetschte ihm zwei Finger der rechten Hand, mit der er sich an den Türrohren gestützt hatte. Danzig klagte nun gegen die Staatsbahn auf 10 000 Kronen Schmerzensgeld, 3000 Kronen Verdienstentgang und 400 Kronen Heilungskosten. Er sei, wie aus Wien berichtet wird, infolge Blutmangels gezwungen gewesen, in der Nähe der Tür zu stehen und sich bei der Abfahrt des Zuges an den Türrohren zu stützen. Der Vertreter der verklagten Bahn wendete ein, daß Danzig aufgestanden sei, um sein Vorgehen zu berichten und infolgedessen seine Aufmerksamkeit mehr nach innen als nach außen gerichtet war. Das Handelsgericht wies die Klage ab, weil der Unfall durch kein Versehen im Verkehr erfolgte, vielmehr vom Kläger dadurch selbst verschuldet wurde, weil er, in sein Gebet vertieft, den Wargängen der Außenwelt nicht die nötige Aufmerksamkeit widmete.

Dem Gefängnis entstrungen. Wie aus Brüssel gemeldet wird, erregt die Flucht des unglücklichen wegen Unterschlagung von über 1 Million Franz zu 16 Jahren Gefängnis verurteilten Bankiers Pellot alias Baron Chatterton großes Aufsehen. Er ist aus dem St. Gills-Gefängnis entstrungen unter Umständen, welche noch nicht genau festgestellt sind.

### Karneval und Reichsfinanzreform.

Wir lesen in der „Rheinischen Post“: Die politische Satire ist im Kölner Karneval verpönt. Man läßt seinen „Geist“ lieber an Jungs- und Kindertagen. Eine Ausnahme von der Regel stellt ein Lied dar, das am Sonntag in der „Großen Allgemeinen Kornevalgesellschaft“ (Viktoriaaal) gesungen wurde und Herrn Geh. Rabe zum Verfasser hat. Die erste und die letzte der fünf Strophen lauten:

1. Da deutsche Michel weest jtz dal  
Sing veezig Jöhreher alt,  
Kropfdam eh hä beschränkt und domm,  
Sing Rokum liet in kalt.  
Un trid mer im met Hud und Hor  
Et ganze fell zum Liev,  
Hä midsch sich laum und wäg sich ni,  
Hä hält schön steil und schließ.  
De Michel, hüme Kopp,  
Wann höi dat Schlofen op?
6. Met dinger Rokum, leebe Grund,  
Et miserabel sünd.  
Wann Junter und Agrarier  
Do mit zum beste Freund;  
De kummen der bich an et Bett  
Und singen deer dat veechde vds  
Bum gode treue Schaf,  
Et weech do Jdiot  
'nen ächte Patriot.

Jeder Strophe folgt ein Refrain, der den Michel auffordert, endlich wach zu werden, den Schnabel aufzuheben und mal gründlich Krach zu schlagen. Es wird uns berichtet, daß die zahlreich anwesenden Zentrumsmitglieder das Lied besonders laut gesungen haben — um die Aufmerksamkeit von sich abzuwenden.

Leser- und Dichterverein „Johann Jacoby“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Bugge, Kalkbäum, Allee 95/96: Sitzung. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Gegendzeit findet Eindrücke 3, zweites Heft, letzter Eingang, vier Treppen, 7. Dezember 1909, woanständig abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Abends 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Gegendzeit um 4 Uhr. Jeder Beitrag ist ein Gedicht und eine Zahl als Merkzeichen anzugeben. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage verfahren. Giltige Fragen trägt man in der Gegendzeit vor.

C. G. 1909. — R. M. 3. 1. Das ist Ihr Bild damit einverstanden erklärt, daß ich für den Rest der Weltzeit einen anderen Miter stellen können und ich besondere Vorhalte wegen der Person des Misters nicht



POTSDAMER  
STRASSE  
10/11, 13

**W. WERTHEIM** G.M.  
B. H.

FRIEDRICH-  
STR. 110/112  
Passage-Kaufhaus

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

**Besonders preiswerte Lebensmittel**

soweit  
der Vorrat  
reicht:

**Konserven**

Pfefferlinge . . . . . 1/2 Dose 50 Pf.  
Rote Rüben . . . . . 1/2 Dose 33 Pf.  
Aprikosen 1/2 Frucht . . . . . 1/2 Dose 85 Pf.  
Pflaumen mit Stein . . . . . 1/2 Dose 38 Pf.

**Frischobst-Marmeladen**

Erdbeer, Himbeer, Aprikosen,  
Kirschen, Johannisbeeren  
ca. 1 Pfd.-Topf **34 Pf.**

Ananas . . . . . Pfund **60 Pf.**

Kochbirnen . . . . . Pfund **7 Pf.**

Messina-Blut-  
Apfelsinen . . . . . Dtz. **60 Pf.**

ca. 10000 Pfd. Holsteiner  
Cervelat u. Salami Pfd. **1.10**

ca. 5000 Pfd.  
Ia Teewurst . . . . . Pfd. **1.05**

ca. 5000 Pfd.  
Landleberwurst Pfd. **82 Pf.**

ca. 5000 Dosen  
Ia Ochsenzunge Pfd. **1.95**  
1 1/2 bis 3 Pfd. netto . . . . . Pfd.

**Fischkonserven**

Bratheringe . . . . . Dose 40 Pf.  
Bismarckheringe . . . . . Dose 40 Pf.  
Hering in Gelee . . . . . Dose 30 Pf.  
Gabelbissen . . . . . Dose 38, 55 Pf.  
Marokkaner Sardinen . . . . . 1/2 Dose 90 Pf.

**Marmeladen nach engl. Art**

Aprikosen-, Erdbeer-, Himbeer-, Kirsch-,  
Johannisbeer-, gem. Früchte  
1/2 Glas ca. 2 Pfd. **1.15** 1/2 Glas ca. 1 Pfd. **63 Pf.**  
Pflaumen  
1/2 Glas ca. 2 Pfd. **85 Pf.** 1/2 Glas ca. 1 Pfd. **50 Pf.**

**Nur Potsdamer Straße:**

Große Auswahl  
in  
feiner kalter  
Küche  
tafelfertig zum  
Mitnehmen

Schweizer Käse Pfund **80 Pf.**  
Edamer Käse . . . . . Pfund **70 Pf.**  
Tilsiter Käse . . . . . Pfund **58 Pf.**  
Köstritzer Schwarzbier

Fert. Braten  
in Portionstücken:  
Rehrücken,  
Hasen-, Gänse-  
braten, Ente u.  
junge Hühner

Ia Suppen-Hühner  
Stück **1.30, 1.50, 1.75**

Ia Brathühner  
Stück **90 Pf., 1.20, 1.45**

Ia Ostsee-Sprotten  
in Kisten von ca. 2 Pfund, per Kiste **45 Pf.**

**Neu eingerichtet:**

**Abteilung für Brennmaterialien**

Aufträge werden an jeder Kasse  
angenommen und prompt erledigt

Salon-Briketts . . . . . pro 1000 Stück **9.00**  
Industrie-Briketts . . . . . pro Zentner **90 Pf.**  
Steinkohlen Würfel- oder Nuß- . . . . . pro Zentner **1.50**

Gas-Koks groß oder zerkleinert für die Küche . . . . . pro Zentner **1.50**  
Gas-Koks für Zentralheizung in gezeichneten Fuhren . . . . . pro Zentner **1.25**  
Anthracit engl. für Dauerbrand-Codé-Löhnhold . . . . . pro Zentner **2.30**

**HOLZ:** Kiefern 3 und 4 Schnitt . . . . . pro Raummeter **13.00** Buchen 3 und 4 Schnitt . . . . . pro Raummeter **14.50**  
Verkauf auch in Säcken von 50 Pf. an  
Preise frei Keller oder 1. Etage; höher pro Zentner 5 Pf., pro Raummeter oder 1000 Stück 50 Pf. mehr.

**„NORD-WEST“**

Heft 7 ist soeben  
erschienen

**AUS DEM INHALT:**

Jarno Jansen: Anton Graff. Mit 7 Illustr.  
Mark Twain: Eine Fabel

Die Zarin als Karikaturistin  
Die, von denen man redet

**Saman Tee**



**ist ein sehr billiges Getränk  
von vorzüglichem Wohlgeschmack**  
Schlechte Sorten Tee unbekannter Herkunft tragen die Schuld daran, dass man bei uns in Deutschland dem Tee ein so grosses Vorurteil und Misstrauen entgegenbringt.

**Saman Tee** wirkt infolge seines Alkaloidgehaltes blutreinigend und verdauungsfördernd und beeinflusst dadurch die Nieren in günstigster Weise. Das im Saman Tee enthaltene ätherische Oel regt die Gehirntätigkeit u. Arbeitslust an, ohne schädliche Nebenwirkungen des Kaffees zu besitzen.

Ein **10** Pfg.-Paket reicht aus für ca. **30** Tassen

Jedem Paket liegt Aufsehen erregendes Preisauschreiben bei.  
in nur 2 Qualit. pr. 1/2 Kilo M. 3.- u. M. 4.50, in  
Zu haben Paket, v. 10 Pf. an in allen einschl. Geschäften

**viel billiger als Kaffee**

A. T. G., Berlin SO., Harzer Straße 33.

**Soeben erschienen!**

**Die Städteordnung**

für die sechs östlichen  
Provinzen der preussischen  
Monarchie.

Erläutert von Paul Hirsch.  
Preis gebunden 3 Mark.

Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

**Rheumatismus**

Nicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebrauche man sofort

**Reichel's „Electricum“**

(Echtes Kiefernadel-Waldweilnel), ein reines, unedliches Naturprodukt von kräftig durchdringender, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche M. 1.- und M. 2.-. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's Wachholder-Extrakt „Medico“.  
Flasche 75 Pf., M. 1.50 und M. 2.50.  
Man nehme aber nur die echten Originalflaschen u. achte genau auf die Marke „Medico“.  
In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht direkt d. Otto Reichel, Berlin SW., Eisenbahnstr. 4.

**Alexandrinenstr. 27,**

an der Ritterstraße, Jährträume, Barriere u. 1 Treppe, a 180 cm, für Tischlereien sehr passend, per 1.4. cr. eo. früher preislo. 3. verm.

An diesem  
Schild  
sind die Läden  
erkennbar,



in denen  
SINGER  
Nähmaschinen  
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,  
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Arkona-Bad**

: Elektrisch. Lichtbad :

34. Anklamerstr. 34,  
schräggüber Zionskirchstraße  
Alle Arten Bäder täglich  
für Herren und Damen.  
Annahme sämtl. Krankenkassen.

**Dänischer Kautabak**

M. Hansen jun., Hadersleben.

Generalvertrieb:  
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70.  
Amt VII, 9047.

Infolge des Brandes am 30. Dezember 1909 habe ich mein Lager in

**Masken- und Theater-Garderoben**  
mit neuen Kostümen

auf das reichhaltigste ergänzt, und bin auch ferner in der Lage, den Wünschen meiner werten Kunden vollständig Rechnung zu tragen.

Ich gewähre **10 Proz. Rabatt.**

**Carl Ernst** (Inhaber: Willi Ernst),  
Masken- und Theater-Garderoben,  
Berlin SO., jetzt: Köpenickerstr. 55b, 1 Tr. (Amt IV, 14089)

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Soeben erschien: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, Herausgegeben von Wilhelm Schröder.

Der Verlag schreibt dazu: Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat.

„Bildungsarbeit.“ Blätter für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die Steuervorlagen und das arbeitende Volk. Eine Vortragsdisposition von Karl Renner. — Eine Aufgabe der Lokalorganisationen.

Einer von der alten Garde. In Breslau starb am 2. Januar der Metallarbeiter Genosse Emil Schwabbauer im Alter von 54 Jahren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.

Beim Stiftungsfeste des sozialdemokratischen Vereins in Breslau (siehe „Vorwärts“ Nr. 2 vom 4. Januar) sollte als ge-

meinfames Lied das bekannte und tausendmal gesungene „Wer schafft das Gold zu Tage?“ gesungen werden. Die Breslauer Polizei aber dachte anders.

Der neue Polizeipräsident war bisher preussischer Landrat, stammt aus einer ostelbischen Junkerfamilie und ist ein guter Freund des Reichskanzlers.

Aus Industrie und Handel.

Der Geldmarkt.

Gegen Jahresende sind die Ansprüche an die Reichsbank über Erwarten stark gestiegen. Der Ausweis vom 31. Dezember 1909 konstatiert eine Verschlechterung des Status um nicht weniger als 529,19 Mill. gegen 492,25 Mill. im Vorjahre.

Schnapsbrenner-Konkurrenz.

Vor einiger Zeit beschloßen die Vertreter von 448 Brennereien in Dortmund, in Zukunft nur noch reinen Kornbranntwein zu brennen und das Verschießen mit Kartoffelsprit gänzlich einzustellen.

spiritus ist. Der anzuliefernde Spiritus muß den Vorschriften des § 107 des neuen Branntweinsteuergesetzes entsprechen.

Die Lage am rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt soll sich plötzlich stark verbessert haben. Wie berichtet wird, ist der Absatz so gewachsen, daß Neueinstellungen von Arbeitskräften erfolgen müßten.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Ländliches Beamtenproletariat.

Der Nachweiser über die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung für den Monat November ist zu entnehmen, daß die Nachfrage nach niederen Gefinde, das bekanntlich sehr schlecht bezahlt wird, stärker war als das Angebot.

Die Zahl der Stellenjüngenden landwirtschaftlichen Beamten betrug 1002, darunter 112 weibliche. Offene Stellen waren angemeldet 232, darunter 62 für weibliche Beamte.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Nachruf auf August Zöller.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgenossen. Nachruf auf Wilhelm Kümmler.

Berliner Arbeiter-Radfahrer Verein. Nachruf auf Karl Jacobek.

Dankfagung für die zahlreiche Beteiligung und die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders Wilhelm Wall.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter! Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Sektion der Putzer. General-Versammlung.

Dankfagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes Friedrich Wolter.

Dankfagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders Wilhelm Wall.

Dankfagung für die zahlreichen Mitglieder, welche die Arbeitslosen-Kassen vom Jahre 1909 noch nicht geleistet haben.

Konsum-Verein für Tegel und Umgegend. General-Versammlung.

Deutscher Buchbinder-Verband. Branchen-Versammlung.

Gerhart Hauptmann hat soeben seinen ersten großen Roman „Emanuel Quint“ vollendet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung.



# Fr. Hahn,

## Berlin C.25, Alexanderplatz.

# Der Grosse Inventur-Räumungs-Verkauf

Währt bis zum  
**18. Januar.**

In sämtlichen Abteilungen bieten sich ausserordentlich vorteilhafte Angebote.

Ein grosser Posten **einfarbige reinwollene Kleiderstoffe**, in hell, mittel, und dunkelfarbig, sehr geeignet für Prunkkleider, jetzt per Mtr. Mk. 

Serie I	II	III	IV	V
0.90	1.25	1.45	1.70	2.10

Ein grosser Posten **gestreifte halbseid. Voile u. Gregestoffe**, 110-120 cm breit, schmale u. breite Streifen, in hellen u. mittleren Farben, früherer Wert ca. 3.00-4.00 M. p. Mtr. jetzt p. Mtr. Mk. 

Serie I	II
0.75	0.95

Ein grosser Posten **reinwollene schwarze Kleiderstoffe**, sehr geeignet für Konfirmationskleider, jetzt per Mtr. Mk. 

Serie I	II	III	IV
1.25	1.45	1.85	2.30

Ein grosser Posten **Velour-Barchende u. Eskimo-Flanelle** für Morgenröcke, Matinoes, Hauskleider, Blusen, grossartige Wollimitation jetzt p. Mtr. Mk. 

Serie I	II	III
0.45	0.60	0.70

## Grosse Posten Reste, Roben und Abschnitte

**Wollstoff-Reste**  
früherer Wert bis jetzt Serie I II III IV V  
7,00 Mk. per Mtr. Mtr. Mk. 0.50 1.00 1.50 2.00 2.50

**Seiden- und Sammet-Reste**  
früherer Wert bis jetzt Serie I II III IV V  
6,50 Mk. per Mtr. Mtr. Mk. 0.75 1.00 1.50 2.00 2.50

**Barchend-, Wollmousseline- und Waschstoff-Reste**  
früherer Wert bis jetzt Serie I II III IV  
2,40 Mk. per Mtr. Mtr. Mk. 0.25 0.40 0.60 0.75

Ein grosser Posten **halbfertige Roben** aus weiss oder farbig Indisch Mull, Leinen, elfenbein oder schwarz Tüll, sowie Batist und Tuch.  
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V  
früherer Wert b. 25,00 fr. W. bis 36,00 f. W. bis 40,00 fr. W. bis 44,00 fr. Wert bis 95,00  
jetzt Mk. 7,80 jetzt 12,60 jetzt 18,90 jetzt 24,70 jetzt 35,60

Ein grosser Posten **Spitzen, Einsätze und Besätze** in Tüll, Spahtel, Seide und Filz, weiss, creme oder schwarz  
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V Serie VI Serie VII Serie VIII  
f. W. b. M. 1,70 f. W. b. 1,35 f. W. b. 1,70 f. W. b. 2,25 f. W. b. 3,20 f. W. b. 3,60 f. W. b. 3,90 f. W. b. 4,50  
j. p. Mtr. 0,05 j. 0,10 j. 0,20 j. 0,35 j. 0,50 j. 0,60 j. 0,80 j. 1,00

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

**Dr. Schönemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Wochentags 10-2, 5-7.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuester Katalog  
Dr. Engelke, viel Aerzte u. Prof. grat. u. n. grat.  
Dr. Unger, Gummivarientenfabrik  
Berlino NW. Friedrichstrasse 91/9

Getragene eleg. Damengarderobe  
spottdillig. Reichenbergerstr. 104, pt.

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.  
Tor. Eleg. Frau. Gehrold  
1,50. Dofe 1,00. Seite 508f.

**Arbeiter finden für ihren Beruf**  
gute und billige Kleidung in großer Auswahl  
**Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (seitgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (seitgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Teppiche** (fehlende) Gelegenheitskauf. Rohrlagerer Bauernhof, Große Frankfurterstr. 9, Aurenburg. Formartelefen 6 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

**Stehbeden** billigst Rohrlagerer Große Frankfurterstr. 9, Aurenburg.

**Gardinenhandl.** Große Frankfurterstr. 9, Aurenburg. 2491f.

**Wandbildhandl.** Strohler, Mühlentorplatz 7, spottdilliger Seitenverkauf, Buchbindenverkauf, Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 2492f.

**Vorwärtsleiter** erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachfolgend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstr. 160, Dramenplatz.

**Teppiche**, inventurhalber bis 20 Prozent herabgesetzt.

**Gardinen, Stores, Kunstgardinen, Netzpartien** für halben Wert.

**Läuferreihe** spottdillig.

**Zofahofreihe** spottdillig.

**Vorwärtsleiter**, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 766f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 767f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 768f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 769f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 770f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 771f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 772f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 773f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 774f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 775f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 776f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 777f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 778f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 779f.

**Wandbildhandl.** Chausseestraße 10, spottdilliger Seitenverkauf! Gardinenverkauf! Bilderverkauf, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckstücke, Goldschmied, Silberarbeiten, verschiedene Waren. 780f.

**Teppiche.** Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Blüschteppiche, ganz schwere Qualität: Studiergröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmersgröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

**Stehbeden, eigene Anfertigung,** richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

**Geschäftsverkäufe.** Barbiergeschäft, gute Geräte, billig zu verkaufen S. 42, Rixdorf II.

**Möbel auf Teilzahlung** Preisenstr. 62. 4/10f.

**6.00 Tisch, 28.00 Kleiderkasten,** 10,00 Küchenschrank, 21,00 Bettstelle, Matr. Tischerei, Invalidenstr. 143. 713f.

**Obst- und Gemüsegeschäft** sofort preiswert zu verkaufen Uferstr. 20. 1506f.

**Restaurant, Rixdorf, Miete** mit Wohnung 1800,00, Bayrisch 30 halbe Hektoliter, Weibler 150 Kisten Kirschen, Ertragen Felder, Dobrchtstr. 4, Laden. 7106f.

**Schankgeschäft zu verkaufen** Putzstr. 45. 761f.

**Möbel.** Berlin kaum über die billigen Möbelpreise der Möbelwerk Rixdorf, Rixdorfstr. 30, gerade über Marktstraße. Kein möbeldruckendes Brautpaar soll es vermissen, die höchsten Preisleistungen, Herrenzimmer, Schlafzimmer, alle Holzarten, Zimmer und Küche 295,-, 2 Zimmer und Küche 475 Mark zu begehren. 948f.

**Möbelgelegenheit!** Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, einrichtete, eleganteste, beliebigen gemessen, verpackt, spottdillig, Kirschenlager, Lagerreicher, Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude, Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.)

**Möbelhalle Norden\*, Teile** Rixdorfstr. 130 (Wartenplatz). Billige: Invalidenstr. 118 (Eitelnerbahn), Seidener. — Kleinauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottdillig, Aufbewahrung und Lieferung frei. 1853f.

**Möbelkellerei, Harnad Tischler-**meister, gegründet 1901, Stallredlerstr. 57 (Rixdorfplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Preisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Vorwärtsleiter 5 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Wiederverkauf, Möbel und Verleiger-**ungen, Sägen, Vertikal, Tisch, Sofa, Schreibtische, Bücherregale, Schreibe, Gardinen, Bettstellen, Kochtischen, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie überall. Vermerks Möbelkellerei, Holzgrabenstr. 55. 818f.

**Patentanwalt** Bechtel, Gültlicherstr. 9a.

**Kunsthändler** von Jean Koloski, Schladtenstr. 8, III.

**Gingerbobbin** - Ringelstängel, Stern, Rixdorfstr. 1b. 1425f.

**Zahnärztin**, Kälte, Gebisse, Blumen, Gabel, Stalderstr. 50.

**Buchbinderei** Kälte, Gebisse, Blumen, Gabel, Stalderstr. 50. 7122f.

**Zur Kasse** ist am Donnerstag nach ein Schirm stehen geblieben, Rohrlagerer, Rixdorf, Rixdorfstr. 8, Abzugeben vorm 1. links.

**Bereinszimmer**, passend für jeden Verein. Bekmann, Reichenbergerstr. 143/146. 78f.

**Schanklokal**, N. Rixdorfstr. 16, passend zur Jubiläum, sofort zu vermieten. Näheres bei dem Verwalter I. dechtel. 1066f.

**Wohnungen.** Freundliche Kleinwohnungen, Balkon, billige, Rixdorfstr. 30, Stadtbahn - Hochbahnanschl. 958f.

**Wohnungen!** Billig! Kleinschnitten! Beheizung durch Mann und Frau erfindlich, damit sofort billiger Kontraktabschluss möglich. Sämtliche Wohnungen besitzen Kälte, teilw. Bäder. Sofort. April. Berlin, Norden: Kolonnenstr. 68/69, ein Zimmer 19,-, zwei 24,50-31,-, vier 42,-, Osten: Rummelsburgerstr. 38, ein Zimmer 16,50, zwei 17,- bis 24,-, Rixdorf: Rixdorfstr. 15, ein Zimmer 16,-, zwei 24,-. 1805f.

**Alexandrienerstr. 27**, an der Rixdorfstr., 2 Zimmer, Küche usw. per 1. 4. 1910 preiswert zu vermieten. 1805f.

**2 große zweifelhafte** Stuben und Küche, 27,00, Reichenberger, Wiltstr. 34. 1008f.

**Wohnungen.** Freundliche Kleinwohnungen, Balkon, billige, Rixdorfstr. 30, Stadtbahn - Hochbahnanschl. 958f.

**Wohnungen!** Billig! Kleinschnitten! Beheizung durch Mann und Frau erfindlich, damit sofort billiger Kontraktabschluss möglich. Sämtliche Wohnungen besitzen Kälte, teilw. Bäder. Sofort. April. Berlin, Norden: Kolonnenstr. 68/69, ein Zimmer 19,-, zwei 24,50-31,-, vier 42,-, Osten: Rummelsburgerstr. 38, ein Zimmer 16,50, zwei 17,- bis 24,-, Rixdorf: Rixdorfstr. 15, ein Zimmer 16,-, zwei 24,-. 1805f.

**Alexandrienerstr. 27**, an der Rixdorfstr., 2 Zimmer, Küche usw. per 1. 4. 1910 preiswert zu vermieten. 1805f.

**2 große zweifelhafte** Stuben und Küche, 27,00, Reichenberger, Wiltstr. 34. 1008f.

**Wohnungen.** Freundliche Kleinwohnungen, Balkon, billige, Rixdorfstr. 30, Stadtbahn - Hochbahnanschl. 958f.

**Wohnungen!** Billig! Kleinschnitten! Beheizung durch Mann und Frau erfindlich, damit sofort billiger Kontraktabschluss möglich. Sämtliche Wohnungen besitzen Kälte, teilw. Bäder. Sofort. April. Berlin, Norden: Kolonnenstr. 68/69, ein Zimmer 19,-, zwei 24,50-31,-, vier 42,-, Osten: Rummelsburgerstr. 38, ein Zimmer 16,50, zwei 17,- bis 24,-, Rixdorf: Rixdorfstr. 15, ein Zimmer 16,-, zwei 24,-. 1805f.

**Alexandrienerstr. 27**, an der Rixdorfstr., 2 Zimmer, Küche usw. per 1. 4. 1910 preiswert zu vermieten. 1805f.

**2 große zweifelhafte** Stuben und Küche, 27,00, Reichenberger, Wiltstr. 34. 1008f.